

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2017



Editorial von Ferdinand Fichtner, Marcel Fratzscher, Guido Baldi, Karl Brenke, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula, Simon Junker, Robert Lange, Claus Michelsen, Malte Rieth, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft trotz global unsicherem Umfeld
auf Wachstumskurs 175

Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula, Robert Lange und Malte Rieth

Weltkonjunktur hellt sich weiter auf, Risiken bleiben hoch 177

Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft: Beschäftigungsaufbau stark,
Investitionstätigkeit schwach 185

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Höhere Inflation ist nur ein temporäres Phänomen« 205

Hauptaggregate der Sektoren 2017–2018 206

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 208

Bericht von Martin Gornig und Claus Michelsen

Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und
Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus 211

Am aktuellen Rand Kommentar von Tomaso Duso und Martin Gornig

Die Hochzeit von Opel und PSA:
Eine Chance für den Industriestandort Europa 220



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
15. März 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Ronny Freier

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin
Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Zur Wirtschaftslage – Leistungsbilanzentwicklung erzwingt konjunkturelle Differenzierung

Im Jahre 1976 hat sich die außenwirtschaftliche Lage der westlichen Industrieländer insgesamt erheblich verschlechtert. Der Leistungsbilanzüberschuss, den diese Ländergruppe 1975 aufgewiesen hatte, ging im letzten Jahr erheblich zurück. Dagegen entspannte sich die Außenwirtschaftssituation der nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer merklich; ihr Leistungsbilanzdefizit nahm beträchtlich ab. Gleichzeitig erzielten die Erdölländer einen höheren Überschuss als 1975.

aus dem Wochenbericht Nr. 11 vom 17. März 1977

Deutsche Wirtschaft trotz global unsicherem Umfeld auf Wachstumskurs

Von Ferdinand Fichtner, Marcel Fratzscher, Guido Baldi, Karl Brenke, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula, Simon Junker, Robert Lange, Claus Michelsen, Malte Rieth, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Trotz zahlreicher Risiken präsentiert sich die deutsche Wirtschaft nach wie vor robust und dürfte in diesem Jahr um 1,4 Prozent wachsen; im kommenden Jahr werden es wohl 1,7 Prozent sein. Damit läge der Anstieg der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr höher als das DIW Berlin noch im Winter erwartet hatte. Hauptgrund für die Anpassung der Prognose nach oben ist, dass die Bundesagentur für Arbeit die Erwerbstätigenzahlen massiv korrigiert hat. Demnach hat sich der Beschäftigungsaufbau nicht seit Jahresmitte 2016 abgeflacht, sondern bis zuletzt fortgesetzt – und so dürfte es auch weitergehen: In diesem Jahr werden wohl 600 000 Erwerbstätige hinzukommen und die Dynamik wird im kommenden Jahr nur leicht an Tempo einbüßen, wenn 440 000 weitere Personen eine Beschäftigung aufnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird um 170 000 in diesem und 150 000 im nächsten Jahr sinken – und das, obwohl mehr und mehr Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Treiber für das Bruttoinlandsprodukt bleibt der private Konsum. Allerdings hätte man angesichts der Beschäftigungszuwächse stärkere Impulse erwarten können. Das zumindest im ersten Halbjahr dieses Jahres gebremste Tempo geht darauf zurück, dass Einkommen und Löhne in realer Rechnung, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, deutlich weniger stark zunehmen als in der jüngeren Vergangenheit. Denn die Inflation wird in diesem Jahr wohl deutlich steigen und dürfte im Jahresdurchschnitt bei 1,8 Prozent liegen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent. Der Unterschied geht in erster Linie auf deutliche Anstiege der Rohölpreise in den Schlussmonaten des vergangenen Jahres als Folge beschlossener Förderkürzungen der erdölexportierenden Länder zurück und nicht auf eine

stark anziehende Konjunktur oder gar Überhitzung der deutschen Wirtschaft.

Viele der bereits abgeschlossenen Tarifverhandlungen sehen für dieses Jahr jedoch vergleichsweise geringe nominale Lohnerhöhungen vor, die von der höheren Inflation zu großen Teilen aufgezehrt werden dürften. Die Konsumnachfrage – und damit auch die ohnehin eher schwachen Importe – dürfte daher in diesem Jahr zunächst etwas an Schwung verlieren. Dabei gibt es neben der gestiegenen Inflation noch weitere überzeugende Argumente für höhere Tariflohnsteigerungen: Die gute Konjunktur und die niedrige Arbeitslosigkeit hätten höhere Abschlüsse durchaus nahe gelegt. Dennoch sind auch für kommenden Jahr nur wenig höhere Zuwächse bei den Löhnen zu erwarten.

Da die Inflation voraussichtlich nicht so hoch bleiben wird wie in diesem Jahr, dürfte der private Verbrauch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dennoch wieder etwas anziehen. Die Kernrate, also die Preisentwicklung ohne Energie und Lebensmittel, liegt nach wie vor deutlich unter zwei Prozent. Wenn der Ölpreis nicht weiter steigt, dann wird der Effekt der Ölpreiserhöhung auf die Inflationsrate nach und nach auslaufen.

Ähnlich ist die Entwicklung im Euroraum; auch hier sind die höheren Inflationsraten ein temporäres Phänomen. Da zudem die Produktionskapazitäten in der Währungsunion bis ins kommende Jahr hinein unterausgelastet bleiben, sind Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank, die expansive Geldpolitik nun deutlich zurückzuschrauben oder gar zu beenden, verfrüht. Angesichts der insgesamt robusten wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-

raum spricht derzeit allerdings auch nichts für eine weitere Lockerung, etwa in Form einer Ausweitung der Anleihekaufprogramme über die aktuelle Beschlusslage hinaus.

Trotz der für den Prognosezeitraum erwarteten Produktionszuwächse bleibt die europäische Wirtschaft anfällig für Risiken: Falls der Ausgang der bevorstehenden Wahlen in den Niederlanden und Frankreich für Spannungen auf den – weiterhin fragilen – Finanzmärkten führt, kann sich die Konjunktur erneut eintrüben. Hinzu kommen die Brexit-Verhandlungen, die schon jetzt in vielen Unternehmen Sorgen wecken dürften, und durch größere Konfrontation gekennzeichnet sein könnten als angenommen. Außerdem kann die unklare Wirtschaftspolitik der neuen US-Regierung den Welthandel beeinträchtigen und damit gerade exportorientierten Ländern wie Deutschland schaden.

Bereits heute spiegelt sich die Unsicherheit in den nach wie vor schwachen Investitionen der Unternehmen in Deutschland wider, die in auffälligem Kontrast zur insgesamt robusten wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der Beschäftigungsentwicklung stehen. Angesichts der zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt und damit sich abzeichnender Schwierigkeiten, passende Arbeitskräfte zu finden, scheinen die Unternehmen derzeit nicht nur Entlassungen soweit es geht zu vermeiden, sondern sogar noch weiter Beschäftigung aufzubauen; bei den Ausgaben für Investitionen dürften derartige strategische Überlegungen eine geringere Rolle spielen. Dass der kräftige Beschäftigungsaufbau keine größeren Investitio-

nen nach sich zieht, liegt jedoch auch daran, dass derzeit weniger die Industrie Personal einstellt als vielmehr Unternehmensdienstleister, öffentliche Dienstleister sowie die Bereiche Gesundheit, Erziehung und Handel.

Der Leistungsbilanzüberschuss bleibt exzessiv hoch und liegt in diesem Jahr wohl bei 7,8 Prozent der Wirtschaftsleistung; dies könnte die Kritik der Europäischen Kommission und den sich abzeichnenden Handelskonflikt mit der US-Regierung nähren. Problematisch sind dabei indes nicht die hohen Ausfuhren; vielmehr sind es auch und gerade aus deutscher Sicht die relativ niedrigen Importe, denn sie sind auch das Ergebnis der schwachen Investitionsdynamik in Deutschland. Diese schadet dem hiesigen Wirtschaftsstandort, indem sie Produktivität hemmt und Einkommen dauerhaft belastet. Umso wichtiger ist es, dass die Politik die (begrenzten) fiskalpolitischen Spielräume für höhere öffentliche Ausgaben mit investivem Charakter, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, nutzt. Ein langfristig höheres Wachstumspotential könnte außerdem auch über eine sinkende Abgabenbelastung – insbesondere durch eine angemessene Erhöhung der Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen – und damit höhere Nettoeinkommen erreicht werden.

Ein solcher Fokus würde dazu beitragen, Wachstum und Wohlstand langfristig zu sichern. Auch den europäischen Nachbarländern würden mehr Investitionen und eine Stärkung der Wachstumskräfte hierzulande zu Gute kommen – in erster Linie würde aber Deutschland selbst profitieren.

Weltkonjunktur hellt sich weiter auf, Risiken bleiben hoch

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula, Robert Lange und Malte Rieth

Die Weltkonjunktur hellt sich weiter auf. Die globale Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr um 3,7 Prozent zunehmen und im nächsten Jahr geringfügig stärker wachsen. Sowohl die entwickelten Volkswirtschaften als auch die Schwellenländer kommen besser in Schwung. Die USA und der Euroraum dürften im Prognosezeitraum solide Produktionszuwächse aufweisen, China verzeichnet zwar abnehmende, aber weiterhin hohe Wachstumsraten und Russland kommt aus der Rezession. In den entwickelten Volkswirtschaften treibt der private Verbrauch das Wachstum, allerdings dürfte die aufgrund gestiegener Energiepreise anziehende Inflation die Dynamik vielerorts etwas dämpfen. Der globale Preisanstieg wird voraussichtlich auch eine etwas restriktivere Geldpolitik zur Folge haben. Eine Reihe von Risiken wirtschaftspolitischer Natur, nicht zuletzt der um sich greifende Protektionismus, könnten sich weltweit insbesondere auf die Investitionstätigkeit negativ auswirken.

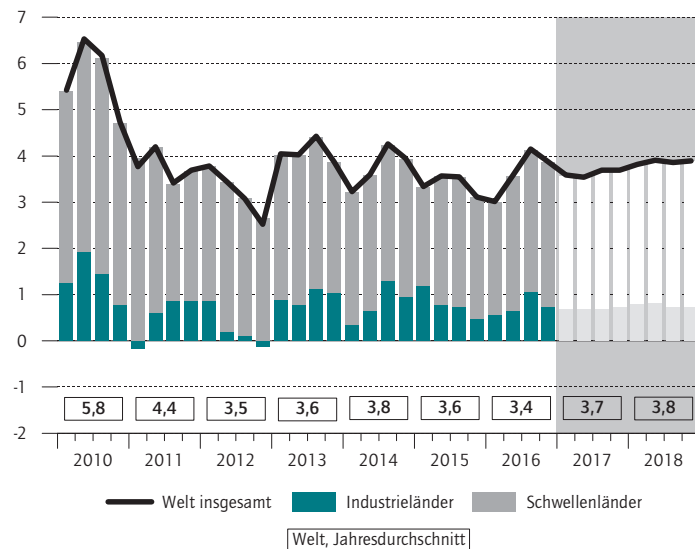
Die Weltwirtschaft dürfte ihr erhöhtes Expansionstempo beibehalten. Die allgemeine Aufhellung der Konjunktur gegenüber der ersten Jahreshälfte hielt im Schlussquartal des vergangenen Jahres an und wird im Prognosezeitraum wohl Bestand haben (Abbildung 1). Sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern kommt die Wirtschaft besser in Schwung. Vor allem für die USA und den Euroraum deutet eine Reihe von Frühindikatoren auf weiterhin solide Produktionszuwächse hin. In Japan dürfte die Aufwärtsbewegung allerdings gedämpfter verlaufen als zuletzt. Unter den Schwellenländern expandiert die chinesische Wirtschaft mit Raten im Rahmen der neuen offiziellen Wachstumsziele; der noch vor einem Jahr von einigen Beobachtern befürchtete Wachstumseinbruch dürfte ausbleiben und für den Prognosezeitraum deutet sich eine stetige Dynamik an. In Russland wächst die Wirtschaft im Winterhalbjahr merklich stärker als zuletzt, während die Konjunkturbelebung in Brasilien noch auf sich warten lässt. Mit 3,7 Prozent dürfte der Anstieg der globalen Jahreswirtschaftsleistung in diesem Jahr damit höher liegen als im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr dürfte sich die Entwicklung nochmals geringfügig beschleunigen (Tabelle). Für beide Jahre wurde die Prognose leicht angehoben.

Hauptwachstumstreiber in den entwickelten Volkswirtschaften wird voraussichtlich der Konsum bleiben. Dieser stützt sich vor allem auf die sich vielerorts stetig verbessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt. Sowohl in den USA als auch im Euroraum setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort. Allerdings dürfte die Konsumnachfrage in den entwickelten Volkswirtschaften zeitweise etwas an Dynamik verlieren. Hierzu tragen insbesondere höhere Inflationsraten bei, die sich vor allem aus gestiegenen Energiepreisen speisen. Im Vereinigten Königreich kommt hinzu, dass die Währung stark abgewertet hat und dies die Konsumentenpreise weiter anhebt. In den USA dürfte die Teuerung zusätzlich durch expansive finanzpolitische Maßnahmen angetrieben werden. Alles in allem dürfte sich das Wachstum temporär etwas in Richtung Investitionen verschieben, zumal die höhe-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die Weltwirtschaft zieht im Prognosezeitraum etwas an.

ren Inflationsraten den Unternehmen etwas mehr Preissetzungsspielräume eröffnen als im globalen Niedriginflationsumfeld der vergangenen Jahre. Hierauf deuten etwa die gestiegenen Unternehmensgewinne hin sowie die zuversichtliche Stimmung im produzierenden Gewerbe im Euroraum und den USA. Von der robusten Binnenkonjunktur in den entwickelten Volkswirtschaften dürften über den Außenhandel die Schwellenländer profitieren. Auch der Anstieg der Rohstoffpreise macht sich hier positiv bemerkbar.

Allerdings wird der globale Preisanstieg wohl eine geldpolitische Straffung mit sich bringen. Vor allem in den USA wird die Politik der Notenbank aufgrund der besseren Konjunktur weniger expansiv ausgerichtet sein. Dies dürfte eine etwas restriktivere Geldpolitik in den Schwellenländern nach sich ziehen, um zu starke Kapitalabflüsse und Wechselkursreaktionen zu vermeiden. Die Zentralbanken in Europa und Japan dürften im Prognosezeitraum hingegen weiterhin stützend agieren. Die Finanzpolitik wird global etwas expansiver ausgerichtet sein als zuletzt. Insbesondere für die USA ist mit stimulierenden Maßnahmen zu rechnen.

Es besteht eine Reihe von Risiken für die Weltwirtschaft, die vor allem das Investitionsgeschehen stärker belasten

können als hier prognostiziert. Sowohl in den USA als auch in Europa könnte sich die politische Unsicherheit erhöhen, etwa durch das erratische Vorgehen der neuen US-Regierung, die anstehenden Brexit-Verhandlungen sowie diverse Wahlen im Euroraum im Jahr 2017. Zunehmender Protektionismus – ausgehend insbesondere von den USA – stellt zudem ein Risiko für den Welthandel dar. Hiervon könnten gerade stark exportorientierte Volkswirtschaften sowie einige asiatische und lateinamerikanische Schwellenländer betroffen sein.

USA: stimulierende Finanzpolitik, straffere Geldpolitik

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im letzten Quartal des vergangenen Jahres moderat um annualisiert 1,9 Prozent zugelegt. Während sich die private Konsumnachfrage und die Unternehmensinvestitionen robust entwickelt haben, waren die Exporte rückläufig. Dies liegt aber daran, dass im vorhergehenden Quartal außergewöhnlich hohe Ausfuhren von Sojabohnen wegen Ernteausfällen in Südamerika zu einem kräftigen Exportwachstum geführt hatten. Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft vor dem Hintergrund einer weiterhin robusten Konsumnachfrage und stärker zulegender Investitionen deutlich expandieren, auch da von der Finanzpolitik eine stimulierende Wirkung ausgehen dürfte. Hier wird unterstellt, dass im Laufe dieses Jahres Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen sowie eine Erhöhung der Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben beschlossen werden; die stimulierende Wirkung dieser Maßnahmen setzt gegen Ende des laufenden Jahres ein. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich auch hierdurch weiter verbessern. In den vergangenen drei Monaten wurden durchschnittlich 209 000 neue Stellen geschaffen. Im Zuge dieser Entwicklungen dürften sich die verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum nominal kräftiger erhöhen als in den vergangenen Jahren; die wieder etwas höhere Inflation wird den realen Anstieg und den stimulierenden Effekt auf den privaten Konsum aber etwas dämpfen. Angesichts der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und höherer Inflation dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen im Verlauf dieses Jahres schrittweise erhöhen. Auch im Jahr 2018 ist mit weiteren Anhebungen zu rechnen. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im Jahr 2017 wohl um 2,3 Prozent zulegen. Im Jahr 2018 dürfte die Wachstumsrate bei 2,5 Prozent liegen.

Verhaltene Aussichten in Japan

In Japan stieg das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um 0,2 Prozent, nach 0,3 Prozent im Vorquartal. Vor allem der Anstieg der Exporte hat hierzu beigetragen. Die Ausfuhren haben von einer expandierenden Nachfrage aus den wichtigsten Absatzmärkten, allen voran den USA

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Euroraum	1,9	1,7	1,6	1,6	0,0	0,2	1,6	1,3	10,9	10,0	9,4	9,1
... ohne Deutschland	2,1	1,7	1,5	1,5	-0,1	0,1	1,6	1,3	13,8	12,7	12,1	11,8
... Frankreich	1,2	1,1	1,3	1,5	0,1	0,2	1,5	1,4	10,4	10,1	9,9	9,8
... Italien	0,6	1,0	1,0	1,1	0,1	-0,1	1,1	1,1	11,9	11,7	11,4	11,5
... Spanien	3,2	3,2	2,3	2,0	-0,5	-0,2	2,1	1,4	22,1	19,6	17,9	16,9
... Niederlande	2,0	2,1	1,9	1,7	0,2	0,1	1,5	1,4	6,9	6,0	5,5	5,4
Vereinigtes Königreich	2,2	1,8	1,4	1,2	0,0	0,7	2,6	2,2	5,3	4,9	5,3	5,5
USA	2,6	1,6	2,3	2,5	0,1	1,3	2,1	2,1	5,3	4,9	4,6	4,5
Japan	1,3	1,0	0,6	0,5	0,8	-0,1	0,6	0,4	3,4	3,1	3,2	3,2
Südkorea	2,6	2,7	2,4	2,7	0,7	1,0	2,0	2,7	3,6	3,7	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	4,0	2,9	3,3	3,4	-0,4	-0,2	1,5	2,1	7,0	5,8	5,3	5,0
Türkei	4,1	2,2	2,2	3,3	7,7	7,8	8,1	7,6	10,3	10,8	11,6	10,9
Russland	-2,8	-0,2	1,1	1,5	15,5	7,0	4,6	4,1	5,6	5,5	5,4	5,3
China	6,5	6,7	6,3	6,0	-0,6	0,5	2,5	4,5	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	7,4	7,3	7,0	6,9	1,0	3,3	6,0	6,1				
Brasilien	-3,9	-3,1	0,4	1,5	9,0	8,5	5,7	5,7	8,3	11,2	12,4	10,6
Mexiko	2,6	2,1	2,7	2,3	2,7	2,8	3,6	3,2	4,3	3,9	4,8	4,8
Entwickelte Volkswirtschaften	2,2	1,6	1,8	1,9	0,2	0,8	1,8	1,7	6,4	5,9	5,7	5,5
Schwellenländer	4,7	4,8	5,1	5,1	2,3	2,7	3,9	4,9	5,2	5,4	5,6	5,3
Welt	3,6	3,4	3,7	3,8	1,4	1,9	3,0	3,6	5,7	5,6	5,6	5,4

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die Weltwirtschaft kommt etwas in Fahrt.

und China, profitiert. Dagegen sind die Importe wegen der schwachen Binnenkonjunktur langsamer gewachsen. Vom Konsum der privaten Haushalte gehen aktuell keine Impulse aus, weil die Lohnzuwächse nur gering ausfallen. Daneben wird die Kaufkraft durch die höheren Energiepreise vermindert. Die Investitionen der Unternehmen sind angesichts hoher Gewinne und zunehmender Exporte gestiegen. Steigende Wohnungsbauinvestitionen und ein erneut anziehender Staatsverbrauch haben das konjunkturelle Geschehen belebt.

Die weiteren Aussichten sind verhalten. Frühindikatoren wie das Konsumentenvertrauen und der Tankan-Index zum Geschäftsklima zeigen am aktuellen Rand eine leichte Besserung an, freilich ausgehend von recht niedrigen Niveaus. Obwohl sich die Belebung der Exporte bei einer etwas kräftigeren Weltkonjunktur festigen dürfte, verläuft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gedämpft. So ist die Industrieproduktion zu Jahresbeginn gefallen, weil die Autoverkäufe in die USA zurückgegangen sind. Die Produktion dürfte in den beiden Jah-

ren des Prognosezeitraums um jeweils rund ein halbes Prozent wachsen, nach einem Prozent im Jahr 2016.

China: tendenziell schwächere Wachstumsraten

Die Produktion in China ist im vierten Quartal um 1,7 Prozent gestiegen, nach 1,8 Prozent im Vorquartal. Besonders starke Zuwächse weisen die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte auf, die durch höhere Lohnabschlüsse befeuert werden. Die Ausfuhren profitieren von einer wieder etwas festeren Weltkonjunktur. Dabei sind die Nettoexporte wegen der hohen Importnachfrage leicht rückläufig. Die Entwicklung der Investitionen wird durch höhere Ausgaben in die Energie- und Verkehrsinfrastruktur und einen expandierenden Immobilienmarkt gestützt. Die Kapazitäten sind aber in weiten Bereichen der Wirtschaft nur schwach ausgelastet, vor allem bei den staatlich kontrollierten Unternehmen. Dadurch wird die Investitionskonjunktur gehemmt. Durch die höheren Ölpreise sind die Konsumentenpreise leicht gestie-

gen und die Inflation liegt inzwischen bei zwei Prozent. Der Preisanstieg dürfte sich im weiteren Verlauf intensivieren, weil sich die Zunahme der Produzentenpreise beschleunigt hat.

Die Frühindikatoren signalisieren eine weiterhin stabile Entwicklung. So liegt der Einkaufsmanagerindex bei Dienstleistern seit langem weit im positiven Bereich. Auch das entsprechende Barometer für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes deutet im Zuge der Belebung der Auslandsmärkte auf eine Besserung der Geschäftstätigkeit hin. Gleichwohl sind im Zuge des wirtschaftlichen Transformationsprozesses hin zu Dienstleistungen, der auf die Produktivität drückt, und des rückläufigen Erwerbspersonenpotentials tendenziell abnehmende Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten. Alles in allem dürfte die Produktion in den kommenden beiden Jahren um 6,3 und 6,0 Prozent expandieren, nach 6,7 Prozent im letzten Jahr.

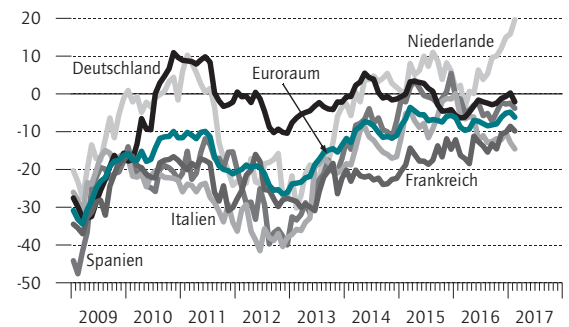
Euroraum: Moderate Erholung setzt sich fort

Die wirtschaftliche Erholung im Euroraum schreitet voran, allerdings nach wie vor in eher gemäßigtem Tempo. Das Bruttoinlandsprodukt legte im vierten Quartal 2016 um 0,4 Prozent zu; insgesamt wuchs es damit im Jahr 2016 um 1,7 Prozent. Wichtigster Wachstumstreiber im vergangenen Jahr war der private Konsum, der auch im Prognosezeitraum eine Stütze der konjunkturellen Entwicklung bleiben dürfte. Dafür sprechen die positive Konsumentenstimmung (Abbildung 2) sowie die zu erwartende moderate Zunahme der Nominallöhne. Zudem steigt die Beschäftigung recht kräftig und die Arbeitslosigkeit geht wohl weiter zurück, in einigen Mitgliedsländern wie Frankreich und Italien allerdings nur langsam. Im Prognosezeitraum dürfte der private Konsum zunächst jedoch etwas an Dynamik verlieren, da zeitweilig höhere Inflationsraten, vor allem wegen des Anstiegs der Energiepreise, das Wachstum der real verfügbaren Einkommen bremsen.

Auch die Investitionen trugen im vergangenen Jahr wieder stärker zum Wachstum bei. In Frankreich etwa verzeichneten Unternehmensinvestitionen den stärksten Anstieg seit Jahren, nicht zuletzt bedingt durch starke steuerliche Anreize; in den Niederlanden waren die Bauinvestitionen erneut ein wichtiger Treiber des Wirtschaftswachstums. Im Prognosezeitraum deutet eine Reihe vorteilhafter Faktoren auf eine anhaltende Zunahme der Investitionstätigkeit im Euroraum insgesamt hin: Die Kapazitätsauslastung und die Gewinnspannen der Unternehmen haben sich mittlerweile erkennbar von der Finanz- und Schuldenkrise erholt und die Finanzierungsbedingungen sind unverändert günstig. In diesem Umfeld befinden sich die Einkaufsmanagerindi-

Abbildung 2

Konsumentenvertrauen im europäischen Vergleich Saldo



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2017

Das Konsumentenvertrauen liegt in vielen Ländern über dem Niveau der Vorjahre.

zes deutlich über der Expansionsschwelle (Abbildung 3). Zudem wurden in Frankreich Programme verlängert, die Firmen Steuererleichterungen durch Abschreibungen auf bestimmte Investitionsgüter gewähren, und auch in Italien wurden neue Steuerregelungen verabschiedet, die Investitionsanreize für Unternehmen schaffen sollen.¹ In Spanien hat der Immobiliensektor die Talsohle nach der geplatzten Immobilienpreisblase durchschritten. Vor allem die Bauinvestitionen werden dort wohl stärker zunehmen.

Gleichzeitig belasten allerdings der anhaltende Schuldenabbau der Unternehmen in einigen Mitgliedsländern, insbesondere in Italien und Spanien, sowie die insgesamt nur moderaten Wachstumsaussichten die Investitionstätigkeit im Euroraum. Auch ist die politische Unsicherheit nach wie vor sehr hoch (Abbildung 4). Dazu tragen vor allem die bevorstehenden Brexit-Verhandlungen, Wahlen in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, die politische Konstellation nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum in Italien sowie die angespannte Situation im dortigen Bankensektor bei. Insgesamt ist daher im Prognosezeitraum ein gemäßigter Anstieg der Investitionen zu erwarten.

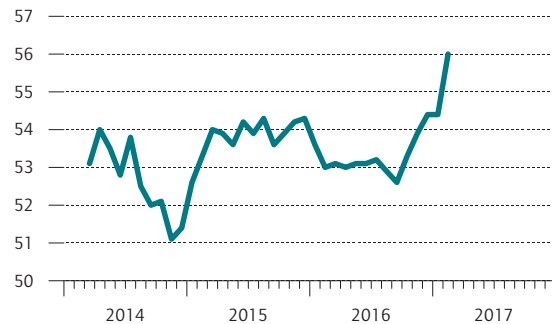
Die Ausfuhren haben sich im vergangenen Jahr in einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich entwickelt: Während sie beispielsweise in Frankreich nur schwach zunahmen, profitierte insbesondere die spanische Wirt-

¹ Für die Prognose für Frankreich wird davon ausgegangen, dass sich die wesentlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 nicht maßgeblich ändern.

Abbildung 3

Einkaufsmanagerindex für den Euroraum

Index



Quelle: IHS Markit.

© DIW Berlin 2017

Der Einkaufsmanagerindex liegt deutlich über der Expansionsschwelle und hat zuletzt nochmal zugelegt.

schaft von einer starken Expansion im Tourismussektor. Im Prognosezeitraum wird sich die Dynamik der Ausfuhren der Euro-Länder wohl wieder etwas angleichen. Die Exporte der Währungsunion insgesamt werden wohl zulegen. Dafür spricht vor allem eine etwas stärker steigende weltweite Nachfrage, insbesondere aus den USA und rohstoffexportierenden Ländern. Dies dürfte auch die schwache britische Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen kompensieren. Die Einfuhren werden voraussichtlich mit ähnlicher Geschwindigkeit zunehmen wie die Ausfuhren, da sich die Inlandsnachfrage robust entwickelt.

Die Verbraucherpreise haben sich in den vergangenen Monaten deutlich erhöht.² Im Prognosezeitraum dürfte sich die Inflationsrate, wegen des Wegfalls von Basiseffekten und unter der Annahme geringerer Veränderungen der Energiepreise, allerdings wieder verringern. Die Kerninflationsrate lag zuletzt unverändert niedrig bei ungefähr einem Prozent. Angesichts einer sich schließenden Produktionslücke dürfte sie zwar etwas steigen, durch die verbleibende Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials jedoch nicht besonders stark.³ In diesem Umfeld wird die Europäische Zentralbank ihr Anleihekaufprogramm wohl wie angekündigt bis Dezember

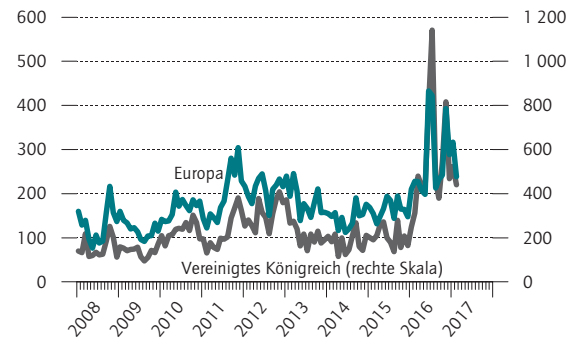
² Neben steigenden Energiepreisen trugen auch steigende Nahrungsmittelpreise maßgeblich dazu bei. Ein wesentlicher Grund hierfür war der ungewöhnlich kalte Winter in Anbauländern von Gemüse und Obst.

³ So liegt zum Beispiel der Anteil an unfreiwillig nur in Teilzeit beschäftigten Personen an den insgesamt beschäftigten Personen deutlich über dem Niveau von vor der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Abbildung 4

Indizes für die politische Unsicherheit in Europa und im Vereinigten Königreich

Index



Quelle: "Measuring Economic Policy Uncertainty" von Scott R. Baker, Nicholas Bloom und Steven J. Davis. Erhältlich unter www.PolicyUncertainty.com.

© DIW Berlin 2017

Die politische Unsicherheit in Europa ist nach wie vor hoch.

2017 fortsetzen, und auch danach dürfte die Geldpolitik expansiv ausgerichtet bleiben. Für die Finanzpolitik wird dagegen angenommen, dass diese im Prognosezeitraum in etwa neutral ausgerichtet sein wird.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt des Euro-raums im laufenden Jahr und im kommenden Jahr um jeweils 1,6 Prozent zulegen.

**Vereinigtes Königreich:
Brexit-Prozess dämpft Wachstum**

Die britische Wirtschaft ist im vierten Quartal 2016 erneut kräftig, um 0,7 Prozent, gewachsen. Wie in den Vorquartalen wurde die Konjunktur insbesondere vom privaten Konsum gestützt. Zudem gingen positive Impulse vom Außenhandel – durch einen kräftigen Zuwachs der Exporte bei gleichzeitigem Importrückgang – aus (Kasten). Die Investitionstätigkeit stagnierte dagegen insgesamt: Ein spürbarer Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen wurde von einem Anstieg der Bauinvestitionen kompensiert.

Im Verlauf des Jahres 2017 dürfte sich der Beitrag des privaten Konsums zum Wachstum merklich abschwächen, da sich der spürbare Anstieg der Konsumentenpreise – bedingt durch die Abwertung des britischen Pfunds und anziehende Energiepreise – weiter fortsetzen und den Anstieg der real verfügbaren Einkommen zunehmend beeinträchtigen wird. Hierauf deuten ein Rückgang der Einzelhandelsumsätze und des Konsumentenvertrauens im Dezember 2016 und Januar 2017

Kasten

Die wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich seit der Brexit-Entscheidung

Überblick

Das Wachstum im Vereinigten Königreich hat sich nach dem Brexit-Votum vom 23. Juni 2016 bisher unvermindert kräftig fortgesetzt. Zuletzt lagen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts bei 0,6 Prozent im dritten und 0,7 Prozent im vierten Quartal; damit wuchs die britische Wirtschaft ähnlich stark wie in der ersten Jahreshälfte 2016. Am deutlichsten zeigen sich die Folgen der Entscheidung bisher im Wechselkurs des britischen Pfunds: Nach einer bereits seit Jahresbeginn 2016 kontinuierlichen Abwertung hat das Pfund unmittelbar nach der Entscheidung stark an Wert verloren. Zuletzt hat sich der Außenwert der britischen Währung auf diesem niedrigeren Niveau stabilisiert (Abbildung 1).

Der schwache Außenwert des Pfunds ist auch damit zu erklären, dass die Zentralbank auf die Brexit-Entscheidung mit expansiven Maßnahmen reagiert hat, um die Konjunktur zu stützen. Diese dürften die realwirtschaftliche Nachfrage in den letzten beiden Quartalen stimuliert haben. In Kombination mit steigenden Energiepreisen schlägt sich die Abwertung aber in einem kontinuierlichen Anstieg der Konsumentenpreise nieder (Abbildung 1).

Die Entwicklung im Einzelnen

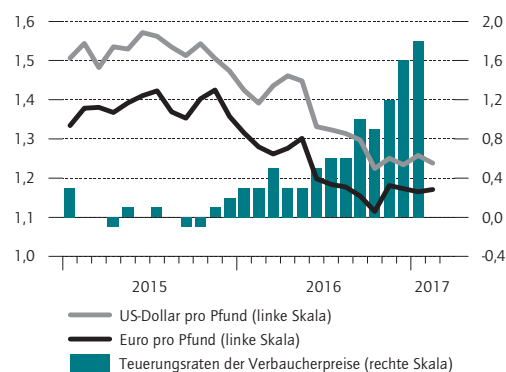
In den Monaten nach der Brexit-Entscheidung erwies sich insbesondere der private Konsum als Konjunkturstütze. So legten etwa die Umsätze im Einzelhandel zwischen Juli und November 2016 – ungeachtet des merklichen Anstiegs der Konsumentenpreise – deutlich zu (Abbildung 2). Zugenommen haben auch andere konsumbezogene Dienstleistungen; neben dem Einzelhandel gewannen insbesondere auch der Großhandel und Dienstleistungen des Gastronomie- und Hotelgewerbes an Dynamik. Die anziehenden Preise belasten den Einzelhandel allerdings wohl am aktuellen Rand zunehmend, im Januar sind die Umsätze, gemessen an den Dreimonatsdurchschnitten, erstmals seit Dezember 2013 gefallen.

Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen im dritten Quartal 2016 insgesamt leicht zu, stagnierten jedoch im vierten Quartal. Der Anstieg ist vor allem durch die Bauinvestitionen bedingt, die – trotz einer sich nach dem Referendum merklich verlangsamenen Zunahme der Immobilienpreise – seit Juni 2016 gestiegen sind. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen dagegen im selben Zeitraum insgesamt zurück (Abbildung 3). Die Entwicklung der Investitionen unterscheidet sich dabei zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Vor allem die öffentlichen Investitionen

Abbildung 1

Wechselkurse und Konsumentenpreise

Euro bzw. Dollar pro Pfund, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Quelle: Nationales Amt für Statistik (ONS), Bloomberg.

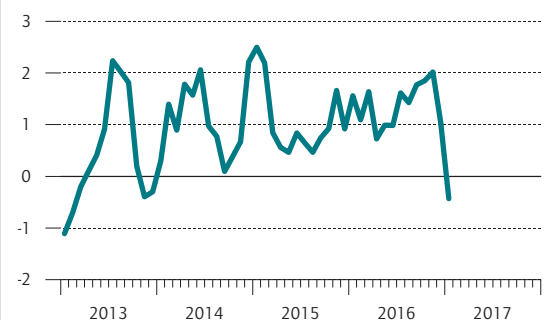
© DIW Berlin 2017

Starke Abwertung des Pfund seit Brexit-Entscheidung bei gleichzeitiger Zunahme der Verbraucherpreise.

Abbildung 2

Einzelhandelsumsätze

Veränderung der gleitenden Dreimonatsdurchschnitte, in Prozent



Quelle: Nationales Amt für Statistik (ONS).

© DIW Berlin 2017

Die Einzelhandelsumsätze sind zum ersten Mal seit Dezember 2013 rückläufig.

stiegen zuletzt, während die privaten Investitionen unverändert blieben. Der im vierten Quartal zu beobachtende deutliche Rückgang der Unternehmensinvestitionen wurde hierbei vom privaten Wohnungsbau kompensiert.

Der Wertverlust des britischen Pfunds macht sich vor allem im Außenhandel bemerkbar. Die Abwertung hatte einen deutlichen Anstieg der Preise für Export- und Importgüter – jeweils gemessen in heimischer Währung – zur Folge (Abbildung 4). Der reale Warenaustausch war unmittelbar kaum betroffen: Im dritten Quartal 2016 waren die realen Exporte entgegen der Erwartungen rückläufig, während die Importe zulegen konnten. Im vierten Quartal erhöhten sich die realen Warenausfuhren dann deutlich, während die Importe nun leicht rückläufig waren.¹ Diese Entwicklung im letzten Quartal war durch die Ein- und

Ausfuhren im Gütersektor getrieben, insbesondere die Einfuhren von Maschinen- und Transportequipment war rückläufig. Im Dienstleistungsbereich hingegen stagnierten die Ein- und Ausfuhren.

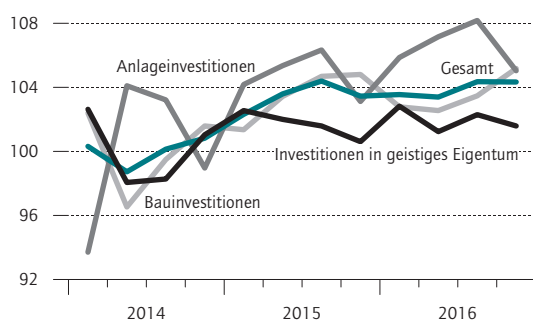
Alles in allem zeigt sich, dass der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union in den ersten sechs Monaten nach der Brexit-Entscheidung nur begrenzte Auswirkungen auf das Wachstum hatte. Allerdings deuten die Entwicklungen am aktuellen Rand darauf hin, dass im Prognosezeitraum mit einer merklichen Dämpfung der Binnennachfrage zu rechnen ist. Hierauf deuten sowohl der zuletzt beobachtete Anstieg der Konsumentenpreise, der kräftige Rückgang der Unternehmensinvestitionen, als auch der positive Außenhandelsbeitrag im vierten Quartal hin. Die anhaltend hohe Unsicherheit über die bevorstehenden Austrittsverhandlungen dürfte diese Effekte verstärken.

¹ Die Entwicklung der Handelsbilanz kann mit Hilfe des J-Kurven-Effektes erklärt werden. Eine reale Abwertung der heimischen Währung führt demnach – entgegen der Intuition – kurzfristig zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz. Hierfür sind vor allem Rigiditäten wie längerfristig festgesetzte Abnahmemengen der Ex- und Importeure verantwortlich, die eine umgehende Anpassung der gehandelten Warenmengen erschweren. Eine aufgrund der Abwertung zu erwartende Verbesserung der Leistungsbilanz, bedingt durch steigende Exporte und eine Verringerung sich verteuender Importe, erfolgt erst im Zeitverlauf.

Abbildung 3

Bruttoanlageinvestitionen

Index, 2014 = 100



Quelle: Nationales Amt für Statistik (ONS).

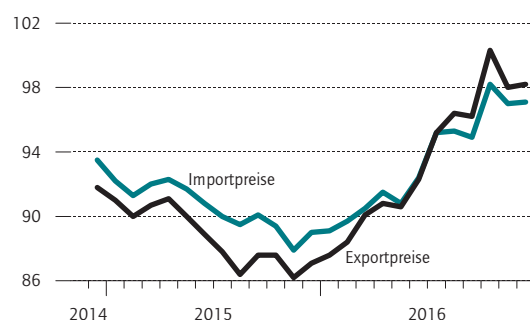
© DIW Berlin 2017

Zuletzt sind die Bauinvestitionen merklich gestiegen, während die Ausrüstungsinvestitionen gefallen sind.

Abbildung 4

Preisentwicklung im Außenhandel

Index, 2013 = 100



Quelle: Nationales Amt für Statistik (ONS).

© DIW Berlin 2017

Ex- und Importpreise haben seit Brexit-Entscheidung kräftig zugelegt.

bereits hin (Kasten). Zudem sind im Prognosezeitraum aufgrund der anhaltenden politischen Unsicherheit im Zusammenhang mit den Austrittsverhandlungen aus der Europäischen Union, in denen sich zunehmend eine „harte“ Verhandlungsstrategie der britischen Regierung abzeichnet, keine großen Impulse seitens der Investitionen zu erwarten. Somit dürfte der größte Wachstumsbeitrag im laufenden Jahr vom Außenhandel kommen, der sich indes vor allem rechnerisch aus vorerst weiterhin rückläufigen Importen ergibt. Dieser Effekt wird sich im kommenden Jahr aufgrund der bereits zu beobachtenden Stabilisierung des Wechselkurses abschwächen.

Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einem Wachstum von 1,4 Prozent zu rechnen, für das Jahr 2018 wird ein Wachstum von 1,2 Prozent prognostiziert.

Mittel- und Osteuropa: Privater Konsum und Auslandsnachfrage stützen die Konjunktur

In Mittel- und Osteuropa hat sich 2016 das Wachstum im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verlangsamt, besonders in Polen, der größten Volkswirtschaft der Region. Gründe waren eine geringe Investitionsdynamik, unter anderem infolge des nur allmählichen Anlaufens der neuen EU-Förderung, sowie eine schwache Exportnachfrage. Der private Konsum nahm hingegen zu. Er wird im Umfeld einer anziehenden, aber noch moderaten Preissteigerung, steigenden Reallöhnen und einer stetigen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt auch weiterhin die Konjunktur stützen. Im Prognosezeitraum ist zudem mit einer kräftigeren Investitionstätigkeit zu rechnen, da die EU-Förderung zunehmend Wirkung zeigen dürfte. Die Realzinsen dürften weiterhin niedrig bleiben. Die Zentralbanken haben bislang keine konkrete Veränderung ihrer Geldpolitik angekündigt, da sie in den meisten Ländern erwarten, dass die jeweilige Preissteigerung um das Inflationsziel liegen wird. Impulse sind ferner

von einer etwas höheren Auslandsnachfrage zu erwarten. Eine starke Auftragslage spiegelt sich bereits in der Entwicklung des jeweiligen Einkaufsmanagerindex, wider der zu Jahresbeginn 2017 in Polen und insbesondere in Ungarn und Tschechien gestiegen ist. Insgesamt dürfte das Wachstum in der Region dieses und nächstes Jahr knapp unter 3,5 Prozent liegen.

Russland: Wirtschaft wächst wieder leicht

Die russische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 0,2 Prozent geschrumpft. Für das Jahr 2015 wurde der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 3,7 Prozent auf nunmehr nur noch 2,8 Prozent revidiert; hierzu beigetragen haben nach offiziellen Angaben insbesondere eine stärkere Berücksichtigung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Ungeachtet der Revision hat sich der Schrumpfungsprozess der russischen Wirtschaft gegen Jahresende 2016 abgeschwächt. Hierzu hatte die relativ gute Entwicklung in der Landwirtschaft und auch in Teilen des verarbeitenden Gewerbes beigetragen. Angesichts sinkender Realeinkommen war der private Verbrauch rückläufig. Hier dürfte im weiteren Verlauf jedoch eine allmähliche Erholung einsetzen: Das Konsumentenvertrauen hat sich zuletzt leicht erhöht. Im verarbeitenden Gewerbe hat die Auftragslage offenbar spürbar angezogen. Zudem hat der Einkaufsmanagerindex zum Jahresauftakt erneut zugelegt und liegt deutlich oberhalb der Expansionsschwelle. Auch der gestiegene Ölpreis und die damit verbundenen höheren Einnahmen aus Ölexporten werden zur Erholung der russischen Wirtschaft beitragen. Allerdings hält die Zentralbank trotz rückläufiger Preissteigerungsraten an ihrem restriktiven Kurs fest. Aufgrund hoher Inflationsrisiken schätzt sie die Wahrscheinlichkeit, die Leitzinsen bereits im ersten Halbjahr 2017 zu senken, geringer ein als zuvor. Insgesamt dürfte die russische Wirtschaft im Prognosezeitraum wieder leicht wachsen.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Michael Hachula ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhachula@diw.de

Robert Lange ist Praktikant in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | rlange@diw.de

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 11/2017:

www.diw.de/econbull



Deutsche Wirtschaft: Beschäftigungsaufbau stark, Investitionstätigkeit schwach

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Der deutsche Konjunkturmotor ist weiter auf Touren: Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr bei leicht überausgelasteten Kapazitäten um 1,4 Prozent wachsen. Ins Gewicht fällt der anhaltend kräftige Beschäftigungsaufbau: Die Zahl der Arbeitsplätze steigt um 600 000. Das treibt den privaten Konsum, der das Wachstum der deutschen Wirtschaft weiter maßgeblich stützt. Die höhere Inflation dämpft zwar die Kaufkraft, wird aber im späteren Verlauf wieder etwas nachgeben. Die zuletzt hohen Überschüsse der öffentlichen Haushalte werden kräftig zurückgehen. Ein weiterer Wermutstropfen sind die nach wie vor schwachen Investitionen, die auch damit zusammenhängen, dass Brexit und Trump die deutschen Exporteure verunsichern. Risiken bergen mögliche Spannungen auf den Finanzmärkten, die etwa infolge der Wahlen in Frankreich und den Niederlanden entstehen und sich in die Realwirtschaft übertragen können.

Die deutsche Wirtschaft folgt weiter einem moderaten Aufwärtstrend. In diesem Jahr dürfte die Wachstumsrate bei 1,4 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,7 Prozent (Tabelle 1). Damit korrigiert das DIW Berlin seine Vorausschätzung im Vergleich zu der im Dezember 2016 veröffentlichten Prognose für dieses Jahr nach oben; im Winter waren noch 1,2 Prozent erwartet worden. Wesentliche Ursache für diese Korrektur ist, dass sich die Arbeitsmarktsituation in Deutschland auf Basis einer berichtigten Datenlage günstiger darstellt als noch im Dezember (Kasten 1). Zudem legte die deutsche Wirtschaft nach einer eher gedämpften Entwicklung im Sommerhalbjahr zum Jahresende 2016 wieder eine spürbar höhere Gangart ein (Tabelle 2), und auch für das Auftaktquartal des laufenden Jahres weisen die vorliegenden Indikatoren auf eine kräftige Entwicklung hin. Die deutsche Wirtschaft startet daher mit mehr Tempo ins Jahr 2017 als noch im Dezember unterstellt.

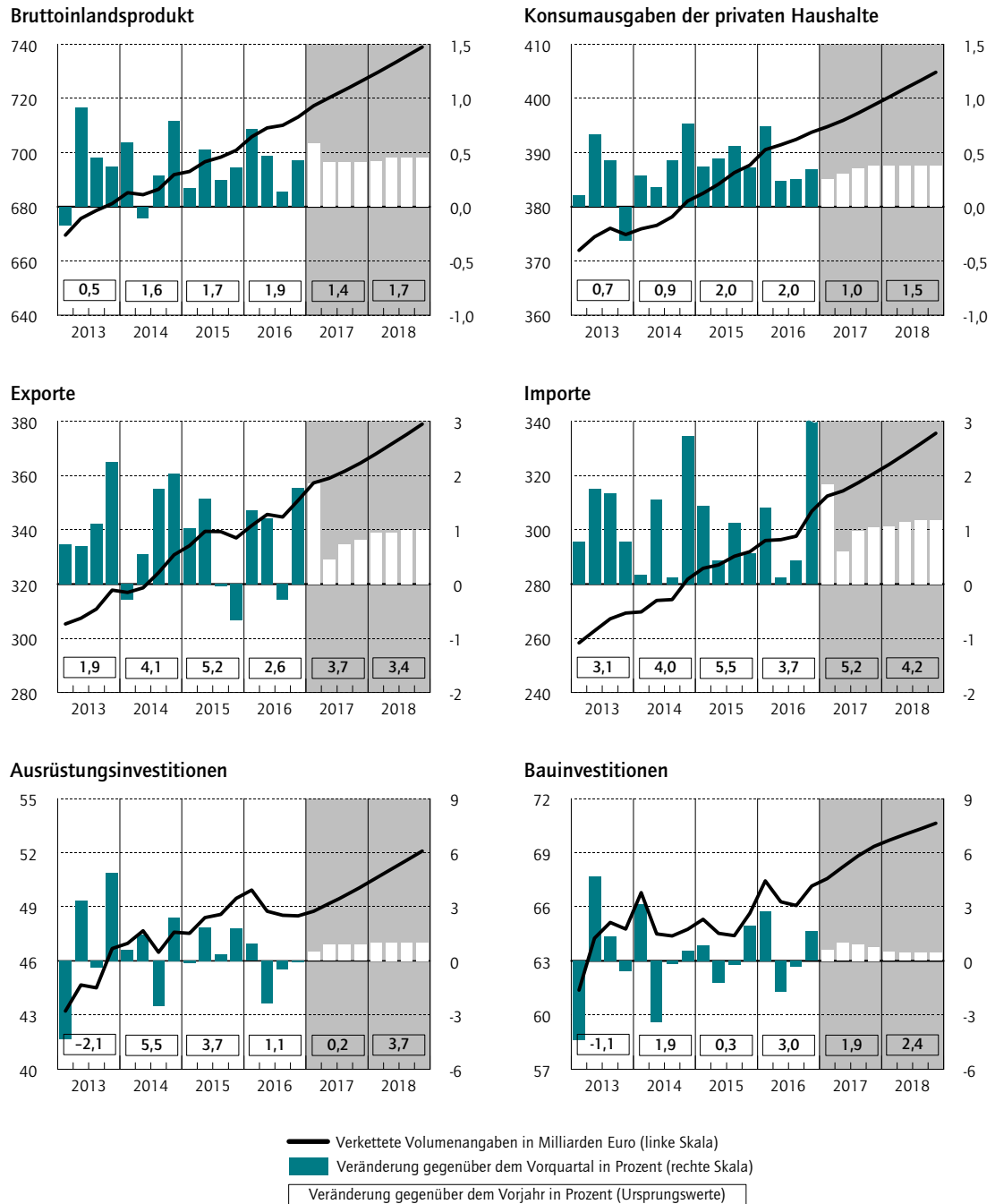
Im weiteren Verlauf dürfte die Wirtschaft dann aber etwas an Schwung verlieren (Abbildung 1), denn Einflüsse, die bisher die Konjunktur angekurbelt haben, verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Hierzu gehören insbesondere die Zuwanderung von Geflüchteten sowie die niedrigen Energiepreise. Beides hat in früheren Jahren den Konsum angeregt, im Verlauf des vergangenen Jahres aber an Relevanz verloren. Die Lohnentwicklung ist moderat: Zwar bleiben die Beschäftigungszuwächse kräftig und die Arbeitslosigkeit geht weiter deutlich zurück – die Quote dürfte in diesem Jahr bei 5,7 Prozent und im kommenden bei 5,3 Prozent liegen. Zudem dürfte die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften allmählich zu höheren Lohnabschlüssen führen. Allerdings tragen die starke Zuwanderung, vor allem aus der Europäischen Union (EU), und die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Älteren dazu bei, dass im Prognosezeitraum keine kräftigen Anstiege bei den Löhnen zu erwarten sind.

In auffälligem Kontrast zu der günstigen Beschäftigungsentwicklung steht die weiterhin schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen. Offenbar sind diese angesichts

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem ersten Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

der absehbaren Knappheit am Arbeitsmarkt weiterhin bereit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beschäftigen, während sie bei Ausgaben für Investitionen zurückhal-

tend bleiben. Dies dürfte vor allem an der hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit liegen, wie sie etwa von der Trump-Regierung in den USA, der Brexit-Entschei-

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,5	1,6	1,7	1,9	1,4	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 328	42 662	43 057	43 593	44 191	44 633
Erwerbslose, ILO	2 182	2 092	1 949	1 776	1 593	1 486
Arbeitslose, BA	2 950	2 898	2 795	2 691	2 518	2 368
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,2	5,0	4,6	4,1	3,6	3,4
Arbeitslosenquote, BA ²	6,9	6,7	6,4	6,1	5,7	5,3
Verbraucherpreise ³	1,5	0,9	0,2	0,5	1,8	1,4
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,7	1,5	1,4	2,4	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-5,4	8,6	20,9	23,7	14,3	8,6
In Prozent des BIP	-0,2	0,3	0,7	0,8	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	6,7	7,5	8,6	8,3	7,8	7,5

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2017 und 2018: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,7	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	1,3	0,9	0,2	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	-1,5	-0,2	0,8	0,6	0,9	0,9	0,8	0,7	0,6	0,7	0,7
Ausrüstungen	0,9	-2,3	-0,5	-0,1	0,5	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	2,7	-1,7	-0,3	1,6	0,6	1,0	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Sonstige Investitionen	0,9	0,7	0,6	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,4	-0,1	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,7	-0,1	0,5	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	0,1	0,5	-0,3	-0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,4	1,2	-0,3	1,8	1,9	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0
Import	1,4	0,1	0,4	3,1	1,8	0,6	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,5	0,1	0,4	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab ersten Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

derung im Vereinigten Königreich oder den anstehenden Wahlen in wichtigen europäischen Ländern ausgeht. Die damit verbundene eingeschränkte Planbarkeit für die Unternehmen führt dazu, dass diese vor größeren und längerfristig bindenden Ausgaben zurückschrecken und die ohnehin strukturell niedrige Investitionstätigkeit weiter gedämpft wird. Stattdessen fließt ein großer Teil der Überschüsse der Unternehmen ins Aus-

land ab; auch dies schlägt sich in dem exzessiv hohen Leistungsbilanzsaldo nieder, der in diesem Jahr zwar – auch aufgrund der steigenden Importkosten – auf unter acht Prozent etwas nachgibt. Er wird damit aber weiter deutlich über der Vorgabe der Europäischen Union von sechs Prozent liegen.

Kasten 1

Zur Revision der Erwerbstätigenzahlen

Die Bundesagentur für Arbeit hat am 1. März 2017 die Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für das zweite Halbjahr 2016 aufgrund eines Datenverarbeitungsfehlers erheblich korrigiert.¹ Am 7. März hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine an diese Korrektur angepasste Arbeitszeitrechnung vorgelegt.² Die eine Woche zuvor veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die Basis dieser Konjunkturprognose darstellen, beruht damit auf einer Erwerbstätigenstatistik, die stark verzerrt ist. Eine Korrektur der VGR-Daten ist erst für die nächste reguläre Veröffentlichung am 23. Mai 2017 zu erwarten.

Die berichtigte Datenbasis hat nicht nur zur Folge, dass die bisherige Einschätzung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt grundlegend korrigiert werden muss: So war etwa die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nicht seit Mitte des vergangenen Jahres rückläufig, sondern legte zuletzt sogar beschleunigt zu (Abbildung 1).³ Auch andere Größen aus den VGR dürften zum nächsten Veröffentlichungstermin grundlegend korrigiert werden. Dies betrifft neben Beschäftigtenzahlen oder dem Arbeitsvolumen vor allem auch die Entwicklung der Lohn-einkommen. Dies ist umso gravierender, als die zurzeit geltende Datengrundlage nicht nur die Basis der Institutsprognosen und der Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr, sondern auch die der Regierungsprognose ist, die wiederum die Basis für die amtliche Steuerschätzung sein wird. Diese ist wiederum die Grundlage für die Aufstellung der Haushaltspläne. Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf wird zudem für erste Berechnungen zur Rentenanpassung herangezogen, die bereits im Sommer erfolgt.

¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Grundlagen: Hintergrundinfo – Beschäftigungsstatistik: Korrektur vorläufiger Werte für das 2. Halbjahr 2016. Nürnberg, März 2017.

² Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017): Höhere Erwerbstätigenzahl ließ Arbeitsvolumen 2016 um 500 Millionen Stunden steigen. Presseinformation vom 7. März 2017 (online verfügbar).

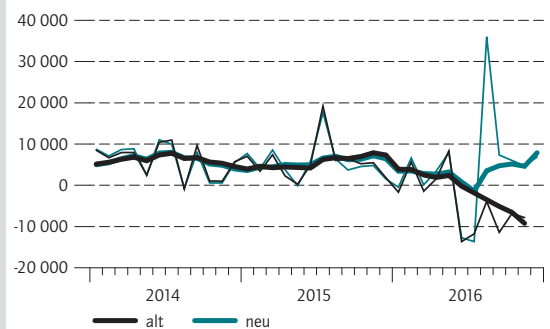
³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Statistik: Tabellen, Saisonbereinigte Zeitreihen. Nürnberg, März 2017.

Etwas angeregt werden dürfte die Investitionstätigkeit indes vom Außenhandel, der im Prognosezeitraum recht robust bleibt: Vor allem in den entwickelten Volkswirtschaften dürfte die Konjunktur weiter recht kräftig sein. Zwar führen die nicht mehr rückläufigen Energiepreise vielerorts zu höherer Inflation, die die Kaufkraft der Haushalte dämpft. Die derzeit hohen Inflationsraten dürften jedoch in wenigen Monaten etwas abklingen, denn der Anstieg der Energiepreise ist bereits zum Stillstand gekommen (Kasten 2).

Abbildung

Vergleich der Zahlen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe vor und nach der Korrektur

Änderung im Vergleich zum Vormonat (dünne Linien) bzw. 6-Monats-Durchschnitt (dicke Linien)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2017

Anders als zunächst ausgewiesen kehrt sich der Beschäftigungsaufbau nicht Mitte 2016 um.

Um zukünftige aus dieser Datenberichtigung resultierende Korrekturen an der Prognose so gering wie möglich zu halten und den aktuellen Informationsstand der Erwerbstätigen- und Arbeitszeitrechnung zu berücksichtigen, hat das DIW Berlin beschlossen, seine Prognose auf eine für das Jahr 2016 korrigierte VGR zu basieren. Im Folgenden werden die hierbei getroffenen Annahmen dargestellt und relevante Implikationen aufgezeigt.

Ein Vergleich der Erwerbstätigenzahlen vor und nach der Revision zeigt noch einmal die erhebliche, quantitative Bedeutung

Die zuletzt hohen Überschüsse der öffentlichen Haushalte bilden sich deutlich zurück – zum einen weil die Steuereinnahmen schwächer zulegen, zum anderen weil die Ausgaben weiter dynamisch expandieren. In struktureller, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter Betrachtung, schreibt der öffentliche Gesamthaushalt im kommenden Jahr sogar eine rote Null, denn die Wirtschaft wird – wie bereits im vergangenen Jahr – leicht überausgelastet sein. Diese geringfügige Überauslastung bildet sich im späteren Verlauf zurück.

der Korrektur (Tabelle 1): Anders als bislang ausgewiesen, betrug die (saisonbereinigte) Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Schlussquartals 2016 nicht 43,5 Millionen, sondern lag mit 43,8 Millionen um rund 300.000 höher. Dies wirkt sich auf den jahresdurchschnittlichen Zuwachs im Jahr 2016 aus: Dieser lag nach aktuellen Informationen bei 536.000 beziehungsweise 1,2 Prozent (anstelle von 419.000 beziehungsweise 1,0 Prozent).

Laut Presseinformation des IAB⁴ vom 7. März 2017 wird die je Erwerbstätigen beziehungsweise je ArbeitnehmerIn geleistete Arbeitszeit im Vergleich zur Fachserie 18, Reihe 1.2 des Statistischen Bundesamts (Stand 23. Februar 2017) nahezu unverän-

dert belassen. Die Korrektur der Erwerbstätigen führt damit fast ausschließlich zu einem entsprechend höheren Arbeitsvolumen.

Unterstellt wird für die Anpassung der Daten für die zweite Jahreshälfte 2016, dass die Effektivverdienste je ArbeitnehmerIn von der Korrektur nicht betroffen sind. Damit schlägt sich die höhere Zahl an Erwerbstätigen vollständig in einer höheren Brutto Lohnsumme (BLG) nieder: Diese dürfte damit im vergangenen Jahr um rund vier Milliarden Euro höher ausgefallen sein als bislang amtlich ausgewiesen. Weiterhin wird unterstellt, dass das nominale Bruttoinlandsprodukt von der Korrektur unberührt bleibt. Die höhere Lohnsumme führt entsprechend zu niedrigeren Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Es wird unterstellt, dass davon die Hälfte zulasten der privaten Haushalte geht. Daraus ergibt sich ein um 1,7 Mrd höheres verfügbares Einkommen.

⁴ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017), a. a. O.

Tabelle

Vergleich der Erwerbstätigenzahlen zum aktuellen Informationsstand mit denen in Fachserie 18 Reihe 1.3 (Stand: 23. Februar)

	Amtliche Daten				DIW-Prognose				Amtlich	Prognose
	2016				2017				2016	2017
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal		
Aktuell										
Erwerbstätige	43 400	43 507	43 635	43 828	44 001	44 130	44 256	44 374	43 593	44 190
Änderung in Tausend gegenüber Vorperiode	145,667	108	128	193	173	129	126	118	536	598
Änderung in Prozent gegenüber Vorperiode	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	1,2	1,4
vor Revision										
Erwerbstätige	43 404	43 486	43 481	43 531	43 704	43 833	43 959	44 077	43 476	43 893
Änderung in Tausend gegenüber Vorperiode	142	82	-5	50	173	129	126	118	419	418
Änderung in Prozent gegenüber Vorperiode	0,3	0,2	-0,0	0,1	0,4	0,3	0,3	0,3	1,0	1,0
Aktuelles Niveau abzüglich Vor-Revisions-Stand	-4	21	154	297	297	297	297	297	117	297

Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland unterliegt dabei erheblichen Risiken, die vor allem vom außenwirtschaftlichen Umfeld ausgehen. Die politischen Entwicklungen im vergangenen Jahr weisen darauf hin, dass internationale Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration zunehmend in Frage gestellt werden. Auch bei den anstehenden Wahlen in wichtigen europäischen Ländern könnten integrationskritische Parteien erheblichen Zulauf erhalten. Sollten aus dieser Tendenz protektionistische oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit beeinträchtigende Maßnahmen folgen, so wird dies zu

vermindertem Wachstum der exportorientierten deutschen Wirtschaft führen.

Daneben bleibt die europäische Wirtschaft fragil: Weiterhin bestehen große Probleme im Bankensektor und den öffentlichen Finanzen in einigen Ländern, vielerorts ist die Arbeitslosigkeit anhaltend hoch und die finanzielle Situation der privaten Haushalte angespannt. All diese Probleme verstärken sich gegenseitig und könnten die konjunkturelle Entwicklung in Europa stärker beeinträchtigen als in der hier vorgelegten Prognose unter-

Kasten 2

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist weiterhin expansiv ausgerichtet; für den Prognosezeitraum werden keine Zinsschritte unterstellt. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen liegen im Jahresdurchschnitt 2017 und 2018 bei 0,3 Prozent. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; dabei werden die durchschnittlichen Wechselkurse der vergangenen 30 Tage zugrunde gelegt. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,09 US-Dollar je Euro für dieses und nächstes Jahr. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 21. Februar 2017. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen, die ab dem kommenden Monat zunächst in etwa stagnierende Preise und ab Herbst einen moderaten Rückgang anzeigen. Im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise gemäß dieser Annahme im Jahr 2017 – aufgrund der vorangegangenen Anstiege – um ein Viertel höher als im Jahr 2016; im Durchschnitt des kommenden Jahres stagnieren sie. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,0 Prozent zu, im nächsten um 2,4 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum weiterhin expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Zwar können im laufenden Jahr letztmalig Steuererstattungen bei der Ausschüttung von Altkapital geltend gemacht werden. Aber Grund- und Kinderfreibetrag sowie Kindergeld werden in beiden Jahren erhöht. Zudem hat der Bund – für die gesamte laufende Legislaturperiode – zusätzliche Mittel für Investitionen bereitgestellt. Für finanzschwache Kommunen ist ein Sondervermögen zur Förderung von Investitionen gebildet worden. Dieses wurde im vergangenen Jahr aufgestockt; das zusätzliche Geld soll in die Schulinfrastruktur finanzschwacher Gemeinden fließen. Ferner sind zusätzliche Ausgaben zur Förderung des sozialen Wohnens (Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“) beschlossen worden. Auch werden Mittel zum Ausbau des Breitbandnetzes bereitgestellt und für die Bereiche der Inneren und Äußeren Sicherheit sind deutliche Mehrausgaben beschlossen.

Bei den Sozialversicherungen dürften sich expansive und kontraktive Impulse der beschlossenen Maßnahmen nahezu ausgleichen. So wurde der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zu Beginn dieses Jahres angehoben und es ist angenommen, dass die Kassenlage der gesetzlichen Krankenkassen dazu führen wird, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag zu Beginn kommenden Jahres um 0,1 Prozentpunkt steigen wird. Außerdem dürfte das Krankenhausstrukturgesetz mit Einsparungen verbunden sein. Andererseits sind zu Beginn des laufenden Jahres die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung ausgeweitet worden und ab dem Jahr 2018 sollen die Ostrenten schrittweise an das Niveau der Westrenten angeglichen werden.

In Relation zur nominalen Wirtschaftsleistung dürfte der finanzpolitische Impuls der diskretionären Maßnahmen im laufenden Jahr bei 0,3 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,4 Prozent liegen.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2016	2017	2018
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,1	0,4	0,7
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,1	0,3	0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,11	1,09	1,09
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr	2,1	2,0	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	45,1	56,9	56,1
Erdölpreis	Euro/Barrel	40,7	52,4	51,5

© DIW Berlin 2017

stellt; dies gilt auch und gerade, falls der Ausgang der anstehenden Wahlen für Spannungen an den Finanzmärkten sorgt, die Unruhe im Bankensystem, bei den öffentlichen Finanzen und in der Realwirtschaft nach sich ziehen. Auch die deutsche Wirtschaft dürfte von einer dann folgenden konjunkturellen Eintrübung im Euroraum beeinträchtigt werden.

Inflation im Zwischenhoch

Die Inflation dürfte in diesem Jahr auf knapp 1,8 Prozent hochschnellen, im kommenden Jahr aber wieder etwas nachlassen und dann bei 1,4 Prozent liegen.

Der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen hat in den beiden vergangenen Monaten kräftig angezogen. Hier spiegeln sich insbesondere die – im Zuge der von der OPEC Ende November beschlossenen Förderkürzungen – deutlich gestiegenen Rohölpreise, aber auch die durch Ern-

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2016

	2017	2018
Alterseinkünftegesetz	–1,3	–2,6
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	–2,1	–5,4
Altkapitalerstattungen ²		2,3
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer	–0,4	–0,4
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	–0,2	–0,1
Steuerliche Mindereinnahmen aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze	–0,0	–0,3
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen ⁴	0,6	0,6
Zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG ⁵	–0,9	–0,9
Förderung des Breitbandausbaus	–0,2	0,3
Förderung des sozialen Wohnens ⁶	–0,4	–0,4
Mehrausgaben aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze		–0,0
Prämie beim Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	–0,2	–0,2
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußeren Sicherheit	–2,7	–3,1
Zusätzliche Sozialleistungen ⁷	0,1	0,5
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 01.01.2017 um 0,06 Prozentpunkte	–0,8	–0,8
Schrittweise Rentenangleichung der Ost- an die Westrenten		–0,3
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte	2,6	2,7
2. Pflegeverstärkungsgesetz	–4,8	–4,8
Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2018 um 0,1 Prozentpunkte		1,1
Krankenhausstrukturgesetz	–0,3	–0,4
Sonstige Maßnahmen bei den Sozialversicherungen ⁸	0,6	0,6
Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung		–1,5
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,7	–1,5
Insgesamt	–11,0	–14,7
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	0,4	0,5

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückerstattungen geltend zu machen. Dieser Zeitraum endet Ende 2017.

3 Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, steuerliche Förderung der Elektromobilität, Jahressteuergesetz 2015; Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuerbeibehalts in der Seeschifffahrt, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zum Abkommen vom 28. März zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen vom 22. Dezember 2015; BMF-Schreiben vom 28. September 2016 zur Umsatzsteuerbefreiung bei der Abgabe von Zytostatika, Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes.

4 Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderungen durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2017.

5 Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn.

6 Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich "soziale Stadt".

7 Erhöhung der BAFöG-Leistungen, Änderungen beim Wohngeld, Unterhaltsvorschußgesetz, Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u.a., Integrationsgesetz.

8 Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Hospiz- und Palliativgesetz.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

teausfälle in Südeuropa bedingten Preisschübe bei Nahrungsmitteln wider.

Die Kernrate, die Teuerung ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln, entwickelte sich jedoch bis zuletzt verhalten und dürfte auch zunächst kaum steigen. Dies liegt daran, dass die Unternehmen in den vergangenen Jahren merklich durch die gesunkenen Energiekosten entlastet wurden, und sich dies – mit erheblicher Verzögerung – in einer niedrigen Teuerung der Endprodukte widerspiegelt. Im weiteren Verlauf wird

aber auch die Kernrate wohl etwas stärker zulegen: So sind die Erzeugerpreise seit dem Herbst beschleunigt gestiegen, und diese Anstiege dürften die Unternehmen im Umfeld der kräftigen Konsumnachfrage allmählich an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterreichen. Die Kerninflation wird nach 1,3 Prozent in diesem Jahr auf anderthalb Prozent im kommenden Jahr klettern.

Die Energiepreise werden in diesem Jahr erstmals seit 2013 höher liegen als im Vorjahr – mit etwa viereinhalb Prozent sogar deutlich. Annahmegemäß geben die

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2014	2015	2016	2017	2018
Erwerbstätige im Inland	42,66	43,06	43,59	44,19	44,63
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,40	4,34	4,30	4,28	4,27
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	30,22	30,86	31,51	32,16	32,61
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,90	1,91	1,92	1,93	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	5,03	4,85	4,81	4,77	4,76
Sonstige	1,11	1,10	1,05	1,05	1,05
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,06	-0,08	-0,08	-0,08	-0,08
Erwerbstätige Inländer	42,60	42,98	43,51	44,11	44,55
Erwerbslose	2,09	1,95	1,78	1,59	1,49
Erwerbspersonen	44,69	44,93	45,29	45,70	46,04
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,90	2,79	2,69	2,52	2,37
Arbeitslosenquote BA ¹ – in Prozent	6,7	6,4	6,1	5,7	5,3
Arbeitslosenquote SGB ² – in Prozent	8,8	8,3	7,9	7,3	6,8
Erwerbslosenquote VGR ³ – in Prozent	4,7	4,3	3,9	3,5	3,2
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,0	4,6	4,1	3,6	3,4
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,74	40,06	41,25	42,12	42,54

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Ölpreise jedoch im späteren Verlauf etwas nach. Deswegen dürften die Energiepreise in jahresdurchschnittlicher Betrachtung im Jahr 2018 in etwa ihr Niveau von diesem Jahr halten; damit dämpfen sie dann die Teuerungsrate. Unterstellt wird zudem, dass die Nahrungsmittelpreise von dem zuletzt stark erhöhten Niveau aus etwas nachgeben und ihr Anstieg im weiteren Verlauf in etwa der Kernrate entspricht.

Kräftiger Beschäftigungsaufbau hält an

Der starke Beschäftigungsaufbau hat sich nach Angaben der amtlichen Erwerbstätigenrechnung bis zuletzt fortgesetzt (Kasten 1). Dabei nahm die Zahl der Arbeitslosen weiter ab – aber nicht so stark, wie die Beschäftigung zulegte. Zum kleineren Teil hängt das damit zusammen, dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (insbesondere zur Eingliederung anerkannter Flüchtlinge) ausgeweitet wurden – wenngleich zuletzt mit nachlassendem Tempo. Vor allem aber schlug zu Buche, dass die Zahl der Erwerbspersonen – also jener, die eine Beschäftigung haben oder eine suchen – stieg. Bemerkbar machten sich anhaltende Wanderungsgewinne. Dabei wurden die Zuwanderungen von Arbeitskräften aus der

EU etwas schwächer,¹ dafür erhielten mehr und mehr Asylsuchende nach Abschluss ihrer Anerkennungsverfahren einen Aufenthaltstitel und somit eine Arbeitserlaubnis. Überdies hat auch das heimische Erwerbspersonenpotential zugenommen. Zwar geht die inländische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurück; dies wurde aber durch eine im Verlauf des vergangenen Jahres stark gestiegene Erwerbsbeteiligung etwas mehr als ausgeglichen.

Der starke Beschäftigungsaufbau wurde weiterhin durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Die Zahl derjenigen Personen, die ausschließlich einen Mini-Job ausüben, ist dagegen weiter gesunken; der Rückgang kam zum Ende des vergangenen Jahres fast zum Stillstand. Bei den Selbständigen setzte sich der Abbau fort, ebenfalls mit gebremstem Tempo.

In den Sektoren expandierte die Beschäftigung auf breiter Front. Dabei hat sie bei den Dienstleistungen noch stärker als im produzierenden Gewerbe zugelegt. Im Dienstleistungssektor waren die Zuwächse besonders stark im Bereich Information und Kommunikation, bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Diensten sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Überdies hat sich der seit Jahrzehnten anhaltende kräftige Aufschwung im Bereich Soziales fortgesetzt, der zuletzt infolge der Asylwanderungen noch verstärkt wurde. Im produzierenden Gewerbe konnte besonders die Beschäftigung in der Bauwirtschaft expandieren, während das verarbeitende Gewerbe das Personal zögerlicher aufgestockt hat. In beiden Bereichen dürfte zudem vermehrt auf Leiharbeit zurückgegriffen worden sein, denn bei den Leiharbeitsunternehmen nahm die Zahl der Beschäftigten weit überdurchschnittlich zu. Bei den Banken und Versicherungen hielt der strukturelle Beschäftigungsabbau an.

Im Prognosezeitraum zieht die Zahl der Erwerbstätigen im Zuge des Produktionsaufschwungs weiter kräftig an (Abbildung 2). Das Tempo vermindert sich nur wenig. Die Produktivität nimmt weiter zu, zugleich wird vermehrt Teilzeit gearbeitet. Der Beschäftigungsaufbau wird wiederum von den sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten getragen (Tabelle 3). Bei den Mini-Jobs dürfte sich der Abwärtstrend indes fortsetzen. Weiterhin macht sich bemerkbar, dass diese Beschäftigungsform durch den gesetzlichen Mindestlohn an Attraktivität verloren hat. Da er zu Jahresbeginn angehoben wurde, kommen die Mini-Jobs zusätzlich unter Druck. Die Zahl der Selbst-

¹ Das lässt sich am deutlichen Anstieg der Zahl der Beschäftigten mit den entsprechenden Nationalitäten ablesen. Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2017): Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, Februar 2017.

Kasten 3

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gibt Aufschluss über die Preisposition einer Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland und stellt somit einen wichtigen Bestimmungsfaktor für die ausländische Nachfrage nach Exportgütern dar. Dabei führt annahmegemäß eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu einer Zunahme der ausländischen Nachfrage. Als ein Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gilt der reale effektive Wechselkurs auf Basis von Verbraucherpreisindizes,¹ da dieser sowohl den nominalen Wechselkurs als auch das Preisverhältnis des In- und Auslands für ein breites Spektrum an Waren und Dienstleistungen erfasst. Eine Aufwertung des nominalen effektiven Wechselkurses hat dabei einen Wettbewerbsverlust zur Folge, da sich inländische Produkte für ausländische Nachfrager verteuern. Hingegen führt ein geringerer Preisauftrieb im Inland als im Ausland zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Das DIW Berlin berechnet den Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit für Deutschland gegenüber den 19 wichtigsten Handelspartnern² gemessen an den Anteilen der Gesamtausfuhren. Zunächst werden die jeweiligen nominalen bilateralen Wechselkurse mit den relativen Verbraucherpreisindizes deflationiert. Für den Prognosezeitraum werden die bilateralen Wechselkurse dabei konstant gehalten; für die Verbraucherpreisindizes werden die im Bericht zur weltwirtschaftlichen Entwicklung³ (dort: Tabelle 1) prognostizierten Werte zugrunde gelegt. Danach wird aus den realen bilateralen Wechselkursen ein gewichtetes geometrisches Mittel gebildet, um der unterschiedlichen Bedeutung der Handelspartner Rechnung zu tragen.⁴ Zur Gewichtung greift das DIW Berlin auf die von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Handelsgewichte zurück: Diese spiegeln nicht nur die Bedeutung eines Handelspartners gemessen an den Anteilen der im- und exportierten Güter und Dienstleistungen wider. Darüber hinaus berücksichtigen sie den Offenheitsgrad des Absatzmarktes (Konkurrenz mit inländischen

¹ In der praktischen Anwendung überwiegen die Vorteile des Indikators auf Basis der Verbraucherpreise – insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit der Basisdaten – die Nachteile. Einen Überblick über verschiedene Preismaße leistet beispielsweise: Deutsche Bundesbank (2016): Der Einfluss alternativer Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den realen Güterexport. Monatsbericht Januar 2016, 13–32.

² Dies entspricht der Ländergruppe, auf die sich auch die DIW-Berechnung zur Auslandsnachfrage stützt.

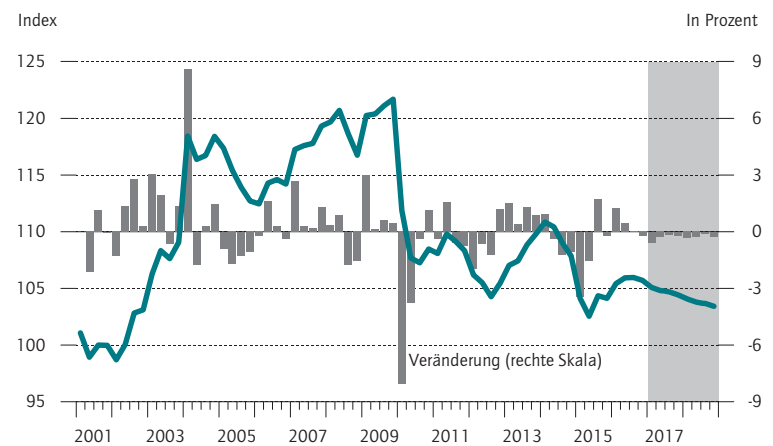
³ Vgl. dazu in dieser Wochenberichts Ausgabe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Weltkonjunktur hellt sich weiter auf, Risiken bleiben hoch. DIW Wochenbericht 11, 177–184.

⁴ Zur Berechnung von effektiven Wechselkursen: Schmitz et al. (2013): Revisiting the effective exchange rates of the euro. Journal of Economic and Social Measurement, 38 (2), 127–158.

Abbildung

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit¹

Gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI



¹ Unter annahmegemäß konstantem nominalen Wechselkurs im Prognosezeitraum.

Quellen: EZB; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich im Prognosezeitraum leicht verbessern.

Produzenten) sowie den Exportanteil des Handelspartners in Drittländern (Konkurrenz auf Drittmarkten).

Der Verlauf der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist stark von Wechselkursentwicklungen geprägt: Im vergangenen Jahrzehnt verschlechterte sich die Wettbewerbsposition Deutschlands größtenteils bedingt durch die Aufwertung des Euro bis Mitte 2009 um etwa 20 Prozent (Abbildung). Aufgrund der verhältnismäßig geringeren inländischen Teuerung fiel der Wettbewerbsverlust jedoch um etwa zehn Prozentpunkte niedriger aus als vom Wechselkurs induziert. Seit Beginn des Jahres 2010 ist eine Umkehr des langfristigen Trends zu beobachten: Mit Beginn der Eurokrise gab der Euro in kürzester Zeit um etwa zwölf Prozent nach und der nominale Wechselkurs schwankt seitdem um das erreichte Niveau. Diesen Schwankungen unterliegt auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit; trendmäßig kam es dennoch zu einer weiteren leichten Verbesserung um etwa fünf Prozent seit Mitte 2010. Im Jahr 2016 war zunächst eine leichte Erholung des Eurokurses zu verzeichnen, seit Jahresmitte gab er jedoch – insbesondere gegenüber dem US-Dollar – nach, was sich seitdem in leichten Zugewinnen in der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands niederschlägt.

ständigen dürfte in diesem Jahr noch leicht zurückgehen – im nächsten Jahr wird sie stagnieren.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2017 das Ergebnis des Vorjahres um knapp 600.000 übertreffen. Dieses Ergebnis ist erheblich durch den kräftigen Zuwachs zu Jahresbeginn beeinflusst. Für das kommende Jahr wird mit einem Plus von 440.000 gerechnet.

Die Zahl der Arbeitslosen vermindert sich 2017 – im Vorjahresvergleich – um 170.000 und im kommenden Jahr um 150.000; die Arbeitslosenquote beträgt in diesem Jahr wohl 5,7 Prozent, im kommenden 5,3 Prozent. Die Zahl der Erwerbspersonen steigt in diesem Jahr kräftig, weil sich die Asylwanderungen auf dem Arbeitsmarkt nunmehr besonders stark bemerkbar machen. Im nächsten Jahr wird dieser Effekt stark abklingen. Dann fällt der Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential geringer aus und wird von Arbeitskräftewanderungen hauptsächlich aus der EU getragen. Die Zahl der bereits in Deutschland ansässigen Erwerbspersonen steigt trotz einer weiter zunehmenden Erwerbsbeteiligung indes kaum noch.

Im dritten Quartal des vergangenen Jahres waren nach der amtlichen Erhebung der Arbeitnehmerverdienste die Bruttostundenlöhne um 2,4 Prozent höher als im entsprechenden Zeitraum des vorhergehenden Jahres. In derselben Zeit stiegen die tariflichen Stundenlöhne lediglich um 2,2 Prozent. Die Differenz – also die Lohnrift – rührt allein von einer Verschiebung hin zu qualifizierten Tätigkeiten her.²

Auffällig ist, dass trotz des kräftigen Beschäftigungsaufbaus die tarifvertraglichen Lohnsteigerungen im letzten Jahr von Quartal zu Quartal kleiner wurden. In Anbetracht der anziehenden Teuerung dürften die Abschlüsse für dieses Jahr kaum noch Reallohnzuwächse erbringen. Selbst gerade abgeschlossene Tarifvereinbarungen – bei der Leiharbeit, der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie sowie im öffentlichen Dienst (Länder) – lassen dies erwarten. Zudem wird die Lohnentwicklung dadurch gebremst, dass in wichtigen Bereichen (wie der

Metall- und Elektroindustrie, der Chemischen Industrie oder dem Bauhauptgewerbe) im vergangenen Jahr getroffene Vereinbarungen degressive, in diesem Jahr wirksam werdende Entgeltanhebungen vorsehen.

Da die Verbraucherpreise erheblich gestiegen sind, ist zu erwarten, dass bei den in diesem Jahr noch anstehenden Abschlüssen höhere Tariflohnsteigerungen als zuletzt erzielt werden. Es wird unterstellt, dass die Gewerkschaften dazu in der Lage sind, da die Position der Arbeitnehmerseite durch die Knappheit am Arbeitsmarkt gestärkt wird. Im kommenden Jahr dürfte die Lohnpolitik eine offensivere Gangart einschlagen.

Privater Verbrauch vorübergehend von anziehender Teuerung gebremst

Der private Verbrauch ist in den vergangenen Quartalen stetig ausgeweitet worden. Zuletzt hat die höhere Teuerung allerdings etwas gebremst – und dies dürfte auch im weiteren Verlauf, vor allem im ersten Halbjahr 2017, der Fall sein. Dies zeigt sich in schwachen Einzelhandelsumsätzen, die zum Jahresauftakt deutlich niedriger als im Schlussquartal gelegen haben; auch die etwas eingetrübte Stimmung im Einzelhandel spricht für – zumindest vorübergehend – gedämpfte Zuwächse. Die außergewöhnlich niedrige Inflation, die in den vergangenen Jahren die Kaufkraft der privaten Haushalte kaum geschmälert hatte, fällt zudem weg. Auch von den nach Deutschland Geflüchteten, deren Nachfrage 2016 die Binnenwirtschaft beflügelt hatten, gehen kaum zusätzliche Impulse für den Konsum aus.

Demgegenüber wird der Konsum wohl von dem kräftigen Beschäftigungsaufbau und den Lohnsteigerungen profitieren und im späteren Verlauf seinem deutlichen Aufwärtstrend weiter folgen. Angefeuert von der dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt legen die Bruttolöhne in der Summe weiter deutlich zu. Netto behält die Lohnsumme im Prognosezeitraum das Tempo der Vorjahre in etwa bei.

Die monetären Sozialleistungen entwickeln sich weiter kräftig. In der ersten Jahreshälfte lässt die besonders kräftige Rentenanpassung Mitte vergangenen Jahres die Transferausgaben spürbar zulegen. Die jeweils zur Jahresmitte 2017 und 2018 erfolgenden Rentenanpassungen sind zwar ebenfalls spürbar, aber deutlich geringer; die Anhebung ab dem Jahr 2018 wird dabei für die Ostrenten höher liegen als sonst. Außerdem wird in beiden Jahren das Kindergeld erhöht. Besonders kräftig nehmen die Ausgaben für Arbeitslosengeld II zu. Diese Transferleistung wurde zu Beginn des Jahres 2017 deutlich angehoben. Zudem werden von den in Deutschland Asyl Suchenden immer mehr als schutzbedürftig anerkannt

² Das zeigt eine ShiftShare-Analyse auf Basis der Statistik der Arbeitnehmerverdienste. In diesem Zahlenwerk werden die abhängig Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) in fünf Leistungsgruppen unterteilt – die Skala reicht von Führungskräften bis hin zu Personen, die Tätigkeiten ausüben, die keine Berufsausbildung und auch keine längere Einarbeitung erfordern. In der Regel nicht erfasst sind Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten sowie generell die Landwirtschaft und die privaten Haushalte. In die Analyse ging die tatsächliche Lohnentwicklung der einzelnen Leistungsgruppen ein, und es wurde unterstellt, dass im dritten Quartal 2016 die Struktur des Arbeitsvolumens der Gruppen dieselbe wie ein Jahr zuvor gewesen ist. In diesem Fall wären die Bruttostundenlöhne um knapp einen halben Prozentpunkt weniger stark gestiegen. Wird dieser Struktureffekt berücksichtigt, dann hätten angesichts der tariflichen Stundenlohnzuwächse die Löhne eigentlich noch stärker zulegen müssen als es tatsächlich der Fall war. Wahrscheinlich kam es in manchen Segmenten der Wirtschaft – etwa bei den Kleinbetrieben – zu Lohnzuwächsen, die geringer waren als die tarifvertraglich vereinbarten.

und haben dann Anspruch auf Arbeitslosengeld II – wofür allerdings der Anspruch bei anderen Sozialleistungen entfällt. Gedämpft wird die Entwicklung der monetären Sozialleistungen während des gesamten Prognosezeitraums hingegen durch die auch weiterhin sinkenden Ausgaben für Arbeitslosengeld, denn die Zahl derjenigen, die Versicherungsleistungen beziehen, geht zurück.

Alles in allem setzt sich mit Zuwächsen von jeweils drei Prozent in diesem und im kommenden Jahr der spürbare Aufwärtstrend bei den verfügbaren Einkommen fort; aufgrund der höheren Teuerung ergibt sich für den privaten Verbrauch in realer Rechnung aber ein geringerer Zuwachs als in den vergangenen Jahren – vor allem in diesem Jahr, in dem die Inflation höher ausfällt.

Private Ausrüstungsinvestitionen bleiben schwach

Die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge haben sich im vergangenen Jahr schwach entwickelt und wurden lediglich um gut ein Prozent ausgeweitet. Dass es überhaupt noch zu einem Zuwachs kam, ist ausschließlich auf das zu Jahresbeginn 2016 erreichte Ausgangsniveau zurückzuführen. Im Jahresverlauf sanken vor allem die privaten Ausrüstungsinvestitionen deutlich. Angesichts ansonsten vorteilhafter Rahmenbedingungen dürfte der Grund wohl in erster Linie eine erhebliche Verunsicherung der Unternehmen gewesen sein, beispielsweise durch das Brexit-Referendum oder die Wahlentscheidung in den Vereinigten Staaten, die zu mehr Vorsicht bei der Erweiterung von Produktionskapazitäten geführt haben dürfte.³

Zuletzt ist der Bestellüberhang laut Order-Capacity-Index deutlich gestiegen – die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe liegt laut ifo Konjunkturtest etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Die Finanzierungsbedingungen haben sich bei zuletzt leicht sinkenden Zinsen für Unternehmenskredite weiter verbessert, die Kreditvergabestandards blieben in etwa gleich. Gleichwohl bleiben die Unternehmen laut Konjunkturumfrage des DIHK bei der Ausweitung der Investitionstätigkeit zurückhaltend – lediglich die Bauunternehmen äußerten per saldo, dass sie beabsichtigen, deutlich mehr in die Produktionskapazitäten zu investieren als zuvor.

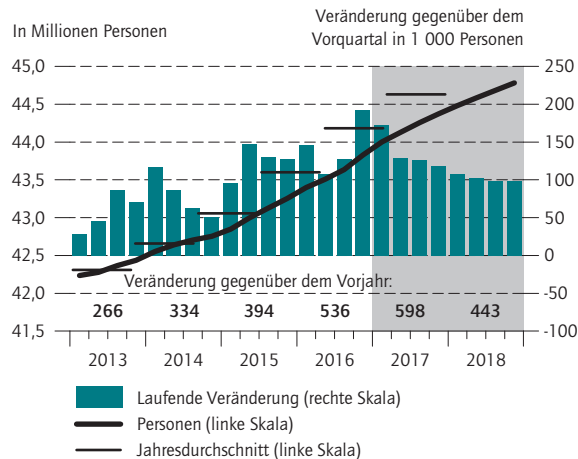
Die vorliegenden Indikatoren deuten jedoch alles in allem auf eine zunächst weiterhin verhaltene Investitionstätigkeit hin. Zwar stiegen die Inlandsumsätze im Januar 2017 deutlich, gleichzeitig sanken aber die Bestellungen aus dem Inland in ähnlicher Größenordnung.

³ Vgl. dazu in dieser Wochenberichts Ausgabe Ferdinand Fichtner et al. (2017), a.a.O.

Abbildung 2

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich mit kaum vermindertem Tempo fort.

Zudem sind dämpfende Effekte der staatlichen Investitionstätigkeit wahrscheinlich, die im Schlussquartal des Jahres 2016 außergewöhnlich stark ausgeweitet wurde.

Für den weiteren Prognoseverlauf ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung bei vielen wichtigen Handelspartnern und bei leicht geöffneter Produktionslücke in Deutschland zu erwarten, dass sich die verhaltene positive Entwicklung der Investitionstätigkeit fortsetzt. Allerdings dürfte die Verunsicherung der Unternehmen aufgrund der politischen Entwicklungen im Prognosezeitraum hoch bleiben. Weiterhin bleibt unklar, wie die künftigen Beziehungen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich gestaltet werden; der Ausgang der Wahlen in Frankreich und den Niederlanden ist offen. Auch sind die Folgen der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung in den USA für viele Unternehmen nur schwer kalkulierbar und dürften sich negativ auf deren Investitionsbereitschaft auswirken.⁴

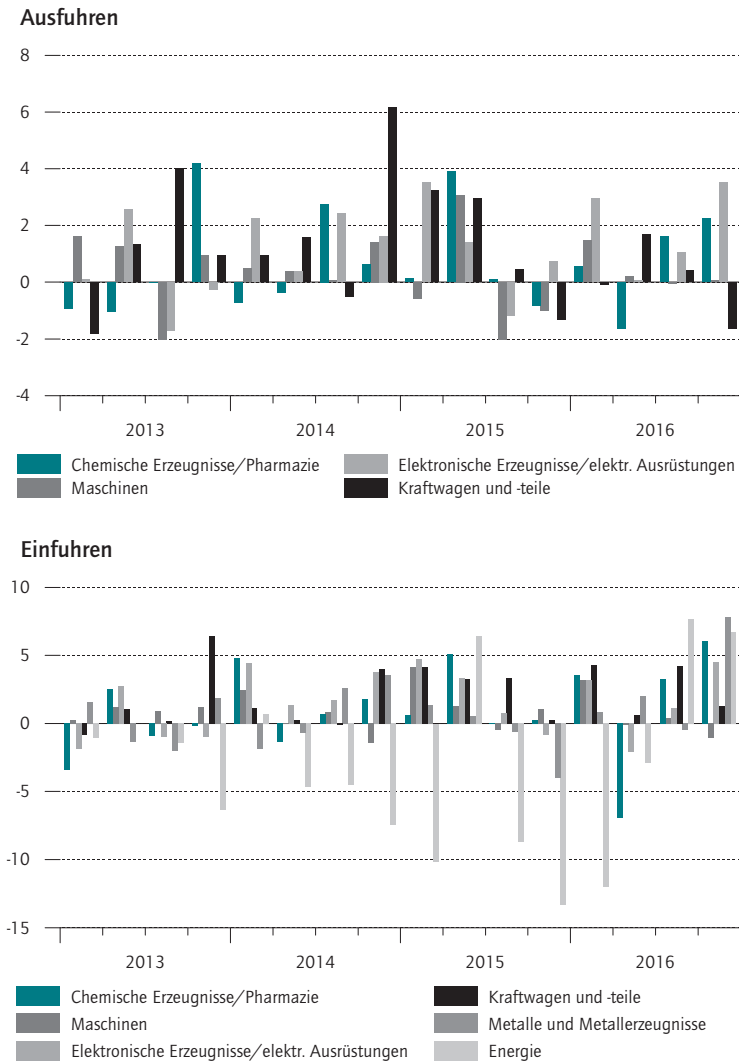
Die Ausrüstungsinvestitionen werden im laufenden Jahr voraussichtlich das Vorjahresniveau halten. Im Jahr 2018 werden sie mit gut dreieinhalb Prozent wieder etwas stärker

⁴ Vgl. Malte Rieth, Claus Michelsen und Michele Piffer (2016): Unsicherheitschock durch Brexit-Votum verringert Investitionstätigkeit und Bruttoinlandsprodukt im Euroraum und Deutschland. DIW Wochenbericht 32+33, 695–703, sowie Timo Wollmershäuser et al. (2016): ifo Konjunkturprognose 2016–2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik. ifo Schnelldienst 24, 28–73, Kästen 1 und 2.

Abbildung 3

Warenhandel

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quelle: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Bei den Warenausfuhren entwickelten sich allein die Kraftfahrzeugexporte im vierten Quartal 2017 rückläufig.

ker steigen – eine Entwicklung, die aber deutlich schwächer ist als in früheren Aufschwungphasen.

Bauboom geht in die Verlängerung

Die Bauinvestitionen wurden nach einer rückläufigen Entwicklung im Sommerhalbjahr im Schlussquartal 2016 kräftig ausgeweitet. Dabei wurden vor allem die Investitionen in Wohnbauten und in die gewerblichen Bauten gesteigert – die öffentlichen Bauinvestitionen

stagnierten zum Jahresabschluss. Nach wie vor sind die Auftragsbücher in allen Bausparten gut gefüllt, sodass – trotz eines witterungsbedingt wohl etwas schwächeren Jahresauftakts – für den Prognosezeitraum mit einer anhaltend regen Bautätigkeit zu rechnen ist.

Dabei ist es weiterhin der Wohnungsbau, der im gesamten Prognosezeitraum die Bautätigkeit stützt, im Jahr 2017 vor allem durch Neubauten – im Jahr 2018 voraussichtlich auch wieder verstärkt durch Maßnahmen im Bestand.⁵ Nach wie vor ist die Nachfrage nach Wohnimmobilien gerade in den Ballungszentren hoch und der zusätzliche Neubau reicht nicht aus, um dem Zuzug in die Städte gerecht zu werden. Auch die positive Arbeitsmarktentwicklung und die steigenden Einkommen dürften im derzeit günstigen Zinsumfeld weiter stützend wirken. Auch ist das Volumen der genehmigten Wohnungsbauvorhaben im letzten Jahr deutlich gestiegen. Dämpfend dürfte sich allerdings die bereits jetzt hohe Kapazitätsauslastung der Bauwirtschaft auswirken. In den vergangenen Jahren hielt der Beschäftigungsaufbau im Baugewerbe und die Investitionstätigkeit nicht mit der gestiegenen Nachfrage Schritt.⁶ Ebenfalls könnte die immer intensiver geführte Debatte um mögliche Überbewertungen von Immobilien die Nachfrage dämpfen.

Die Dynamik im Wirtschaftsbau dürfte demgegenüber deutlich geringer bleiben. Das Volumen genehmigter Bauvorhaben stieg zuletzt zwar im Vergleich zum Sommer wieder, allerdings hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Unternehmen diese Bauvorhaben offensichtlich immer wieder zurückstellen. Der verhaltene Ausblick spiegelt sich auch in den deutlich pessimistischeren Geschäftserwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen des Wirtschaftsbaus wider. Der Ausbau des Breitbandnetzes und zusätzliche Investitionen in Schienenwege dürften den Wirtschaftsbau anschieben. Für das laufende Jahr wird voraussichtlich – auch aufgrund der geringeren Zahl an Arbeitstagen – das Vorjahresniveau der Wirtschaftsbauminvestitionen nicht gehalten werden. Mit steigender gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung dürften die Dynamik im Prognosezeitraum zunehmen und die Wirtschaftsbauminvestitionen im Jahr 2018 um etwa zwei Prozent steigen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden kräftig ausgeweitet. Vor allem die für die kommunale Infrastruktur zusätzlich bereitgestellten Mittel und die sich weiter verbessernde Finanzlage der Kommunen insgesamt dürften

⁵ Vgl. Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): Bauwirtschaft: volle Auftragsbücher und gute Wachstumsaussichten. DIW Wochenbericht 1+2, 32–42.

⁶ Siehe dazu in dieser Wochenberichts Ausgabe Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus. DIW Wochenbericht Nr. 11, 206–216.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2016	2014	2015	2016	2017	2018
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61,2	2,9	1,5	4,2	2,6	2,9
Nichtwohnungsbau	38,8	0,4	-1,4	1,0	0,7	1,7
Gewerblicher Bau	27,2	-0,4	-1,8	0,2	-0,4	2,0
Öffentlicher Bau	11,6	2,4	-0,4	2,9	3,4	1,0
Bauinvestitionen	100,0	1,9	0,3	3,0	1,9	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Weiterhin bleibt der Wohnungsbau die Stütze der Baukonjunktur.

ten in diesem Jahr zu stärkeren Impulsen führen. Die Auftragsbücher sind nach wie vor gut gefüllt. Allerdings sprechen die deutlich gesunkenen Auftragseingänge im Tief- und Straßenbau für eine nachlassende Dynamik im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums. Die derzeitige Auslastung der Bauwirtschaft könnte darüber hinaus zu Verschiebungen der Investitionen führen. So wurde beispielsweise die Laufzeit des Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen, wohl auch angesichts des verhaltenen Mittelabflusses, bereits bis in das Jahr 2020 verlängert. In dieser Prognose ist aber unterstellt, dass Engpässe bei den Planungsbehörden gemindert und die Kapazitäten bei den Bauunternehmen ausreichen werden, um die erhöhte Nachfrage auch zu bedienen. Daraus ergibt sich ein kräftiger Impuls bei den öffentlichen Bauinvestitionen in diesem Jahr und ein real sinkendes Bauvolumen im kommenden Jahr (Tabelle 4).

Die hohe Kapazitätsauslastung der Bauwirtschaft dürfte zu deutlich stärker steigenden Baupreisen führen. Auch die Rohstoffpreise haben zuletzt angezogen, was sich ebenfalls preissteigernd auf Bauleistungen auswirkt. Für dieses und das kommende Jahr ist mit Preissteigerungen um die zweieinhalb Prozent zu rechnen.

Dynamische Importe, Exporte schwächer

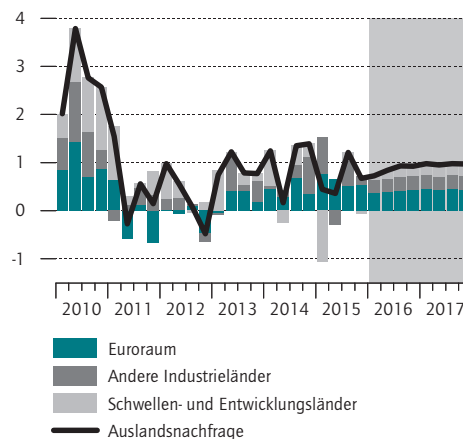
Der Außenhandel expandierte im Jahr 2016 lediglich mäßig. Zur Jahresmitte legten sowohl die Ein- als auch die Ausfuhren eine Verschnaufpause ein. Im Schlussquartal war hingegen eine deutliche Ausweitung des Außenhandels zu verzeichnen: Bei den Ausfuhren war die lebhaftere Nachfrage aus asiatischen Ländern sowie aus den Vereinigten Staaten – für letztere wurde erst-

Abbildung 4

Auslandsnachfrage¹

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent

Balken: Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten

¹ Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner.

Quellen: Bloomberg; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

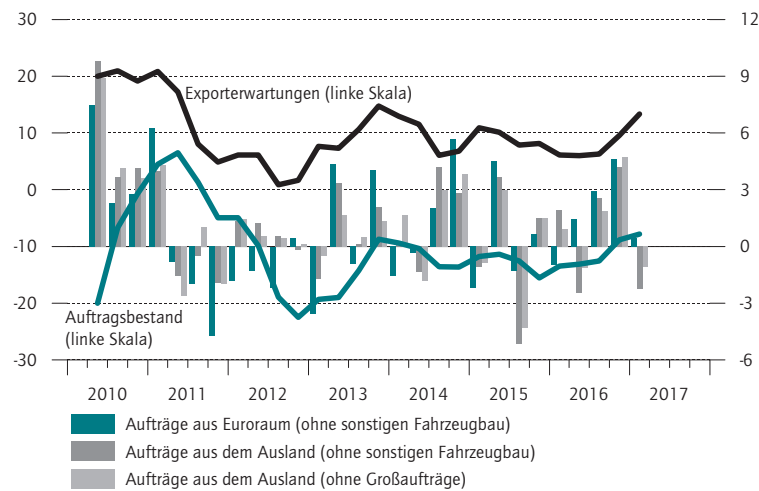
Der Euroraum wird im Prognosezeitraum wohl keine Impulse für den Außenhandel liefern.

mals seit Jahresmitte 2015 wieder ein Anstieg der Ausfuhren im Vergleich zum Vorquartal verzeichnet – maßgeblich verantwortlich für die Dynamik zum Jahresausklang. Die Betrachtung der Exporte nach Warengruppen zeigt, dass es auf breiter Front zu Zuwächsen kam; allein die Kraftfahrzeugausfuhren sanken (Abbildung 3). Im Vergleich zu den Ausfuhren stiegen die Einfuhren stärker; die inländische Nachfrage nach Vorleistungsgütern sowie Metallen und Metallerzeugnissen legte hier besonders kräftig zu.

Für das laufende Quartal deuten die Frühindikatoren auf ein weiteres deutliches Plus bei den Exporten hin. Zwar verzeichneten die Auftragseingänge aus dem Ausland im Januar im Vergleich zum Durchschnitt des Vorquartals einen leichten Rücksetzer, befinden sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Hingegen stiegen die Auftragseingänge (ohne Großaufträge) im verarbeitenden Gewerbe aus dem Euroraum zum wiederholten Male an und auch die Ausfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels im verbesserte sich zuletzt. Ebenfalls deutlich aufwärtsgerichtet waren zuletzt die ifo-Indikatoren zu den Exporterwartungen sowie dem Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe für die Exporteure (Abbildung 5).

Im weiteren Verlauf werden die Ausfuhren wohl weiter ausgeweitet, allerdings in geringerem Maße als zuletzt.

Abbildung 5

Frühindikatoren für die Exportentwicklung

Aufträge aus dem Ausland/Euroraum: Index, 2010 = 100 (letzter Wert (Q1 2017): Jan. gegenüber Q4 2016)
 ifo Exporterwartungen/Auftragsbestand: Saldo (letzter Wert (Q1 2017): Durchschnitt Jan. - Feb. gegenüber Q4 2016)

Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die kurzfristigen Indikatoren des Exports deuten auf ein deutliches Plus zum Jahresauftakt hin.

Insbesondere die geringere Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich aufgrund der Brexit-Entscheidung dürfte dämpfend wirken. Auch werden wohl von den Ländern des Euroraums keine Impulse für den Außenhandel ausgehen (Abbildung 4). Ab dem Jahreswechsel 2017/18 dürften die Exporte bei sich aufhellender Weltkonjunktur von der kontinuierlichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (Kasten 3) profitieren und leicht an Tempo gewinnen.

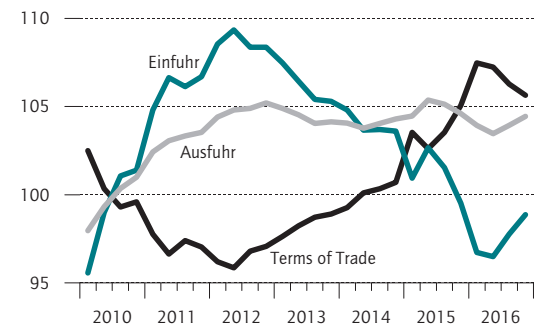
Nach einem kräftigen Jahresauftakt dürfte sich die Expansion der Importe zur Jahresmitte 2017 zwischenzeitlich verlangsamen. Die geringeren Exporte dürften dann auch das Expansionstempo der Importe drosseln, da wohl weniger Vorleistungen importiert werden. Im weiteren Prognoseverlauf werden die Einfuhren bei sich belebenden Ausfuhren und aufwärtsgerichteten Ausrüstungsinvestitionen wohl etwas an Fahrt gewinnen, auch deshalb dürften die Zuwächse dann leicht höher ausfallen als die der Exporte.

Sowohl die Einfuhren als auch die Ausfuhren verteuerten sich im vierten Quartal 2016 deutlich (Abbildung 6); dazu trugen in erster Linie die Anstiege des Ölpreises bei. Bei den Einfuhren verteuerten sich weiterhin Erze, Kohle, Kokerei- und Mineralölzeugnisse sowie Metalle besonders kräftig. Demgegenüber standen kräftige Preissteigerungen bei den Ausfuhren von Kokerei- und Mineralölzeugnissen, Nahrungs- und Futtermitteln sowie Metal-

Abbildung 6

Außenhandelspreise und Terms of Trade¹

Index (2010 = 100), letzter Wert (Q1 2017): Durchschnitt Jan. bis Feb. gegenüber Q4 2016.



¹ Die abgebildeten Werte beinhalten eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Ausfuhrpreisindizes um einen Monat.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die Außenhandelspreise zogen in den vergangenen Quartalen stark an, während sich die Terms of Trade verschlechterten.

len. Da die Ausfuhrpreise insgesamt weniger stark als Einfuhrpreise zunahmen, wohl weil die Exporteure ihre gestiegenen Produktionskosten nur sukzessive an ihre Kunden weitergaben, verschlechterten sich die Terms of Trade zuletzt bereits das dritte Quartal in Folge.

Im ersten Quartal 2017 dürfte sich der Auftrieb der Außenhandelspreise mit ähnlich hohem Tempo fortgesetzt haben, darauf deuten die monatlichen Außenhandelspreisindizes hin. Erst im weiteren Prognosezeitraum wird sich der Preisauftrieb wohl langsam abschwächen, zumal der Ölpreis in etwa stagniert. Im Jahr 2017 wird die Teuerung der Einfuhren wohl höher ausfallen als die der Ausfuhren. Dies liegt auch daran, dass viele der importierten Güter Vorleistungen und Rohstoffe sind; tendenziell fallen deren Preisschwankungen höher aus und werden schneller an die Importeure weitergegeben. Alles in allem dürften die Terms of Trade in diesem Jahr um 1,0 Prozent zurückgehen. Zum Ende des Prognosezeitraums dürften die Ausfuhrpreise mit geringfügig höheren Raten zulegen als die Einfuhrpreise, da die exportorientierten Unternehmen bei guter Weltkonjunktur ihre Preissetzungsspielräume nutzen. Insgesamt wird das Tauschverhältnis im Außenhandel im Jahr 2018 wohl in etwa neutral ausfallen.

Rein rechnerisch dürfte der Expansionsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren des Prognosezeitraums negativ ausfallen. Im Jahr

2017 belastet er um 0,3 Prozentpunkte, in 2018 um einen Zehntel-Prozentpunkt. Der Leistungsbilanzsaldo dürfte 2017 bei 7,8 Prozent liegen, 2018 bei 7,5 Prozent.

Öffentliche Finanzen: Konjunkturelle Überschüsse gehen zurück – strukturelle Überschüsse schwinden

Im vergangenen Jahr hat der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Überschuss von knapp 24 Milliarden Euro abgeschlossen. Die Lage der öffentlichen Haushalte scheint damit derzeit mehr als günstig und auch im Prognosezeitraum wird der Staat insgesamt Überschüsse erwirtschaften; sie werden sich aber merklich zurückbilden.

Die Einnahmen des Staates expandieren spürbar, allerdings mit deutlich geringerer Dynamik als in den vergangenen Jahren. Dies trifft insbesondere für die Steuereinnahmen zu, denn die Gewinnsteuern werden im laufenden Jahr wohl leicht zurückgehen. Zum einen ist die Gewinnentwicklung im Jahr 2017 ausgesprochen schwach. Zum anderen haben die Einnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer, aber auch bei der Körperschaftsteuer im Jahr 2016 deutlich kräftiger zugelegt, als vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Dies gilt insbesondere für die Vorauszahlungen. Hohe Vorauszahlungen sind im Allgemeinen mit geringeren Nachzahlungen in späteren Jahren verbunden, wodurch das Aufkommen im Prognosezeitraum gedämpft wird. Mit der im weiteren Verlauf etwas anziehenden Gewinnentwicklung werden die Gewinnsteuern im Jahr 2018 wieder stärker zulegen. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Gewerbesteuer. Bei der Abgeltungsteuer dürften die Einnahmen in Anbetracht des niedrigen Zinsniveaus im laufenden Jahr nochmals rückläufig sein und sich danach wohl verhalten entwickeln. Allein die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag dürften infolge höherer Dividendenausschüttungen etwas stärker expandieren als im Vorjahr,⁷ bevor sie im kommenden Jahr infolge der schwachen Gewinnentwicklung im Jahr 2017 nur verhalten steigen dürften. Die Lohnsteuereinnahmen entwickeln sich infolge des fortgesetzten Beschäftigungsaufbaus ste-

tiger als die Gewinnsteuern, werden mit dessen nachlassendem Tempo im kommenden Jahr aber ebenfalls etwas an Dynamik verlieren. Dämpfend wirkt zudem in beiden Jahren die relativ moderate Entwicklung der Löhne je ArbeitnehmerIn sowie die Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag (Kasten 2).

Die indirekten Steuern dürften hingegen etwas stärker als im vergangenen Jahr expandieren; ihre Entwicklung wird maßgeblich durch die Steuern vom Umsatz bestimmt und deren Aufkommen legt infolge der merklichen Ausweitung des nominalen Konsums zu.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen nehmen weiter deutlich zu, allerdings mit nachlassendem Tempo. Zwar findet der Beschäftigungsaufbau nach wie vor im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt, der kumulierte Beitragssatz zu den Sozialversicherungen steigt im Jahr 2018 aber etwas weniger als im Vorjahr und das Tempo des Beschäftigungsaufbaus lässt ebenfalls nach.⁸

Die sonstigen Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr deutlich sinken, im kommenden Jahr hingegen kräftig zulegen. In beiden Jahren wird ihre Entwicklung durch die empfangenen Vermögenstransfers gedämpft, die aufgrund sinkender Erbschaftsteuereinnahmen infolge von Vorzieheffekten merklich zurückgehen.⁹ Im laufenden Jahr werden zudem die Vermögenseinkommen sinken, bevor sie im kommenden Jahr kräftig zulegen. Dies liegt an der Entwicklung des vereinnahmten Bundesbankgewinns. Im Jahr 2016 hat die Bundesbank wegen der mit der EZB-Geldpolitik verbundenen Risiken ihre Wagnisrückstellungen um 1,8 Milliarden Euro aufgestockt; daher ist der in diesem Jahr auszuschüttende Gewinn auf 400 Millionen Euro geschrumpft. Für den Prognosezeitraum ist angenommen, dass keine weiteren Rückstellungen gebildet werden und der im kommenden Jahr vom Bund vereinnahmte Gewinn – wie in der Finanzplanung unterstellt – bei 2,5 Milliarden Euro liegt.

Alles in allem werden die Einnahmen um 2,4 Prozent in diesem Jahr und um 3,2 Prozent im Jahr 2018 zulegen.

⁷ Dies gilt allerdings lediglich in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die kassenmäßigen Steuereinnahmen dürften aufgrund eines Gerichtsurteils in beiden Jahren deutlich niedriger ausfallen. Vgl. DIW (2017): Steuereinnahmen nehmen vor allem dieses Jahr nur verhalten zu. Pressemitteilung des DIW Berlin vom 15. März 2017. Die Auswirkungen von Urteilen werden in den VGR zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung verbucht. Auch bei der Körperschaft- und der Gewerbesteuer wird es aufgrund von Gerichtsurteilen im laufenden Jahr zu deutlichen Steuermindereinnahmen kommen. Alles in allem werden die mit Gerichtsurteilen verbundenen Steuermindereinnahmen im laufenden Jahr wohl dazu führen, dass die kassenmäßigen Steuereinnahmen um 5,4 Milliarden Euro hinter den in den VGR berichteten Einnahmen zurückbleiben.

⁸ Im laufenden Jahr wird der Beitragssatz bei der sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Im kommenden Jahr dürfte der durchschnittliche Zusatzbeitrag bei den gesetzlichen Krankenkassen um 0,1 Prozentpunkte zunehmen, denn auch wenn die gesetzlichen Krankenkassen insgesamt zuletzt einen Überschuss erwirtschaften konnten, dürften die Einnahmen nicht bei allen Kassen ausreichen, den weiterhin dynamischen Ausgabenanstieg über das Jahr 2017 hinaus zu finanzieren.

⁹ In Erwartung eines Urteils waren viele Schenkungen in das Jahr 2014 vorgezogen worden, so dass die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer bis in das vergangene Jahr hinein kräftig expandierten. Die vorgezogenen Vermögensübergänge werden in den kommenden Jahren dazu führen, dass die Erbschaftsteuereinnahmen merklich sinken.

Die Ausgaben steigen zwar deutlich stärker als die Einnahmen, allerdings gleichfalls mit geringerer Dynamik als im vergangenen Jahr, als sie infolge der hohen Zahl in Deutschland Schutz suchender Menschen merklich ausgeweitet worden waren. Dies trifft insbesondere für die Vorleistungen zu, die infolge der Unterbringung und Versorgung der AsylbewerberInnen in Erstaufnahme-einrichtungen spürbar zugenommen hatten. Die hiermit verbundenen Ausgaben werden infolge der deutlich geringeren fluchtbedingten Zuwanderung im Jahr 2016 rückläufig sein. Begünstigt durch die entspannte Haushaltslage dürften die Vorleistungskäufe aber dennoch zulegen. Die kräftige Zunahme der sozialen Sachleistungen im vergangenen Jahr war ebenfalls zum Teil eine Folge des Zustroms an Geflüchteten. Diese Ausgaben weisen allerdings ohnehin eine hohe Grunddynamik auf; dies liegt an den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen, die infolge der zunehmenden Alterung und des medizinisch-technischen Fortschritts kräftig zulegen. Daher werden die sozialen Sachleistungen auch im Prognosezeitraum nur wenig schwächer als im Vorjahr zunehmen, zumal zu Beginn des laufenden Jahres die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet worden sind.

Die Arbeitnehmerentgelte verlieren ebenfalls etwas an Tempo. Die bisher vereinbarten Tarifsabschlüsse – für Bund und Kommunen ist zu Beginn kommenden Jahres ein Abschluss in vergleichbarer Größenordnung unterstellt – enthalten zwar nach wie vor deutliche Lohnerhöhungen und es wird angenommen, dass die vor kurzem für die Landesbeschäftigten vereinbarten Lohnzuwächse nach und nach auf die BeamtenInnen der Länder übertragen werden;¹⁰ der Beschäftigungsaufbau verliert allerdings an Dynamik, denn auch er lag im vergangenen Jahr infolge der Flüchtlingszuwanderung etwas höher.

Die monetären Sozialleistungen nehmen in beiden Jahren merklich zu. Dabei dürften die Ausgabensteigerungen der gesetzlichen Rentenversicherung ab Mitte des Jahres 2017 aber etwas an Tempo verlieren. Die Rentenanpassungen sind zwar nach wie vor spürbar und werden zudem ab Mitte 2018 durch die schrittweise Angleichung der Ost- an die Westrenten bis zum Jahr 2025 etwas höher liegen; sie bleiben aber deutlich hinter der Anpassung zur Mitte des vergangenen Jahres zurück, die durch einen statistischen Nachholeffekt überzeichnet war.¹¹ Diese wirkt in der ersten Hälfte des laufenden Jahres aber nochmals ausgaben erhöhend. Auch die Beam-

tenpensionen nehmen weiter merklich zu; allein die Anhebung der Mindestpension führt zu jährlichen Mehrausgaben von etwa 225 Millionen Euro. Sowohl im Jahr 2017 wie auch im Jahr 2018 wird zudem das Kindergeld erhöht. Außerdem nehmen die Ausgaben für Arbeitslosengeld II kräftig zu. So werden von den seit dem Jahr 2015 in Deutschland Asyl Suchenden immer mehr als schutzbedürftig anerkannt und haben damit Anspruch auf Arbeitslosengeld II.¹² Zum anderen wurden die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II zu Beginn des laufenden Jahres besonders kräftig angehoben.¹³ Gedämpft wird die Entwicklung der monetären Sozialleistungen während des gesamten Prognosezeitraums hingegen durch die auch weiterhin zurückgehenden Ausgaben für Arbeitslosengeld, denn die Zahl der Versicherungsleistungen beziehenden Arbeitslosen sinkt weiter.

Die für Bauinvestitionen bereitgestellten Mittel sind in den vergangenen Jahren deutlich erhöht worden. Der Bund hat dabei nicht nur seine eigenen Investitionsausgaben aufgestockt. Er hat auch Maßnahmen ergriffen, die Finanzlage der Kommunen, die für den größten Teil der öffentlichen Bauinvestitionen verantwortlich sind, zu verbessern. Im laufenden Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen noch einmal kräftig zulegen. Alles in allem wurden die für Bauten bereitgestellten Mittel in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt und dürften nur noch wenig ausgeweitet werden.¹⁴ Demgegenüber dürften die Investitionen in Ausrüstungen weiterhin dynamisch zulegen, auch weil beispielsweise mehr Mittel für die Äußere Sicherheit bereitgestellt wurden.¹⁵

Die Zinsausgaben des Staates werden wohl nochmals deutlich zurückgehen, denn der Fiskus konnte bis zuletzt davon profitieren, dass sich Kapitalanleger bei der Neuemission deutscher Staatspapiere mit negativen Renditen begnügten. Die kräftigen Rückgänge der Zinsausgaben dürften aber nach und nach auslaufen.

¹² Dem stehen allerdings geringere Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gegenüber.

¹³ Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II werden auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes festgelegt. Diese wurde im vergangenen Jahr aktualisiert und signalisiert nun einen erheblich stärkeren Preisanstieg als zuvor zugrunde gelegt worden war.

¹⁴ Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die Zuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder – je Einwohner gemessen liegen die Investitionen im Beitrittsgebiet auch 26 Jahre nach der Einheit noch immer deutlich über dem entsprechenden Niveau im Westen – weiter degressiv abgebaut werden.

¹⁵ Bereits im vergangenen Jahr war deren Ausgabenrahmen um 1,7 Milliarden Euro erhöht worden; in den Jahren 2016 bis 2019 sollen insgesamt 10,2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. Diese Ausgaben entwickeln sich sehr unstetig und können sich zu bestimmten Zeitpunkten kumulieren. Für die Berichterstattung in den VGR kommt hinzu, dass Vorgänge dort gemäß Entstehungszeitpunkt zugeordnet werden. Damit ist nicht der Zahlungszeitpunkt entscheidend; es ist möglich, dass Ausgaben – selbst wenn sie die öffentlichen Kassen in verschiedenen Jahren belastet haben – gebündelt in einem Quartal berichtet werden.

¹⁰ Dabei sind leichte Abschlüsse wegen der Bildung von Pensionsrückstellungen unterstellt.

¹¹ Durch die methodischen Änderungen in den VGR fiel die Rentenanpassung, die sich vorläufig an der Bruttolohnentwicklung orientiert, im Jahr 2015 gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu gering aus. Dies wurde zur Jahresmitte 2016 nachgeholt.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2018

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Schuldenstand nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000³	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5	58,9
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,7
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1	59,4
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8	63,1
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5	64,8
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2	67,0
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5	66,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9	63,7
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8	65,1
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8	72,6
2010	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6	81,0
2011⁴	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4	78,7
2012	44,2	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2	79,9
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,2	8,7	77,5
2014	44,7	22,9	16,5	44,4	1,8	2,1	0,3	7,8	74,9
2015	44,7	23,1	16,5	44,0	1,6	2,1	0,7	6,8	71,2
2016⁵	45,1	23,3	16,7	44,3	1,4	2,1	0,8	5,9	68,9
2017⁶	44,9	23,1	16,9	44,6	1,3	2,2	0,6	5,6	66,4
2018⁷	44,9	23,1	17,0	44,7	1,3	2,2	0,3	5,5	64,3

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Mrd. Euro).⁶ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (3,8 Mrd. Euro).⁷ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,2 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2017 und 2018, Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 6

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				(preisbereinigt, verkettete Volumenwerte)				
				Insgesamt	Je Erwerbs- tätigen	Je Erwerbs- tätigenstunde	In jeweiligen Preisen	Deflator
	In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2010 = 100
2010	40,892	36,407	1 373	2 479	60 619	44	2 460	99
2015	43,057	38,721	1 368	2 791	64 824	47	3 033	109
2020	45,3	41,0	1 345	3 064	67 632	50	3 645	119
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2015/2010	0,9	1,0	−0,1	2,0	1,1	1,2	3,5	1,5
2020/2015 ¹	1	1	−¼	1¼	¾	1	3	1½

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Kasten 4

Produktionspotential bis 2021

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht weitgehend auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.¹ Als Grundlage dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, die die Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapital und die Totale Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt.

Kapitalstock

Die Fortschreibung des Kapitalstocks erfolgt über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Akkumulation der Nettoinvestitionen; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird für den Projektionszeitraum konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Fortschreibung der demografischen Komponente orientiert sich an der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante G1-L1-W1). Die jüngste Entwicklung des Wanderungssaldos wird in der Bevölkerungsvorausberechnung allerdings nur unzureichend abgebildet. Deshalb wird die Nettozuwanderung aus den EU-Ländern und dem Rest der Welt ausgehend von der aktuellen Entwicklung fortgeschrieben. Insgesamt wird der gesamte Wanderungssaldo der Personen im erwerbsfähigen Alter im Projektionszeitraum annahmegemäß auf rund 360.000 Personen im Jahr 2021 zurückgehen und anschließend konstant

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nummer 420.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2011–2016	2016–2021
Produktionspotential	1,4	1,6
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,5	0,3
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,8

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

bleiben. Die nicht asylbedingte Nettozuwanderung wird ab 2019 einen höheren Anteil an der gesamten Nettozuwanderung ausmachen. Insgesamt können die positiven Wanderungssalden den alterungsbedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials bis zum Jahr 2021 noch kompensieren.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote der Nicht-Flüchtlinge wird zunächst bis 2018 geschätzt und fortgeschrieben. Anschließend wird sie bis 2021 mit einem HP-Filter um konjunkturelle Schwankungen bereinigt.² Die Partizipationsquote der Flüchtlinge resultiert

² Über einen längeren Projektionszeitraum wird die trendmäßige Partizipationsquote mit dieser einfachen Fortschreibung überschätzt, da ihr

Die geleisteten Vermögenstransfers gehen im laufenden Jahr spürbar zurück. Zwar wurden wegen des flüchtlingsbedingt höheren Wohnungsbedarfs die Mittel für den sozialen Wohnungsbau und den sozialen Stadtumbau aufgestockt und dürften nach und nach abfließen. Allerdings waren die Vermögenstransfers im vergangenen Jahr durch Garantieabrufe in Zusammenhang mit Ausgliederungen bei der HSH Nordbank um zweieinhalb Milliarden Euro überzeichnet; dieser Sondereffekt entfällt nun.

Alles in allem steigen die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im kommenden Jahr um 3,7 Prozent. Diese Ausgabenentwicklung ist jedoch ver-

zerrt, denn die Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen werden in den VGR als negative Ausgaben ausgewiesen.¹⁶ Bereinigt um diese Versteigerungserlöse sinkt der Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 0,6 Prozent und geht im Jahr 2018 auf 0,3 Prozent zurück (Tabelle 5). Der konjunkturell bereinigte Finanzierungssaldo, wie er dem europäischen Fis-

¹⁶ Im Jahr 2015 hat der Staat Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen in Höhe von insgesamt 5,1 Milliarden Euro erzielt. Diese werden in den VGR als negative Ausgabe und verteilt auf die Jahre 2015 bis 2019 gebucht: Im Jahr 2015 wurden die Staatsausgaben dadurch um 0,5 Milliarden Euro verringert. Im Jahr 2017 mindern sie die Ausgaben um 3,8 Milliarden Euro und im Jahr 2018 um 0,2 Milliarden Euro.

aus einem Suchmodell des Arbeitsmarktes für Flüchtlinge, in dem die Beschäftigungswahrscheinlichkeit mit der Länge der Aufenthaltsdauer steigt, und wird als strukturell interpretiert. Die gesamtwirtschaftliche trendmäßige Partizipationsquote ergibt sich dann als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge. Sie steigt bis 2021 an – Folge einer relativ stark steigenden Partizipationsrate älterer Bevölkerungskohorten und der zunehmenden Partizipation von Flüchtlingen.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosigkeit

Die EU-Kommissionsmethode sieht seit Dezember 2016 vor, die natürliche Erwerbslosenquote (NAWRU) in der langen Frist zu verankern.³ Dieser Anker wird bei der Bestimmung der natürlichen Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge berücksichtigt. Die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge bis 2018 ergibt sich aus der trendbereinigten Erwerbslosenquote, die zunächst konstant gehalten wird und dann nach Ende des Projektionszeitraumes zu ihrem geschätzten langfristigen Wert (6,8 Prozent) zurückgeführt wird. Ab dem Jahr 2019 wird die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge dann mechanisch fortgeschrieben.⁴ Die Erwerbslosenquote der Flüchtlinge

Anstieg in den letzten Jahren insbesondere auf die ältere Erwerbsbevölkerung und Frauen aller Alterskohorten zurückging. Es empfiehlt sich dann, die trendmäßige Partizipationsquote für einzelne Alterskohorten und getrennt nach den Geschlechtern zu schätzen und mit der Entwicklung der Bevölkerungsanteile fortzuschreiben. Siehe Ferdinand Fichtner et al. (2016): Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort – trotz schwächeren Beschäftigungsaufbaus. DIW Wochenbericht 50, 1177–1188.

³ Siehe Fabrice Orlandi (2012): Structural unemployment and its main determinants in the EU countries. EC Economic Papers 455. Die strukturelle Erwerbslosenquote wird anhand eines Länderpanels für die EU über den Zeitraum 1985 bis 2009 geschätzt. Als Determinanten für die strukturelle Erwerbslosenquote gehen unter anderem die Höhe des Arbeitslosengeldes, Gewerkschaftsdichte, Suchkosten und ein Index für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein.

⁴ Die natürliche Erwerbslosenquote der Nicht-Flüchtlinge wird dabei im ersten Jahr des mittelfristigen Prognosehorizonts mit der halben Vorjahresveränderung fortgeschrieben und anschließend konstant gehalten. Lang-

wird als natürliche Erwerbslosenquote interpretiert, da sie per Annahme nicht durch konjunkturelle Entwicklungen beeinflusst wird; sie lässt sich, wie die Partizipationsrate der Flüchtlinge, aus dem Suchmodell ableiten. Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge. Sie liegt im Jahr 2018 bei 3,8 Prozent. Bis zum Jahr 2021 geht sie auf rund 3,5 Prozent zurück. Grund dafür ist insbesondere die sinkende Zahl der erwerbslosen Flüchtlinge.

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2021 dürfte bei rund einem halben Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch eine steigende Partizipationsquote und eine leicht sinkende NAWRU. Während die im Trend sinkende durchschnittliche Arbeitszeit die Wachstumsrate des Arbeitsvolumens wohl reduziert, dürfte die Bevölkerungsentwicklung der erwerbsfähigen Personen wachstumsneutral sein. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2021 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten leisten (Tabelle).

Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit 1 1/3 Prozentpunkten leicht unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,8 ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2021 um jahresdurchschnittlich gut anderthalb Prozent zunehmen wird.

fristig konvergiert sie gegen ihren langfristigen Wert. Siehe Orlandi (2012) a. a. O.

kalpakt zugrunde liegt, wird im laufenden Jahr ebenfalls um 0,2 Prozentpunkte sinken – auf 0,3 Prozent. Im Jahr 2018 schrumpft er auf eine rote Null. Diese Entwicklung zeigt, dass trotz der derzeit hohen Überschüsse nur begrenzte Spielräume für Steuersenkungen oder dauerhafte Mehrausgaben bestehen.¹⁷

¹⁷ Die Finanzpolitik wird dabei insbesondere von der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung vor Herausforderungen gestellt. Vgl. Kristina van Deuverden (2016): Öffentliche Finanzen bis 2025: Nur auf den ersten Blick günstig. DIW Wochenbericht 50, 1193–1202. Die mittelfristige Projektion der Entwicklung der öffentlichen Finanzen zeichnet am aktuellen Rand zwar aufgrund des Erfassungsfehlers bei den Erwerbstätigen ein zu negatives Bild. Die aufgezeigten Entwicklungstendenzen, Probleme bei den Sozialversicherungen und strukturellen Verschiebungen behalten allerdings ihre Gültigkeit.

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2021

Für die mittlere Frist, also den Zeitraum zwischen 2019 und 2021, wird unterstellt, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung dem in der kurzen Frist eingeschlagenen Pfad folgt. Angenommen wird, dass die Produktion in den entwickelten Volkswirtschaften um zwei Prozent pro Jahr wächst. Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern bleibt relativ zu der in den entwickelten Volkswirtschaften hoch. Der Ölpreis und die Wechselkurse werden für die mittlere Frist als konstant angenommen und jeweils beim für Ende 2018 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 55 Dol-

Tabelle 7

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		Private Haus- halte	Staat		
In Milliarden Euro					
2009	2 460,3	1 413,0	481,2	444,5	121,5
2015	3 032,8	1 636,0	583,7	583,6	229,5
2021	3 645	1 929,6	748,5	747,4	219,2
Anteile am BIP					
2009	100	57,4	19,6	18,1	4,9
2015	100	53,9	19,2	19,2	7,6
2021	100	53	21	21	6
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹					
2015/2010	3,5	2,5	3,3	4,6	-
2020/2015	3	3	4	4	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

lar pro Barrel, der Euro-Dollar-Kurs liegt bei 1,10 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird vor dem Hintergrund kurzfristig noch unterausgelasteter, im restlichen Projektionszeitraum normal ausgelasteter Kapazitäten im Euroraum, expansiv ausgerichtet bleiben, allerdings in abnehmendem Maße. Damit bleiben die Zinsen auch in Deutschland niedrig. In Deutschland dürfte die Finanzpolitik unter der Annahme geltenden Rechts ab dem Jahr 2019 restriktiv ausgerichtet sein.¹⁸

Die Produktion dürfte in der mittleren Frist in etwa mit der Zuwachsrates des Potentials – eineinhalb Prozent

¹⁸ Vgl. van Deuverden (2016), ebenda, 1196.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Makroökonomie am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

(Kasten 4) – zunehmen (Tabelle 6). Dabei dürfte sich die zunächst leicht positive Produktionslücke zurückbilden und bis zum Jahr 2021 schließen.

Der Beschäftigungsaufbau wird sich leicht abgeschwächt fortsetzen, bei steigender Produktivität. Die Arbeitslosenquote bleibt weiterhin niedrig, und es wandern pro Jahr per saldo 300.000 Erwerbspersonen zu – insbesondere aus Ländern der EU. Die steigende Nachfrage nach Arbeit führt dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter in der mittleren Frist weiterhin merklich expandieren. Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird hingegen durch eine leicht anziehende Teuerung etwas gebremst werden. Der öffentliche Konsum dürfte hingegen an Bedeutung gewinnen, da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden zunächst durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die Dynamik nimmt allerdings ab. Die Investitionsquote dürfte alles in allem nur leicht über dem Niveau des Jahres 2016 liegen, so dass der Kapitalstock mittelfristig weniger stark wächst als das Produktionspotential.

Der Außenbeitrag wird keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag liefern (Tabelle 7). Die Exporte werden bei einer robusten weltwirtschaftlichen Entwicklung ähnlich wie in der kurzen Frist expandieren. Die sich abschwächende binnenwirtschaftliche Entwicklung wird hingegen zu einer leichten Verringerung des Importwachstums führen.

Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts wird in der mittleren Frist um durchschnittlich 1,7 Prozent zunehmen. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei etwa 3¼ Prozent.

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Klimapolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 11/2017:

www.diw.de/econbull





Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

»Höhere Inflation ist nur ein temporäres Phänomen«

1. Herr Fichtner, wird die deutsche Wirtschaft ihr Wachstumstempo in diesem Jahr beibehalten können?
Die deutsche Wirtschaft verliert etwas an Schwung, allerdings weniger, weil ihr die Puste ausgeht, sondern vor allem, weil dieses Jahr deutlich weniger Arbeitstage anfallen als vergangenes Jahr. Dazu kommt, dass die zuletzt merklich gestiegenen Energiepreise sich mehr und mehr auch auf die Verbraucherpreise auswirken werden. Das entzieht den Haushalten etwas Kaufkraft, sodass vom Konsum wahrscheinlich nicht mehr so starke Impulse kommen werden wie noch im letzten Jahr. Alles in allem rechnen wir für dieses Jahr mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent, also tatsächlich etwas weniger als im vergangenen Jahr, da hat die deutsche Wirtschaft noch um 1,9 Prozent zugelegt.
2. Aber das ist immer noch etwas mehr, als Sie im letzten Dezember prognostiziert haben? Ja, das ist richtig. Wir heben unsere Prognose für dieses Jahr etwas nach oben. Das liegt daran, dass in den uns im Dezember zur Verfügung stehenden Zahlen zum Arbeitsmarkt die Entwicklung zu kritisch gezeichnet wurde. Wir haben in den neueren Daten gesehen, dass die Dynamik deutlich besser ist als es sich noch im Dezember dargestellt hat, sodass wir jetzt insgesamt etwas optimistischer sein können als wir es noch vor drei Monaten waren.
3. Was sind die wesentlichen Wachstumstreiber? Nach wie vor ist es die inländische Nachfrage, die das Wachstum treibt und dabei insbesondere die Konsumnachfrage. Die stützt sich vor allem auf einen guten Arbeitsmarkt. Das führt dazu, dass die Leute erstens Jobs haben und zweitens in den Jobs auch ganz gut verdienen, auch wenn in diesem Jahr die Inflation ein bisschen was von den Kaufkraftgewinnen abknabbert. Dazu kommt, dass im Prognosezeitraum, also vor allem im Jahr 2018, auch die Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger wächst, sodass auch von den Exporten etwas mehr zu erwarten ist.
4. Wie entwickeln sich die Löhne in Deutschland? Die Löhne entwickeln sich für deutsche Verhältnisse relativ kräftig. Die Lohnsteigerungsraten, die wir zurzeit sehen,

sind ordentlich und im Vergleich zu dem, was die deutsche Wirtschaft in der Vergangenheit gezeigt hat, durchaus gut. Allerdings muss man sagen, dass angesichts der zunehmenden Knappheit auf dem Arbeitsmarkt die Lohnsteigerungen durchaus höher sein könnten.

5. Wie entwickeln sich die Verbraucherpreise? Die Inflation bei den Verbraucherpreisen zieht deutlich an, vor allem weil die Energiepreise stark gestiegen sind. Das katapultiert den Inflationsdurchschnitt dieses Jahr kräftig nach oben, von knapp einem halben Prozent im letzten Jahr auf 1,8 Prozent in diesem Jahr. Allerdings ist das ein temporäres Phänomen, weil die Energiepreise jetzt nicht mehr steigen. Das führt dazu, dass im kommenden Jahr die Inflationsrate schon wieder deutlich niedriger sein wird, knapp 1,5 Prozent nach unserer Prognose.
6. Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld, insbesondere im Hinblick auf die deutschen Exporte? Das vergangene Jahr und vor allem dessen erste Hälfte war eher schwach. Dieses Jahr erholt sich die Weltwirtschaft ein bisschen, auch weil die Finanzpolitik vielerorts nicht mehr restriktiv, sondern eher expansiv ausgerichtet ist. Das setzt sich ins kommende Jahr fort, sodass das weltwirtschaftliche Umfeld zunächst sehr positiv ist. Allerdings bestehen auch erhebliche Risiken. Wenn wir beispielsweise an die erratische Wirtschaftspolitik in den USA denken, aber auch an die Brexit-Entscheidung, sind das Einflüsse, die durchaus die Gefahr bergen, der deutschen Wirtschaft konjunkturellen Schaden zuzufügen.
7. Wie sieht es bei den Importen aus? Die Importe laufen recht kräftig. Das liegt an der robusten Inlandsnachfrage und insbesondere der Konsumnachfrage. Weiterhin ausgesprochen schwach ist die Investitionsnachfrage, sodass man sich bei den Importen durchaus mehr vorstellen könnte, wenn die Investitionstätigkeit kräftiger wäre. Das wirtschaftspolitische Umfeld führt zu einer Zurückhaltung bei den Unternehmen, die sich in entsprechend geringeren Investitionen niederschlägt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/mediathek

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 901,1	1 951,4	309,1	640,6	-
4	- Abschreibungen	568,4	326,3	70,7	171,4	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 332,8	1 625,2	238,4	469,2	-220,1
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 653,1	1 177,7	242,7	232,7	14,7
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,8	13,1	0,2	9,5	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,9	0,2	1,5	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	682,5	458,3	-4,3	228,5	-234,8
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 659,5	-	-	1 659,5	8,3
11	- Geleistete Subventionen	27,9	-	27,9	-	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	342,1	-	342,1	-	6,9
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	722,4	654,0	41,9	26,5	176,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	787,6	370,3	16,5	400,8	111,6
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 721,4	174,6	284,6	2 262,2	-290,2
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	392,5	76,3	-	316,2	10,7
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	402,7	-	402,7	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge	668,0	-	-	668,0	3,8
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	668,9	122,8	545,3	0,8	2,9
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	569,2	63,2	505,2	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	562,2	-	-	562,2	7,5
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	310,5	157,0	76,9	76,7	50,5
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	270,7	146,9	19,6	104,3	90,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 685,7	147,8	670,0	1 867,8	-254,5
25	- Konsumausgaben	2 367,2	-	641,0	1 726,2	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,8	-	48,8	-
27	= Sparen	318,5	99,0	29,1	190,4	-254,5
28	- Geleistete Vermögenstransfers	49,1	7,6	32,2	9,3	4,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	46,0	22,6	12,0	11,4	7,9
30	- Bruttoinvestitionen	632,4	357,1	70,5	204,8	-
31	+ Abschreibungen	568,4	326,3	70,7	171,4	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,1	1,7	-5,2	1,4	2,1
33	= Finanzierungssaldo	253,5	81,5	14,3	157,7	-253,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 685,7	147,8	670,0	1 867,8	-254,5
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	421,6	-	421,6	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	421,6	-	-	421,6	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchs-konzept)	2 685,7	147,8	248,4	2 289,4	-254,5
38	- Konsum ²	2 367,2	-	219,3	2 147,9	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-48,8	-	48,8	-
40	= Sparen	318,5	99,0	29,1	190,4	-254,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 994,5	2 011,8	317,0	665,6	-
4 - Abschreibungen	586,1	336,2	72,9	177,0	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 408,3	1 675,7	244,1	488,5	-219,9
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 711,9	1 220,9	249,0	242,0	15,3
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,2	0,2	9,7	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	25,6	24,0	0,2	1,5	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	699,0	465,5	-4,8	238,3	-235,2
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 718,4	-	-	1 718,4	8,9
11 - Geleistete Subventionen	28,2	-	28,2	-	5,3
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	350,1	-	350,1	-	6,9
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	726,5	659,2	41,9	25,4	179,6
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	794,8	372,2	18,7	404,0	111,3
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 807,6	178,5	293,9	2 335,2	-293,0
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	406,5	82,1	-	324,4	11,0
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	417,1	-	417,1	-	0,5
18 - Geleistete Sozialbeiträge	692,1	-	-	692,1	3,9
19 + Empfangene Sozialbeiträge	693,0	127,2	564,9	0,8	3,1
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	586,7	65,1	520,8	0,8	0,5
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	579,4	-	-	579,4	7,8
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	320,8	157,4	83,3	80,1	45,2
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	275,6	151,3	19,8	104,5	90,3
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 766,5	152,4	691,6	1 922,5	-252,0
25 - Konsumausgaben	2 440,6	-	664,7	1 775,9	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,2	-	49,2	-
27 = Sparen	325,9	103,2	26,9	195,8	-252,0
28 - Geleistete Vermögenstransfers	49,2	7,6	31,8	9,8	4,8
29 + Empfangene Vermögenstransfers	46,1	23,4	11,2	11,4	7,9
30 - Bruttoinvestitionen	660,0	371,8	72,0	216,3	-
31 + Abschreibungen	586,1	336,2	72,9	177,0	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,5	-1,7	-1,4	0,6	2,5
33 = Finanzierungssaldo	251,4	85,2	8,6	157,6	-251,4
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 766,5	152,4	691,6	1 922,5	-252,0
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	442,4	-	442,4	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	442,4	-	-	442,4	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 766,5	152,4	249,2	2 364,9	-252,0
38 - Konsum ²	2 440,6	-	222,3	2 218,3	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,2	-	49,2	-
40 = Sparen	325,9	103,2	26,9	195,8	-252,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018¹

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,2	1,4	1,0	1,2	1,2	1,4	1,3	1,1	0,9
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,7	0,8	-0,3	-1,5	0,1	0,0	1,6	-0,7	0,1
Arbeitstage	0,4	-1,2	-0,3	1,6	-0,8	0,0	-2,3	-0,5	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,9	1,0	0,5	1,3	0,6	1,4	0,6	-0,1	1,0
Produktivität¹	0,8	0,4	1,3	1,0	0,8	0,1	0,7	1,7	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,4	1,7	2,3	1,4	1,5	1,3	1,5	1,9
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 295,3	2 367,2	2 440,6	1 120,5	1 174,8	1 155,7	1 211,4	1 190,2	1 250,4
Private Haushalte²	1 679,2	1 726,2	1 775,9	820,8	858,3	843,5	882,8	866,4	909,5
Staat	616,1	641,0	664,7	299,6	316,5	312,3	328,7	323,8	340,9
Anlageinvestitionen	626,7	646,4	675,4	303,6	323,1	311,2	335,1	325,6	349,8
Ausrüstungen	204,4	206,1	214,5	98,7	105,7	98,8	107,4	102,3	112,1
Bauten	309,4	323,0	338,9	149,8	159,6	155,3	167,7	163,8	175,1
Sonstige Anlageinvestitionen	112,9	117,2	122,0	55,1	57,8	57,2	60,1	59,5	62,5
Vorratsveränderung³	-28,1	-14,0	-15,4	-8,3	-19,8	2,7	-16,7	1,7	-17,1
Inländische Verwendung	2 893,9	2 999,5	3 100,6	1 415,8	1 478,1	1 469,6	1 529,9	1 517,5	1 583,1
Außenbeitrag	238,8	220,1	219,9	128,1	110,6	117,9	102,2	117,4	102,5
Exporte	1 441,4	1 527,9	1 594,9	712,6	728,8	757,6	770,3	789,6	805,3
Importe	1 202,6	1 307,7	1 375,0	584,5	618,2	639,7	668,1	672,1	702,8
Bruttoinlandsprodukt	3 132,7	3 219,7	3 320,6	1 543,9	1 588,7	1 587,6	1 632,1	1 635,0	1 685,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,4	3,1	3,1	3,8	3,0	3,1	3,1	3,0	3,2
Private Haushalte²	2,6	2,8	2,9	2,9	2,3	2,8	2,8	2,7	3,0
Staat	5,6	4,0	3,7	6,2	4,9	4,2	3,9	3,7	3,7
Anlageinvestitionen	3,8	3,1	4,5	5,4	2,3	2,5	3,7	4,6	4,4
Ausrüstungen	2,1	0,8	4,1	5,3	-0,7	0,1	1,6	3,6	4,4
Bauten	4,9	4,4	4,9	6,1	3,8	3,7	5,1	5,4	4,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,8	4,1	3,9	3,9	3,8	3,9	4,1	4,1
Inländische Verwendung	3,2	3,6	3,4	3,6	2,9	3,8	3,5	3,3	3,5
Exporte	1,6	6,0	4,4	1,7	1,5	6,3	5,7	4,2	4,5
Importe	1,1	8,7	5,1	0,4	1,9	9,4	8,1	5,1	5,2
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,8	3,1	3,9	2,7	2,8	2,7	3,0	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 122,0	2 151,3	2 188,1	1 043,1	1 079,0	1 057,1	1 094,2	1 074,3	1 113,9
Private Haushalte²	1 570,7	1 586,1	1 610,0	770,3	800,3	777,4	808,7	788,2	821,8
Staat	551,0	564,5	577,3	272,5	278,5	279,3	285,3	285,6	291,7
Anlageinvestitionen	567,7	575,7	592,1	275,5	292,2	277,7	298,0	285,9	306,3
Ausrüstungen	196,8	197,3	204,6	94,7	102,1	94,0	103,3	97,1	107,5
Bauten	268,2	273,2	279,9	130,5	137,7	132,2	141,0	135,9	143,9
Sonstige Anlageinvestitionen	103,0	105,3	107,8	50,4	52,6	51,5	53,8	52,8	55,1
Inländische Verwendung	2 655,4	2 705,6	2 757,8	1 310,5	1 344,9	1 336,7	1 369,0	1 360,7	1 397,1
Exporte	1 388,4	1 439,4	1 488,4	687,8	700,6	717,0	722,3	738,1	750,3
Importe	1 200,0	1 263,0	1 316,0	586,4	613,7	621,0	642,0	644,7	671,3
Bruttoinlandsprodukt	2 843,0	2 883,4	2 932,6	1 411,2	1 431,9	1 432,8	1 450,6	1 454,7	1 477,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	1,4	1,7	3,1	2,0	1,3	1,4	1,6	1,8
Private Haushalte²	2,0	1,0	1,5	2,5	1,5	0,9	1,0	1,4	1,6
Staat	4,0	2,5	2,3	4,7	3,4	2,5	2,4	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	2,3	1,4	2,9	4,0	0,7	0,8	2,0	2,9	2,8
Ausrüstungen	1,1	0,2	3,7	4,2	-1,7	-0,8	1,1	3,3	4,1
Bauten	3,0	1,9	2,4	4,3	1,7	1,3	2,4	2,8	2,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,2	2,4	2,6	2,6	2,2	2,3	2,4	2,4
Inländische Verwendung	2,3	1,9	1,9	2,7	1,8	2,0	1,8	1,8	2,1
Exporte	2,6	3,7	3,4	3,0	2,3	4,2	3,1	2,9	3,9
Importe	3,7	5,2	4,2	4,0	3,5	5,9	4,6	3,8	4,6
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,4	1,7	2,3	1,4	1,5	1,3	1,5	1,9

¹ Aufgrund einer Datenkorrektur bei den Erwerbstätigenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit wurden für die vorliegende Prognose wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepasst. In den Anhangstabellen sind diese kursiv hervorgehoben. Zu der Datenkorrektur und den hier vorgenommenen Änderungen vgl. die Ausführungen in Kasten 1 auf Seite 188f.

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für DeutschlandVorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018¹

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,6	1,8	1,3	0,5	0,8	1,8	1,8	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,5	1,4	1,5	1,4	1,7	1,4	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	1,5	1,7	1,6	1,4	1,6	1,7	1,7	1,6	1,5
Ausrüstungen	1,1	0,6	0,3	1,0	1,1	0,8	0,4	0,3	0,3
Bauten	1,8	2,5	2,4	1,7	2,0	2,3	2,6	2,5	2,3
Exporte	-1,0	2,3	0,9	-1,2	-0,8	2,0	2,5	1,3	0,7
Importe	-2,5	3,3	0,9	-3,5	-1,5	3,3	3,3	1,2	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,3	1,4	1,6	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 188,1	2 262,2	2 335,2	1 077,1	1 111,1	1 114,1	1 148,1	1 148,4	1 186,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,3	299,8	310,4	139,0	148,3	145,4	154,4	150,5	160,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 309,2	1 359,6	1 407,9	624,2	685,0	649,9	709,8	672,4	735,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	591,6	602,7	616,9	313,9	277,8	318,8	283,9	325,5	291,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	457,1	459,2	472,4	216,4	240,6	215,5	243,7	221,9	250,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 645,2	2 721,4	2 807,6	1 293,5	1 351,7	1 329,6	1 391,8	1 370,3	1 437,2
Abschreibungen	552,1	568,4	586,1	274,4	277,7	282,6	285,8	291,2	294,9
Bruttonationaleinkommen	3 197,3	3 289,8	3 393,7	1 567,9	1 629,4	1 612,2	1 677,6	1 661,5	1 732,2
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 338,4	2 407,2	2 485,7	1 141,4	1 197,0	1 173,6	1 233,7	1 210,5	1 275,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	741,9	747,7	767,3	378,2	363,7	378,3	369,5	387,6	379,7
Arbeitnehmerentgelt	1 596,5	1 659,5	1 718,4	763,2	833,3	795,3	864,2	822,9	895,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,4	3,4	3,2	3,7	3,1	3,4	3,3	3,1	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,9	4,4	3,5	2,8	2,9	4,6	4,1	3,5	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,9	3,6	4,0	3,9	4,1	3,6	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,4	1,9	2,3	3,5	1,2	1,6	2,2	2,1	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,5	0,5	2,9	7,5	-1,7	-0,4	1,3	3,0	2,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,2	2,9	3,2	4,3	2,2	2,8	3,0	3,1	3,3
Abschreibungen	3,1	2,9	3,1	2,9	3,2	3,0	2,9	3,0	3,2
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,9	3,2	4,1	2,3	2,8	3,0	3,1	3,3
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,3	2,9	3,3	4,3	2,4	2,8	3,1	3,1	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,5	0,8	2,6	5,5	-0,5	0,0	1,6	2,5	2,8
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,9	3,5	3,8	3,7	4,2	3,7	3,5	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 294,6	1 340,9	1 384,5	622,0	672,6	647,6	693,4	668,1	716,4
Nettolöhne- und -gehälter	866,4	897,5	928,3	409,2	457,2	425,3	472,2	439,5	488,8
Monetäre Sozialleistungen	542,7	562,2	579,4	269,6	273,1	281,2	281,0	289,7	289,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	114,5	118,7	123,2	56,8	57,7	58,9	59,8	61,1	62,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	591,6	602,7	616,9	313,9	277,8	318,8	283,9	325,5	291,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-72,8	-75,9	-78,8	-35,9	-36,8	-37,6	-38,3	-39,1	-39,7
Verfügbares Einkommen	1 813,5	1 867,8	1 922,5	899,9	913,5	928,7	939,0	954,5	968,0
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,5	48,8	49,2	24,0	24,5	24,2	24,7	24,3	24,8
Konsumausgaben	1 679,2	1 726,2	1 775,9	820,8	858,3	843,5	882,8	866,4	909,5
Sparen	182,8	190,4	195,8	103,1	79,7	109,4	81,0	112,4	83,4
Sparquote in Prozent ⁷	9,8	9,9	9,9	11,2	8,5	11,5	8,4	11,5	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,5	3,6	3,2	3,4	3,5	4,1	3,1	3,2	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	3,7	3,6	3,4	4,0	3,4	3,9	3,3	3,3	3,5
Monetäre Sozialleistungen	3,2	3,6	3,1	2,5	3,9	4,3	2,9	3,0	3,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,6	3,7	3,8	3,2	4,1	3,6	3,7	3,7	3,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,4	1,9	2,3	3,5	1,2	1,6	2,2	2,1	2,6
Verfügbares Einkommen	2,9	3,0	2,9	3,1	2,7	3,2	2,8	2,8	3,1
Konsumausgaben	2,6	2,8	2,9	2,9	2,3	2,8	2,8	2,7	3,0
Sparen	4,5	4,2	2,9	3,6	5,9	6,2	1,6	2,7	3,0

¹ Aufgrund einer Datenkorrektur bei den Erwerbstätigenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit wurden für die vorliegende Prognose wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepasst. In den Anhangstabellen sind diese kursiv hervorgehoben. Zu der Datenkorrektur und den hier vorgenommenen Änderungen vgl. die Ausführungen in Kasten 1 auf Seite 188f.

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2016		2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	731,2	744,8	767,1	364,9	366,3	373,1	371,7	384,6	382,5
direkte Steuern	396,8	402,7	417,1	199,4	197,4	203,5	199,2	211,1	206,0
indirekte Steuern	334,4	342,1	350,1	165,5	168,9	169,6	172,5	173,5	176,5
Nettosozialbeiträge	523,1	545,3	564,9	253,3	269,8	264,9	280,4	274,3	290,7
Vermögenseinkommen	18,0	16,5	18,7	10,0	8,0	8,5	8,0	10,6	8,0
Laufende Übertragungen	19,3	19,6	19,8	9,3	10,0	9,4	10,2	9,5	10,3
Vermögenstransfers	15,3	12,0	11,2	7,6	7,7	5,1	6,9	4,6	6,6
Verkäufe	104,3	107,3	110,4	49,1	55,2	50,5	56,7	52,0	58,4
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 411,4	1 445,6	1 492,4	694,3	717,1	711,5	734,1	735,7	756,7
Ausgaben									
Vorleistungen	151,7	155,9	160,9	69,4	82,3	71,5	84,4	73,8	87,2
Arbeitnehmerentgelte	235,8	242,7	249,0	113,3	122,4	116,9	125,8	119,9	129,1
Soziale Sachleistungen	268,1	283,2	297,1	133,3	134,8	140,9	142,3	147,7	149,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	43,4	41,9	41,9	21,6	21,8	20,9	21,0	20,9	21,0
Subventionen	27,6	27,9	28,2	13,4	14,2	13,6	14,3	13,7	14,5
Monetäre Sozialleistungen	487,7	505,2	520,8	242,2	245,5	252,6	252,6	260,3	260,5
Sonstige laufende Transfers	74,6	76,9	83,3	39,4	35,2	40,0	36,9	40,5	42,8
Bruttoinvestitionen	66,5	70,5	72,0	28,8	37,7	30,3	40,3	31,2	40,8
Vermögenstransfers	33,5	32,2	31,8	15,1	18,4	13,5	18,7	13,3	18,5
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-5,2	-1,4	-0,5	-0,8	-4,4	-0,8	-0,6	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 387,7	1 431,4	1 483,8	676,1	711,6	695,8	735,6	720,8	763,0
Finanzierungssaldo	23,7	14,3	8,6	18,2	5,5	15,8	-1,5	14,9	-6,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,5	1,9	3,0	4,8	4,2	2,2	1,5	3,1	2,9
direkte Steuern	6,5	1,5	3,6	5,8	7,2	2,1	0,9	3,7	3,4
indirekte Steuern	2,1	2,3	2,3	3,5	0,8	2,4	2,2	2,3	2,3
Nettosozialbeiträge	4,5	4,2	3,6	4,3	4,6	4,6	3,9	3,5	3,7
Vermögenseinkommen	-17,5	-8,4	13,2	-19,8	-14,5	-15,0	-0,2	25,2	0,5
Laufende Übertragungen	-0,9	1,3	1,3	3,1	-4,3	1,4	1,3	1,4	1,3
Vermögenstransfers	25,7	-21,4	-6,6	46,0	10,6	-32,9	-10,1	-8,9	-5,0
Verkäufe	3,9	2,9	2,9	3,6	4,2	2,9	2,9	2,9	2,9
Sonstige Subventionen	-7,6	0,0	0,0	-10,3	-5,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,2	2,4	3,2	4,4	4,0	2,5	2,4	3,4	3,1
Ausgaben									
Vorleistungen	8,7	2,8	3,2	10,1	7,6	3,1	2,6	3,2	3,2
Arbeitnehmerentgelte	3,1	2,9	2,6	3,2	3,0	3,1	2,7	2,6	2,6
Soziale Sachleistungen	6,2	5,6	4,9	7,0	5,4	5,7	5,6	4,9	5,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-8,3	-3,5	0,0	-10,6	-5,8	-3,5	-3,5	0,0	0,1
Subventionen	0,2	1,1	1,0	-3,2	3,7	1,2	1,0	1,1	1,0
Monetäre Sozialleistungen	3,5	3,6	3,1	2,7	4,4	4,3	2,9	3,1	3,1
Sonstige laufende Transfers ⁹	-0,6	2,2	6,4	-1,8	1,2	0,6	1,7	0,5	5,9
Bruttoinvestitionen	3,5	6,1	2,1	7,2	0,8	5,2	6,8	3,2	1,3
Vermögenstransfers ⁹	3,8	-1,3	-0,4	2,4	1,4	-10,1	1,3	-1,9	-0,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,5	-3,9	3,8	0,6	-0,1	-3,9	0,0	3,8	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,0	3,1	3,7	3,9	4,2	2,9	3,4	3,6	3,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Kommunale Investitionsschwäche: Engpässe bei Planungs- und Baukapazitäten bremsen Städte und Gemeinden aus

Von Martin Gornig und Claus Michelsen

Leistungsfähige Infrastrukturen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Wachstumspotentialen. Obwohl der Bund zusätzlich Finanzmittel bereitgestellt hat, sind die vor allem durch Bauleistungen geprägten kommunalen Nettoanlageinvestitionen aber immer noch viel zu gering, um den jährlichen Verschleiß zu kompensieren. Ein Grund hierfür ist auch der Rückgang der Planungskapazitäten in den Kommunen. Bundesweit sank die Zahl der mit Baufragen befassten Angestellten in den Kommunalverwaltungen zwischen 1991 und 2010 um etwa 35 Prozent. Bis 2015 ging sie nochmals um fast zehn Prozent zurück. Die Bereitstellung zentraler Beratungskapazitäten im Rahmen des Aufbaus einer kommunalen Infrastrukturgesellschaft könnte helfen, bestehende Planungsengpässe aufzulösen.

Die Auslastung der Bauwirtschaft hat zuletzt einen historischen Höchststand erreicht. Dies dürfte ein weiterer Grund für die geringe Investitionstätigkeit der Kommunen sein. Die Kapazitäten in der Bauwirtschaft müssten spürbar ausgeweitet werden, um mehr Infrastrukturprojekte auf kommunaler Ebene umsetzen zu können. Ansonsten würden immer wieder kurzfristig zusätzlich bereitgestellte Investitionsmittel vor allem in steigenden Preisen verpuffen. Voraussetzung für den Aufbau der Kapazitäten durch die Bauwirtschaft ist eine dauerhafte Erhöhung der kommunalen Investitionsmittel. Dazu ist nachhaltig die Situation finanzschwacher Kommunen zu verbessern. Nicht einzelne kurzfristige Bundesinitiativen, sondern verlässliche Regelwerke sind gefragt. Ein Ansatzpunkt besteht hier bei der Weiterentwicklung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Sie müsste so umgebaut werden, dass gezielt eine größere Zahl von bedürftigen Kommunen von den Kofinanzierungsmitteln des Bundes und der Länder profitieren kann.

Die vom Bundeswirtschaftsminister 2014 eingesetzte Kommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland hat in ihrem Abschlussbericht eine besonders gravierende Investitionsschwäche bei den Kommunen festgestellt.¹ Auch wurde auf der Basis von Befragungen durch das Deutsche Institut für Urbanistik im Rahmen des KfW-Kommunalpanels ein wahrgenommener Investitionsbedarf der Kommunen von fast 136 Milliarden Euro ermittelt. In ihrer Stellungnahme zu den Umsetzungen der Empfehlungen vom Dezember 2016 begrüßt die Kommission die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel des Bundes für kommunale Investitionen in die Infrastruktur.² Allein im „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ für finanzschwache Kommunen wurden 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Dieser Fonds wurde für das Haushaltsjahr 2017 um zusätzliche 3,5 Milliarden Euro aufgestockt. Der Abruf der Investitionsmittel verläuft Medienberichten zufolge allerdings schleppend. Mit Stand 24. November 2016 wurden lediglich 83,4 Millionen Euro abgerufen, dies sind nur knapp fünf Prozent der Planungssumme. Nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums waren zur Jahresmitte 2016 aber zumindest 1,8 Milliarden Euro verplant.³ Angesichts des hohen Investitionsstaus stellt sich dennoch die Frage, weshalb gerade finanzschwache Kommunen nicht schneller auf die Unterstützung des Bundes zugreifen.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob mit der jüngsten Bereitstellung zusätzlicher Mittel eine spürbare Belebung der kommunalen Investitionstätigkeit – insbesondere bei den Bauten – eingesetzt hat. Anschließend werden die Rahmenbedingungen untersucht, die einer deutlichen Steigerung der kommunalen Investitionen

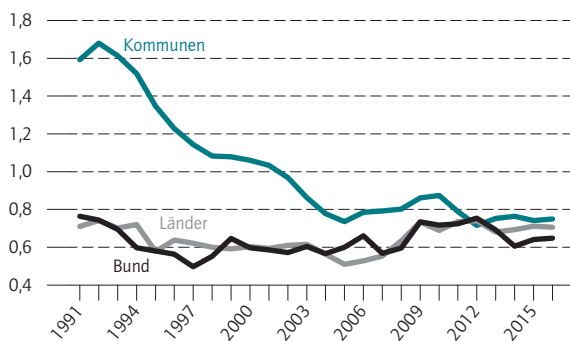
¹ Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie (2015): Stärkung von Investitionen in Deutschland, Abschlussbericht.

² Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie (2016): Stärkung von Investitionen in Deutschland, Stellungnahme, vorgestellt am 12. Dezember 2016.

³ Vgl. Mitteilung des Nordrhein-Westfälischen Städte und Gemeindebunds vom 19. Dezember 2016, StGB NRW-Mitteilung 47/2017.

Abbildung 1

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen In Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Der Anteil der kommunalen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt sank im Zeitverlauf erheblich.

tendenziell entgegenstehen. Insbesondere wird dabei auf die Kapazitäten in der Planung und Genehmigung von Bauvorhaben bei den Kommunen eingegangen und der Grad der Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft diskutiert. Aufbauend auf der Analyse werden mögliche Ansatzpunkte, die Rahmenbedingungen für kommunale Investitionen zu verbessern, skizziert.

Kommunale Investitionen kommen nicht auf Touren

Der Anteil kommunaler Investitionen an der gesamten Wirtschaftsleistung nimmt seit Jahren dramatisch ab. Auch am aktuellen Rand ist trotz der eingeleiteten Maßnahmen des Bundes keine spürbare Erhöhung der Investitionsquote erkennbar (Abbildung 1). Nach jüngsten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes⁴ haben die Kommunen 2016 23,5 Milliarden Euro investiert. Das ist zwar gut eine Milliarde Euro mehr als 2015, aber der Anteil am BIP ist mit 0,75 Prozent seit 2013 in etwa konstant. In den Jahren zuvor war er gesunken.

Der negative Trend könnte darauf hindeuten, dass der Investitionsbedarf der Kommunen über die Jahre deutlich zurückgegangen ist und daher auch jetzt kein Grund für ein Mehr an Investitionen besteht.⁵ So wird beispiels-

weise darauf hingewiesen, dass im Zuge der deutschen Wiedervereinigung der Investitionsbedarf besonders hoch war und die Reduktion des Investitionsanteils seither die Rückkehr zum normalen Bedarfswert beschreibt. In ähnliche Richtung wird argumentiert, wenn auf den Einfluss des technischen Wandels verwiesen wird, der z.B. durch Digitalisierung eine effizientere Nutzung des kommunalen Kapitalstocks ermöglicht. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der kommunale Investitionsbedarf auch durch Auslagerungen und Privatisierungen von Infrastrukturaufgaben gesunken ist.

Betrachtet man allerdings die Selbsteinschätzung des Investitionsbedarfs durch die Kommunen, weisen die Ergebnisse in eine andere Richtung.⁶ Die Befragungen des Deutschen Instituts für Urbanistik im Rahmen des KfW-Kommunalpanels weisen einen seit Jahren steigenden Investitionsbedarf der Kommunen aus. Zuletzt lag er bei über 135 Milliarden Euro.

Ein Orientierungspunkt für die Abschätzung der angemessenen Höhe der Investitionen sind die Abschreibungen auf die öffentliche Infrastruktur.⁷ Die Abschreibungen sind dabei eine kalkulatorische Größe, die den Wertverzehr einer Infrastruktureinrichtung über ihre Lebensdauer abbilden soll und daher nicht mit dem Konzept der Kapitalstockberechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vergleichbar.⁸ Sie sind somit nicht direkt mit der Veränderung des Kapitalstocks gleichzusetzen; in diesem Zusammenhang sind vielmehr die tatsächlichen Anlagenabgänge relevant.⁹ Langjährig negative Nettoinvestitionen, das heißt geringere Bruttoinvestitionen als Abschreibungen, zeigen allerdings an, dass der Werteverzehr des Anlagevermögens nicht ausgeglichen wird. In diesem Sinne sind negative Nettoinvestitionen ein Indikator dafür, dass der öffentliche Kapitalstock verschlissen wird bzw. mehr und mehr veraltet (zum Modernitätsgrad siehe auch Kasten 1).

Zur Bewertung der Investitionstätigkeit wird hier auf die Nettoinvestitionstätigkeit der Gebietskörperschaften abgestellt. Ein zusätzlicher Vorteil dieser Betrachtung gegenüber dem Bruttokonzept liegt darin, dass die Verschiebung der Investitionsbedarfe durch die Auslagerung kommunaler Infrastruktur berücksichtigt wird. Im Nettokonzept werden die Investitionen in Bezug zum verbliebenen, d.h. dem nicht ausgelagerten und priva-

⁶ Kreditanstalt für Wiederaufbau (2016): KfW-Kommunalpanel 2016, Frankfurt am Main.

⁷ Martin Gornig, Claus Michelsen, Kristina van Deuverden (2015): Kommunale Infrastruktur fährt auf Verschleiß. DIW Wochenbericht Nr. 43, 1023-1030.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2015): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Beiheft Investitionen, Wiesbaden.

⁹ Vgl. für eine kritische Diskussion den Monatsbericht des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) 06/2015.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsunterlage Investitionen, 4. Vierteljahr 2016, Wiesbaden.

⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014): Jahresgutachten 2014/15, Mehr Vertrauen in Marktprozesse.

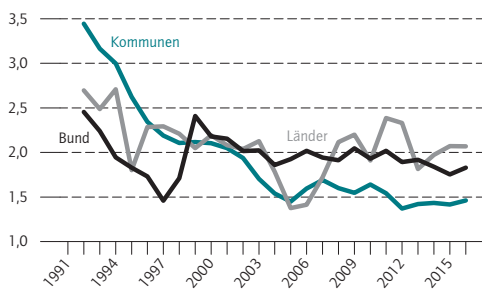
Kasten 1

Modernitätsgrad der kommunalen Bauten

Einen Hinweis auf den Zustand der kommunalen Infrastruktur erhält man nicht nur durch die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen), sondern auch durch den Bezug der Bruttoinvestitionen auf das vorhandene Anlagevermögen. Diese Relation gibt den Anteil neuester Anlagen am Anlagenbestand an. Sie lässt sich somit als einen Indikator für den Modernitätsgrad interpretieren. Werden Investitionen in Ausbau und Modernisierung unterlassen und lediglich Ausgaben für die Instandhaltung der Infrastruktur getätigt, veraltet diese mehr und mehr. Ist der Anteil neuer Anlagen dagegen hoch, dürfte auch das technologische Niveau der Infrastruktur hoch sein.

Im Mittelpunkt der Betrachtung steht hier die Veränderung des Modernitätsgrades. Entsprechend wurden konkret die Anteile der Bruttoinvestitionen eines Jahres in Prozent des zum Jahresende des Vorjahres vorhandenen Kapitalstocks berechnet (Abbildung). Danach halbierte sich die Erneuerungsrate bzw. der Modernitätsgrad bei den kommunalen Bauten zwischen 1991 und 2003 von über 3 Prozent auf 1,5 Prozent. Danach erholte sie sich vorübergehend leicht, seit 2011 liegt der Modernitätsgrad bei den Bauten der Kommunen aber sogar unter 1,5 Prozent. War Anfang der 1990er Jahre die Erneuerungsrate bei den Kommunen noch deutlich höher als bei Bund und Ländern, ist es heute genau umgekehrt. Bund und Länder erreichen einen um rund ein Viertel höheren Modernitätsgrad.

Abbildung

Anteil der Investitionen am Bruttoanlagevermögen des Staates zum Ende des Vorjahres
In Prozent


Quelle: Eigene Berechnungen.

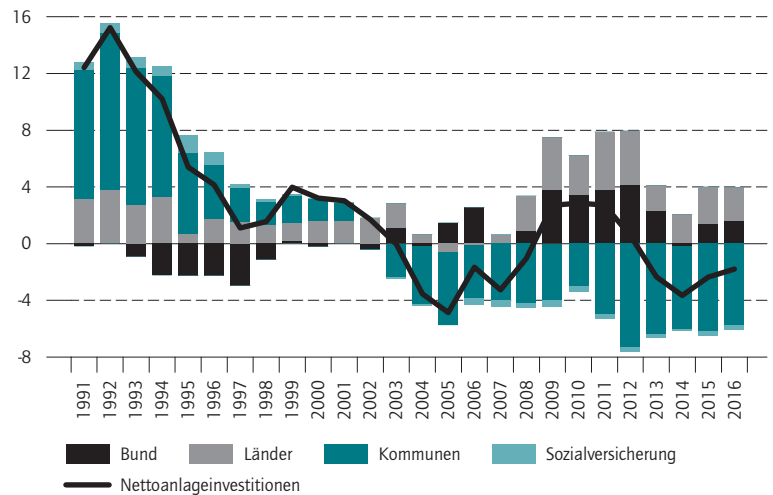
© DIW Berlin 2017

Der Modernitätsgrad öffentlicher Anlagen sinkt.

Abbildung 2

Staatliche Nettoanlageinvestitionen nach Gebietskörperschaften

In Milliarden Euro



Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; eigene Berechnungen.

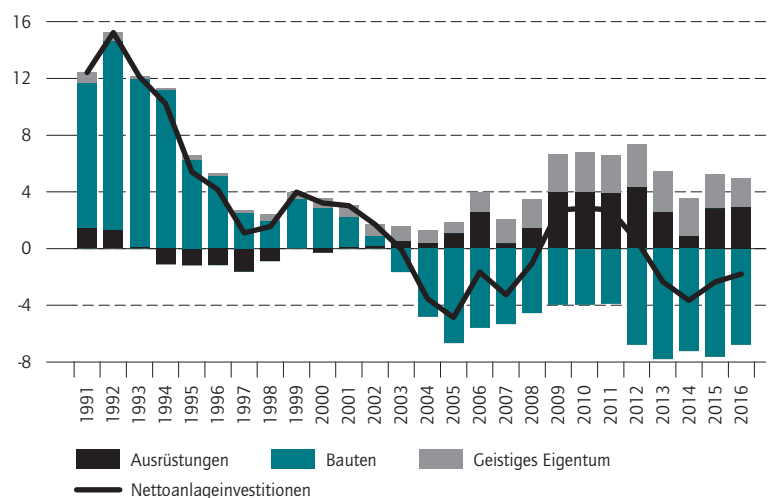
© DIW Berlin 2017

Die Nettoinvestitionen sind rückläufig, besonders bei den Kommunen.

Abbildung 3

Staatliche Nettoanlageinvestitionen nach Anlagearten

In Milliarden Euro



Quelle: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; eigene Berechnungen.

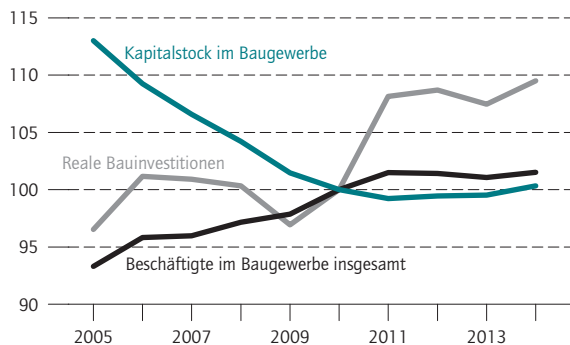
© DIW Berlin 2017

Die Nettoinvestitionen bei den Bauten sind seit 2003 negativ..

Abbildung 4

Beschäftigte im Baugewerbe und Kapitalstock der Bauwirtschaft

Index 2010 = 100; verketteter Volumenindex



Quelle: Statistisches Bundesamt; Bauvolumenrechnung des DIW Berlin.

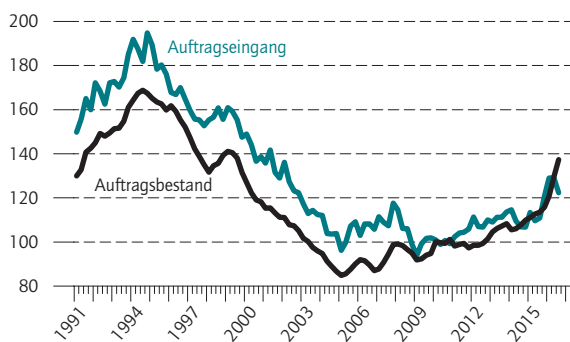
© DIW Berlin 2017

Die Kapazitäten wurden trotz steigender Nachfrage kaum aus-
geweitet.

Abbildung 5

Auftragseingang und Auftragsbestand in der Bauwirtschaft insgesamt

Volumenindex, 2010 = 100; Anmerkung unter Tabelle.



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Vor allem die Auftragsbestände steigen deutlich.

tisierten Kapitalstock gesetzt. Der ausgelagerte Investitionsbedarf schlägt sich dann in der Privatwirtschaft oder den öffentlichen Unternehmen nieder. Gesonderte Ergebnisse zu den Nettoinvestitionen für den Bereich öffentlicher Unternehmen sind in Kasten 2 ausgewiesen.

Kommunale Infrastruktur: weiterhin Leben von der Substanz

Das Statistische Bundesamt weist die Nettoinvestitionen nach Sektoren und Gebietskörperschaften seit dem Jahr 1991 aus. Nachdem die Nettoinvestitionstätigkeit

des Staates in den 1990er Jahren sehr rege war, sind sie seither deutlich zurückgegangen und waren nach der Jahrtausendwende teilweise sogar negativ (Abbildung 2). Die differenzierte Betrachtung nach Gebietskörperschaften zeigt, dass vor allem die Kommunen ihren Kapitalstock wertmäßig nicht erweitert beziehungsweise dessen Erhalt nicht gewährleistet haben. Seit 2003 waren ihre Investitionen per Saldo spürbar negativ. Auch am aktuellen Rand ist kein Abbau der Investitionsschwäche der Kommunen erkennbar, die Nettoinvestitionen der Kommunen waren in den letzten Jahren sogar stark negativ. Das spricht dafür, dass die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen durch den Bund bislang wenig Wirkung gezeigt hat.

Der Bund und die Länder hingegen haben den öffentlichen Kapitalstock in der jüngeren Vergangenheit wieder etwas ausgeweitet. Dies dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass die Investitionen in geistiges Eigentum und damit vor allem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich ausgeweitet wurden, was überwiegende Aufgabe der Länder ist. Die Schwäche bei den kommunalen Investitionen spiegelt dagegen vor allem eine Schwäche bei den öffentlichen Bauinvestitionen. Rund 85 Prozent der kommunalen Investitionen fließen in Bauten.¹⁰ Entsprechend sind die Nettobauinvestitionen seit 2003 ebenfalls negativ. 2012 ist der Lücke noch deutlich größer geworden. Bis heute verharren die Nettobauinvestitionen auf stark negativem Niveau (Abbildung 3). Auch der Modernitätsgrad der kommunalen Bauten – gemessen am Anteil der Bruttoinvestitionen am Anlagevermögen – liegt weiter auf historisch niedrigem Niveau (Kasten 1).

Ein Grund dafür, warum die Bundesprogramme zur Erhöhung der kommunalen Investitionen nicht gewirkt haben, könnte also in ihrer überwiegenden Eigenschaft als Bauleistung gesucht werden. Bauinvestitionen erfordern auf der einen Seite einen nicht unerheblichen Planungs- und Kontrollaufwand. Entsprechend müssen die Kommunen nicht nur über ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten, sondern auch hinreichende Personalkapazitäten bei der Vorhabenplanung und der Überwachung und Abnahme der Bauleistungen verfügen. Auf der anderen Seite stellt sich angesichts der anhaltend hohen Wohnungsbauaktivitäten die Frage, ob die lokale Bauwirtschaft über hinreichende Produktionskapazitäten verfügt um die Investitionsvorhaben zu realisieren.

Kapazitäten im Baugewerbe

Tatsächlich wurden die Produktionskapazitäten in der Bauwirtschaft kaum an die gestiegene Nachfrage ange-

¹⁰ Statistisches Bundesamt (2017), a. a. O.

passt. Zwischen 2010 und 2014 stieg die Nachfrage nach Bauleistungen um gut 9,5 Prozent. In demselben Zeitraum ist die Zahl der Beschäftigten in Abgrenzung der DIW Bauvolumenrechnung nur um etwa 1,5 Prozent ausgeweitet worden. Gleichzeitig stagnierte der reale Kapitalstock in der Bauwirtschaft (Abbildung 4).¹¹ Dies kann teilweise auch mit der vermehrten Inanspruchnahme von Leasingdienstleistungen oder dem vermehrten Anmieten von Geräten zusammenhängen, was eine insgesamt höhere Auslastung der Maschinen erlaubt und dementsprechend nur geringere Investitionen erfordert.

Die zunehmenden Kapazitätsengpässe zeigen sich auch in den stark steigenden Auftragsbeständen. Trotz eines zuletzt rückläufigen Bestellvolumens füllten sich die Auftragsbücher weiter (Abbildung 5). Gestützt wird diese Einschätzung zudem durch Befragungsergebnisse. Die im ifo Konjunkturtest berücksichtigten Bauunternehmer gaben zuletzt einen Rekordwert von rund dreieinhalb Monaten für die Reichweite ihrer Aufträge an. Zudem hat die betriebsübliche Maschinenauslastung ein Niveau erreicht, das noch nicht einmal in der Zeit des Baubooms Mitte der 1990er Jahre zu beobachten war (Abbildung 6).

Allerdings legt die nach wie vor moderate Preisentwicklung für Bauleistungen von unter 2 Prozent nahe, dass es in der Bauwirtschaft bislang noch zu keiner Überhitzung gekommen ist.¹² Dies gilt umso mehr, als zuletzt die Tariflöhne deutlich angezogen haben, die für sich höhere Preise nach sich ziehen dürften. Gleichwohl gab es auch gegenläufige Effekte, die den Preisanstieg gedämpft haben. Dazu zählt der Preisverfall bei Rohstoffen in den vergangenen Jahren.

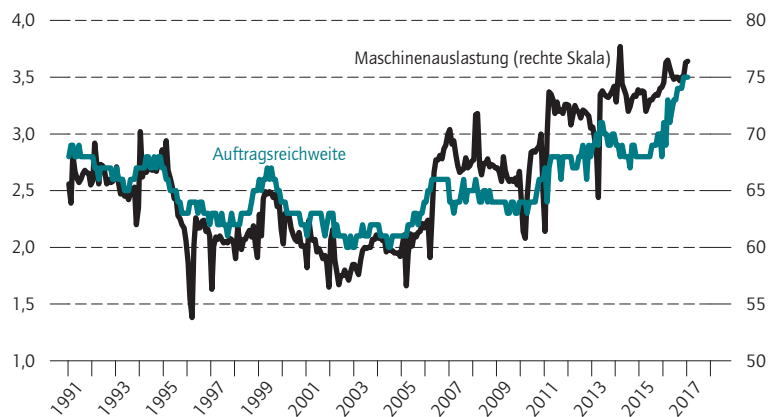
Kapazitäten in der Bauplanung

Bauinvestitionen erfordern einen nicht unerheblichen Planungsaufwand. Entsprechend könnte eine Ursache für die geringe Investitionstätigkeit der Kommunen in fehlenden Kapazitäten in den Bauplanungsämtern liegen. So wird verschiedentlich eine verlorengegangene Planungskompetenz der öffentlichen Bauherren beklagt.¹³ Tatsächlich ist ein Personalabbau auf breiter Front festzustellen. Die Zahl der mit Fragen zum Aufgabenbereich „Bau, Wohnungswesen, Verkehr“ befassten Beschäftigten in den kommunalen Verwaltungen ging – in Vollzeitäquivalenten gemessen – zwischen dem Jahr 1991 und dem Jahr 2011 um gut ein Drittel zurück

Abbildung 6

Auftragsreichweite in Monaten und Auslastung der Maschinen in Prozent

Saisonbereinigt



Quelle: ifo Institut.

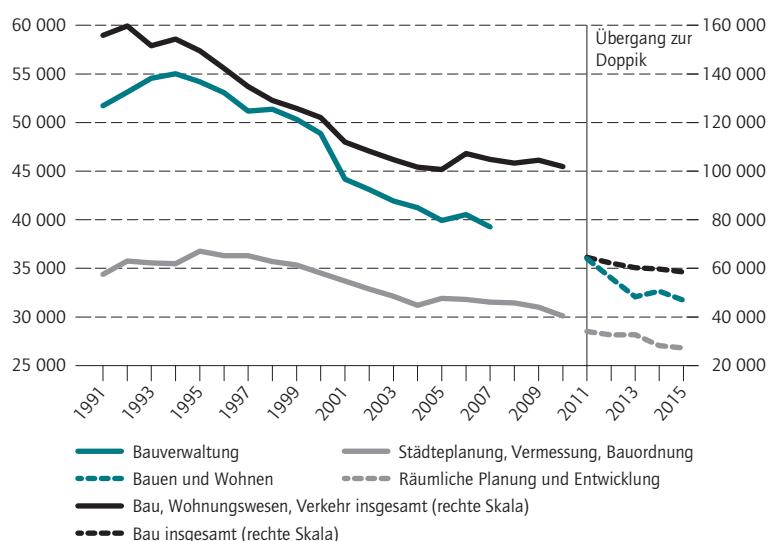
© DIW Berlin 2017

Die Auslastung der Bauwirtschaft hat einen historischen Höchststand erreicht.

Abbildung 7

Beschäftigte in der Kommunalverwaltung nach Aufgabenbereichen

Vollzeitäquivalente* am 30. Juni des jeweiligen Jahres



*VZÄ liegen für die Jahre 1991 bis 1998 nicht vor. Diese wurden auf Grundlage der Angaben zur Voll- und Teilzeitbeschäftigung näherungsweise hochgerechnet. Im Jahr 2011 wurde deutschlandweit auf die doppelte Haushaltsführung umgestellt. Dies führt zu Brüchen in den Zeitreihen. Nicht berücksichtigt sind die Beschäftigten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Seit 1991 sinkt die Zahl der Beschäftigten in kommunalen Bauämtern.

¹¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2016): Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse 2015.

¹² Martin Gornig und Claus Michelsen (2017): „Bauwirtschaft: volle Auftragsbücher und gute Wachstumsaussichten.“ DIW Wochenbericht Nr. 84: 32–42.

¹³ Vgl. Bericht der Investitionskommission 2016; KfW (2016): Erst mehr Geld und jetzt mehr Personal – was benötigen Kommunen für Investitionen? KfW Fokus Volkswirtschaft Nr. 151.

Kasten 2

Auslagerungen aus den kommunalen Kernhaushalten

Vielfach wird argumentiert, der Rückgang der öffentlichen Investitionstätigkeit sei insbesondere auf der kommunalen Ebene mit erheblichen Auslagerungen aus den Kernhaushalten zu erklären. Tatsächlich wurden in den 1990er Jahren öffentliche Leistungen an sogenannte öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) abgegeben oder vollständig privatisiert, wie beispielsweise im Entsorgungsbereich¹. Der tatsächliche Umfang der Auslagerungen und der in ausgelagerten Einrichtungen getätigten Investitionen ist aber nur sehr schwer zu ermitteln². Einen Anhaltspunkt hierfür bietet die Statistik der Jahresabschlüsse der FEU, die allerdings darunter leidet, dass nicht trennscharf unterschieden werden kann, welche Investitionen nach der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bereits dem Sektor Staat zugeschrieben wurden.³ Näherungsweise

¹ Vgl. Sachverständigenrat (2014), a. a. O.; Nora Schmidt (2011): Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, in: *Wirtschaft und Statistik*, 154.

² Vgl. Eberhard, T. (2015): Öffentliche Investitionsquote – Was wird abgebildet?, DIW-Roundup 74; Haug, P. (2009): Kommunale Unternehmen als Schattenhaushalte – Wie sieht die tatsächliche Haushaltssituation der deutschen Kommunen aus? *Wirtschaft im Wandel*, 15(5), 220–228.

³ Laut Statistischem Bundesamt zählen Unternehmen dann zu „öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“, wenn sie sich in mehrheitlichem, unmittelbarem oder mittelbarem Eigentum der Kernhaushalte (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und gesetzliche Sozialversicherungen) befinden. Sie entstehen durch Aufgabenauslagerungen aus den Kernhaushalten, beziehungsweise durch Neugründungen oder Beteiligungserwerb im Inland ansässiger Unternehmen. Sie können sowohl öffentlich-rechtlich als auch privatrechtlich organisiert sein. Für die Zurechnung zu öffentlichen Investitionen in der Abgrenzung der VGR sind aber nicht die Eigentumsverhältnisse maßgeblich. Vielmehr ist entscheidend, dass das Unternehmen vom Staat kontrolliert wird und dass es ein sogenannter Nichtmarktproduzent ist. Marktproduzenten decken mehr als die Hälfte ihrer Umsatzerlöse durch Marktverkäufe und Erlösen mehr als

kann das Volumen der nicht erfassten Investitionen abgeschätzt werden, wenn die in der Rechnungsstatistik separat ausgewiesenen Investitionsausgaben der Extrahaushalte von den Gesamtinvestitionen abgezogen werden. Im Jahr 2012 wurden etwa 50 Prozent der Investitionen der FEU nach Abgrenzung der VGR nicht dem Staatssektor zugeschrieben.⁴

Auswertungen zur Struktur der FEUs liegen nur in geringem Umfang vor. Dies liegt auch daran, dass die statistischen Ämter entsprechende Daten aufgrund der komplexen Aufbereitung erst mit großem zeitlichem Verzug zur Verfügung stellen. Bekannt ist, dass der allergrößte Teil dieser Unternehmen der kommunalen Ebene zuzurechnen ist. Über 90 Prozent der FEUs waren 2008 in kommunalem Besitz oder im Eigentum der Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Ein Großteil (knapp 40 Prozent) entfällt auf die Wirtschaftszweige Wasser- und Abwasserversorgung, Energieversorgung und das Grundstücks- und Wohnungswesen. Rund 15 Prozent der FEUs werden nach Abgrenzung der VGR dem Sektor Staat zugerechnet. Innerhalb dieser Gruppe spielen die oben genannten Wirtschaftszweige im Bereich der Ver- und Entsorgung praktisch keine Rolle. Hier dominieren die Wirtschaftszweige, die der Sozialversicherung, Verwaltung, dem Sozialwesen, Kunst und Sport zuzurechnen sind⁵.

20 Prozent ihrer Umsätze mit Verkäufen an private Haushalte und Unternehmen. Im Jahr 2008 wurden von insgesamt 14 704 öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2 140 dem Sektor Staat nach der Abgrenzung der VGR zugerechnet. Vgl. Nora Schmidt (2011): „Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ in: *Wirtschaft und Statistik*, 154.

⁴ Vgl. Eberhard (2015), a. a. O.

⁵ Schmidt (2011), a. a. O.

(Abbildung 7). Seit der Umstellung vom kameralistischen Rechnungswesen auf die doppische Haushaltsführung im Jahr 2011 und der damit verbundenen Zuordnung der Arbeitsleistung zu kommunalen Produktbereichen anstelle der Aufgabenbereiche, ging die Zahl der Beschäftigten zwischen den Jahren 2011 bis 2015 um weitere gut neun Prozent zurück.

Der Personalabbau ist für sich genommen kein Problem, wenn die Verwaltung ihre Aufgaben weiterhin vollumfänglich wahrnehmen kann. Vieles spricht auch dafür, dass die öffentliche Bauverwaltung in den vergangenen 20 Jahren in ihrem Handeln an Effizienz gewonnen hat. Die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung aber auch die höhere Kooperationsneigung zwischen Kommunen und mit privaten Akteuren bei Bauvorhaben dürften dabei eine maßgebliche Rolle

gespielt haben.¹⁴ Zudem gab es insbesondere in den 1990er Jahren Tendenzen der Auslagerungen bestimmter Leistungen aus den kommunalen Kernhaushalten und teilweise sogar die vollständige Privatisierung bisher öffentlicher Ausgaben. Art und Ausmaß dieser Auslagerungen sind allerdings nur schwer zu quantifizieren (Kasten 2).

Auch scheint eine Anpassung der öffentlichen Bauverwaltung dort sinnvoll, wo es einen rückläufigen Planungsbedarf gibt. Gerade in den neuen Ländern dürfte die Erneuerung der Infrastruktur in den 1990er Jahren

¹⁴ Holger Mühlenkamp (2016): Effizienzmessung und quantitative Instrumente zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 17.2: 106–128.

Daten zu den Jahresabschlüssen liegen für die Jahre 1999 bis 2014 vor. Es fehlt daher der Zeitraum, in dem mutmaßlich ein Großteil der Auslagerungen stattgefunden hat. Somit kann das Ausmaß ausgelagerter Investitionen nicht abgeschätzt werden. Gleichwohl kann beschrieben werden, ob die auch in den 2000er Jahren rückläufigen Nettoinvestitionen der Kommunen durch steigende Anschaffungen und Bautätigkeit der kommunalen Unternehmen ausgeglichen werden konnte.

Tatsächlich ist das Ausmaß der Investitionen außerhalb der Kernhaushalte beträchtlich. Im Jahr 1999 investierte der Staat insgesamt 49,5 Milliarden Euro. Mit 46,6 Milliarden Euro investierten die FEUs nahezu ebenso viel. Rund 60 Prozent der Investitionen entfielen dabei auf die kommunalen Unternehmen, Fonds und Einrichtungen: Im Jahr 1999 erstellten diese Gebäude und beschafften neue Geräte, Ausrüstungen und Lizenzen im Wert von knapp 28 Milliarden Euro. Im Jahr 2014 war der Wert in jeweiligen Preisen mit rund 30 Milliarden Euro etwas höher. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt, das in dieser Zeit stärker stieg, wendeten die FEUs daher genauso wie die Kommunen weniger für die Anschaffung neuer Maschinen und Geräte sowie für Bauten auf.

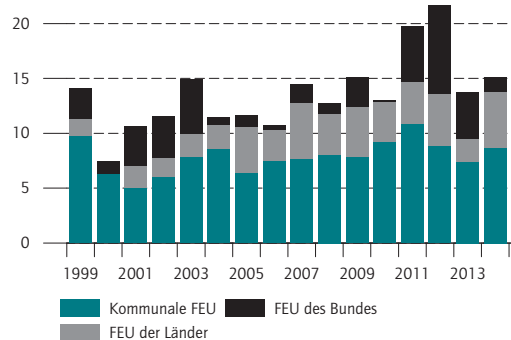
Demgegenüber standen im Jahr 1999 Abschreibungen in Höhe von rund 18 Milliarden Euro, im Jahr 2012 in Höhe von 21,4 Milliarden Euro an. Insgesamt schwankten die Nettoinvestitionen der kommunalen FEUs im betrachteten Zeitraum zwischen fünf und knapp elf Milliarden Euro. Hingegen stiegen die Nettoinvestitionen der Bundes- und Länder-FEUs tendenziell, von 4,3 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf 6,4 Milliarden im Jahr 2014 (Abbildung). Alles in allem dürften die FEUs im Jahr 2014 einen in der VGR nicht erfassten Beitrag zu den Nettoinvestitionen in Höhe von rund elf Milliarden geleistet haben. Die nicht erfassten Investitionen auf kommunaler Ebene dürften sich im Jahr

2014 auf ca. 4,8 Milliarden Euro belaufen⁶ und damit nicht ausgereicht haben, um die fehlenden Investitionen in den Kernhaushalten auszugleichen.

Abbildung

Nettoanlageinvestitionen öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) nach Gebietskörperschaften

In Milliarden Euro



Quelle: Sonderauswertung der Jahresabschlussstatistik des Statistischen Bundesamts; Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Investitionen der FEU von Bund und Ländern sind tendenziell stärker gestiegen als die der Kommunen.

⁶ Unterstellt wird hier ein Anteil nicht erfasster Investitionen von 55 Prozent, Vgl. Eberhard (2015), a. a. O.

erhebliche Ressourcen gebunden haben, die in diesem Umfang heute nicht mehr benötigt werden.

Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt einen entsprechenden Personalabbau in den neuen Ländern. Aber auch in den Verwaltungen der alten Länder kam es zu erheblichen Stelleneinsparungen. So haben vor allem die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihre Planungs Kapazitäten reduziert. Beispielsweise haben die Kommunen im Land Schleswig-Holstein ihren Personalbestand von gut 1,7 Vollzeitäquivalenten je 1000 Einwohnern im Jahr 1995 auf gut ein Vollzeitäquivalent im Jahr 2010 reduziert (Abbildung 8 links). Zwischen 2011 und 2015 kam es zu einer weiteren Verkleinerung der Bauverwaltung um gut 11 Prozent (Abbildung 8 rechts). Demgegenüber war der Rückgang in den Ländern Bayern, dem Saarland

und Baden-Württemberg deutlich weniger stark ausgeprägt. Verschiedentlich wurde der Personalbestand stabil gehalten.

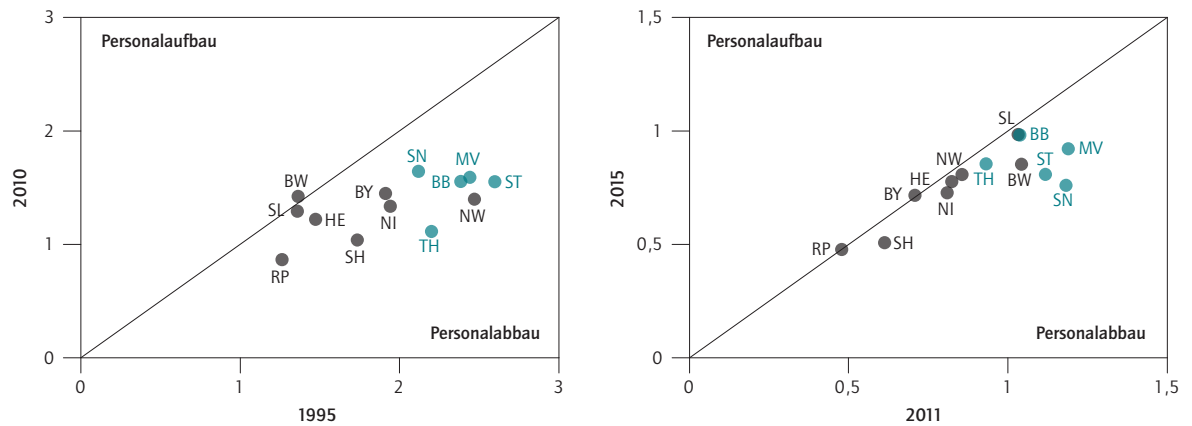
Dass es einen Zusammenhang zwischen der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und den Kapazitäten in der Bauverwaltung gibt, kann ohne weiteres gezeigt werden – schließlich handelt es sich im ökonomischen Sinne um komplementäre Güter und Leistungen.¹⁵ Die Korrelation zwischen den Bauausgaben je Einwohner und dem Personal der Bauverwaltung je Einwohner ist hoch, wenn man die Entwicklung seit Anfang der 1990er Jahre zugrunde legt (Abbildung 9).

¹⁵ Alexander Schiersch, Martin Gornig (2016): Intangible capital: Complement or substitute in the creation of public goods? SPINTAN Working Paper No. 15.

Abbildung 8

Beschäftigte in der Bauverwaltung 1995/2010 und 2011/2015

Vollzeitäquivalente* je 1000 Einwohner am 30. Juni des jeweiligen Jahres



BB = Brandenburg; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; HE = Hessen; MV = Mecklenburg-Vorpommern; NI = Niedersachsen; NW = Nordrhein-Westfalen; RP = Rheinland-Pfalz; SL = Saarland; SH = Schleswig-Holstein; ST = Sachsen-Anhalt; SN = Sachsen; TH = Thüringen.

*VZÄ liegen für die Jahre 1991 bis 1998 nicht vor. Diese wurden auf Grundlage der Angaben zur Voll- und Teilzeitbeschäftigung näherungsweise hochgerechnet. Im Jahr 2011 wurde deutschlandweit auf die doppische Haushaltsführung umgestellt. Dies führt zu Brüchen in den Zeitreihen. Nicht berücksichtigt sind die Beschäftigten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Vor allem in den neuen Ländern wurde der Personalbestand erheblich reduziert.

Ein kausaler Zusammenhang kann mit Hilfe eines Regressionsmodells hergestellt werden, in dem für länderspezifische unbeobachtete Effekte und mögliche Effizienzgewinne kontrolliert wird. In einem sehr einfachen Ansatz wird die Veränderung der kommunalen Bauausgaben je Einwohner für die Jahre 1991–2014 durch eine Veränderung des Personalbestands der Bauverwaltung in der Vorperiode erklärt. Zudem wird ein zeitlicher Trend berücksichtigt, der technische Verbesserungen im Verwaltungsablauf erfasst. Nicht berücksichtigt werden kann die Auslastung der lokalen Bauwirtschaft – hierzu fehlt es an den notwendigen Daten. Allerdings dürften diese Einflüsse zumindest teilweise durch die länderspezifischen Dummyvariablen aufgefangen werden.

Das Ergebnis dieser Schätzung zeigt einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Veränderung des Personalbestands und der folgenden Veränderung der Bauausgaben. Danach führt ein Anstieg der Veränderungsrate der Beschäftigten um ein Prozentpunkt zu einem Anstieg der Veränderungsrate der Bauausgaben um 0,3 Prozentpunkte. Geringere kommunale Planungskapazitäten können also den rückläufigen Anteil bei den Bauinvestitionen zum Teil erklären. Allerdings deutet das Bestimmtheitsmaß darauf hin, dass der Erklärungsgehalt des Modells nicht allzu hoch ist. So werden lediglich 19,8 Prozent der Schwankungen der Veränderungen der Bauausgaben durch den Ansatz nachvollzogen (Tabelle).

Fazit

Die wesentlich durch Bauleistungen geprägten kommunalen Infrastrukturinvestitionen sind derzeit noch immer viel zu gering, um den Substanzverlust zu kompensieren. Das heißt, die Investitionen reichen nicht aus, den Werteverzehr der Infrastruktur auszugleichen. Umfang und Modernität nehmen sukzessive ab. Eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur ist aber eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Wachstumspotentialen.¹⁶

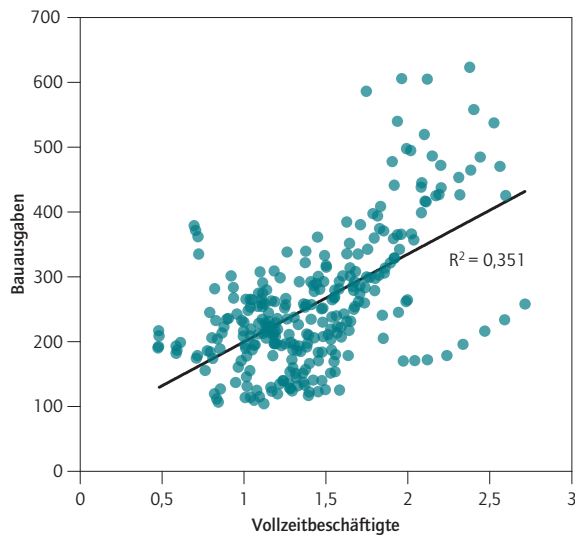
Umso wichtiger ist es, rasch die kommunale Investitionstätigkeit substanziell zu erhöhen. Trotz zusätzlich bereitgestellter Finanzmittel des Bundes ist dies bislang nicht gelungen. Ein Grund hierfür ist auch der Rückgang der Planungskapazitäten in den Kommunen. Entsprechend wäre die Bereitstellung zentraler Beratungskapazitäten hilfreich. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnte der Aufbau einer kommunalen Infrastrukturgesellschaft sein, wie dies bereits im Abschlussbericht der Expertenkommission zur Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland angeregt wurde. In ihnen könnten

¹⁶ Der Zusammenhang zwischen öffentlicher Infrastruktur und regionaler wirtschaftlicher Entwicklung wurde etabliert von David Aschauer (1989): Is public expenditure productive? Journal of monetary economics 23.2, 177.

Abbildung 9

Beschäftigte in der Bauverwaltung und kommunale Bauausgaben

Vollzeitäquivalente* je 1000 Einwohner am 30. Juni des jeweiligen Jahres, Ausgaben in Millionen Euro je 1000 Einwohner



*VZÄ liegen für die Jahre 1991 bis 1998 nicht vor. Diese wurden auf Grundlage der Angaben zur Voll- und Teilzeitbeschäftigung näherungsweise hochgerechnet. Im Jahr 2011 wurde deutschlandweit auf die doppelte Haushaltsführung umgestellt. Dies führt zu Brüchen in den Zeitreihen. Nicht berücksichtigt sind die Beschäftigten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Bausgaben und Planungspersonal sind positiv miteinander korreliert.

Beratungskompetenzen gebündelt und vielen Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig müssten auch die Kapazitäten in der Bauwirtschaft spürbar ausgeweitet werden, um mehr Infrastrukturprojekte auf kommunaler Ebene umsetzen zu können und reine Preiseffekte zu vermeiden. Dies wird sicherlich nur allmählich geschehen können, denn Maschinen müssen beschafft und Personal muss eingearbeitet werden. Eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau der Kapazitäten durch die Bauwirtschaft ist eine verlässliche und dauerhafte Erhöhung der kommunalen Investitionsmittel. Dazu ist nachhaltig die Situation finanzschwacher Kommunen zu verbessern. Nicht

Tabelle

Einfluss der Planungskapazitäten auf die kommunalen Bauausgaben je 1000 Einwohner

Variable	Koeffizient	robuste Standardfehler
Vollzeitäquivalente im Bereich „Bauen und Wohnen“ der Vorperiode je 1000 Einwohner (1. Differenz des Logarithmus)	0,322***	0,068
Zeittrend (Jahre)	0,005***	0,001
Umstellung Doppik (binär)	-0,072***	0,019
Fixe Effekte für Länder	enthalten	
Konstante	-0,082***	0,025
Bestimmtheitsmaß	0,198	
F	5,10***	
N=	260	

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

einzelne kurzfristige Bundesinitiativen, sondern verlässliche Regelwerke sind gefragt.

Ein Ansatzpunkt besteht hier bei der Weiterentwicklung der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Sie müsste so umgebaut werden, dass gezielt eine größere Zahl von finanzschwachen Kommunen von den Kofinanzierungsmitteln des Bundes und der Länder profitieren kann.¹⁷ Die bereits vorgenommene Finanzaufstockung der GRW-Bundesmittel auf 624 Millionen Euro dürfte angesichts des tatsächlichen Bedarfs deutlich zu niedrig angesetzt sein.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verstetigung der kommunalen Investitionen könnte auch die Einführung einer Investitionsrücklage leisten. Der Vorschlag der Expertenkommission¹⁸ sieht vor, dass unerwartete Haushaltsspielräume („positive Überraschungen“) prioritär in eine Rücklage überführt werden aus der in den Folgejahren zusätzliche Investitionsmittel finanziert werden können. Durch eine solche Verstetigung der für Erhalt und Umbau notwendigen Mittel würde die Planungssicherheit auch auf Seiten der Bauunternehmen zunehmen und der zuletzt eher zögerliche Aufbau der Kapazitäten könnte schneller voranschreiten.

¹⁷ Expertenkommission (2015), a. a. O.

¹⁸ Expertenkommission (2016), a. a. O.

Martin Gornig ist Stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin | mgornig@diw.de

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

JEL: H54, H76, H77

Keywords: public investment, local infrastructure



Prof. Dr. Tomaso Duso, Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte

Prof. Dr. Martin Gornig, Stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte

Der Beitrag gibt die Meinung der Autoren wieder.

Die Hochzeit von Opel und PSA: Eine Chance für den Industriestandort Europa

Der größte französische Autobauer PSA und Opel heiraten. Welche Chancen und Gefahren birgt die Fusion für Europa und Deutschland? Wie muss die Politik reagieren? Aus wettbewerbspolitischer Sicht ist die Lage relativ entspannt: Treten die versprochenen Effizienzgewinne tatsächlich auf, wird trotz erhöhter Konzentration der Wettbewerb europaweit sogar intensiver. Und wenn die Politik die Weichen richtig stellt, könnte auch industriepolitisch daraus eine Erfolgsgeschichte werden, mit der Schaffung eines neuen mächtigen Akteurs, der Europa hilft, den notwendigen Erneuerungsprozess in der Automobilindustrie zu bewältigen. Davon würde gerade das Autoland Deutschland profitieren.

Die Fusion wird den zweitgrößten Automobilkonzern Europas mit einem EU-Marktanteil – nach abgesetzten Personenkraftwagen – von knapp über 16 Prozent schaffen. Damit würde die Lücke zum Marktführer, die Volkswagen Gruppe (ca. 24 Prozent Marktanteil), reduziert und möglicherweise für schärferen Wettbewerb gesorgt.

Vielleicht verlangen die europäischen Wettbewerbshüter spezifische Auflagen in bestimmten Märkten wie Spanien und Frankreich. Insgesamt aber ist der Zusammenschluss weitgehend unproblematisch, weil die drei Marken Peugeot, Citroën und Opel in unterschiedlichen EU-Ländern stark vertreten sind. Diese geographische Aufteilung deutet auf signifikante Effizienzgewinnpotentiale. Neben möglichen Größenvorteilen könnte Synergien in Vermarktung und Vertrieb insbesondere dort generiert werden, wo die zwei Verlobten bislang keine starke Präsenz haben.

In Deutschland zum Beispiel hatten Peugeot und Citroën 2016 mit knapp über 100.000 Neuzulassungen einen Marktanteil von drei Prozent. Mit etwa sieben Prozent war Opel der fünftgrößte Anbieter. Kombiniert würde die neue Gruppe immer noch deutlich unter VW (über 650.000 Neuzulassungen) bleiben. PSA könnte aber hierzulande stark vom Vertriebs- und Händlernetzwerk Opels profitieren und damit für mehr Wettbewerb sorgen. Das Umgekehrte gilt für

Frankreich. Die Verbraucher dürften sich also auf günstigere Autos und einen solideren Service freuen.

Was aber wird aus den Jobs bei Opel und seinen Zulieferern? Zu Recht vermutet man hinter dem Hinweis auf „signifikante Effizienzgewinne“ den Wegfall von Arbeitsplätzen. Betroffen sind vermutlich zunächst die Zulieferer und der Vertrieb, später, wenn die Beschäftigungsgarantien auslaufen, möglicherweise auch Opel und PSA. Der Mutterkonzern General Motors schien aber schon lange kein wirkliches Interesse an die deutsche Tochter mehr zu haben und die Arbeitsplätze bei Opel wären in der mittleren Frist nicht sicherer gewesen.

Zugegeben, die Erfahrungen der Deutschen mit europäischen Fusionen sind gemischt. Während Airbus als industriepolitischer Erfolg gefeiert wird, gibt es auch gerade in der Rhein-Main-Region, wo Opel seinen Stammsitz hat, andere Beispiele: Von der Höchst AG, eingegliedert in den französischen Sanofi-Aventis-Konzern und schließlich aufgelöst, ist heute in Frankfurt nur ein Bruchteil der Arbeitsplätze übrig geblieben.

Die Politik wäre falsch beraten, unter dem Deckmantel der Arbeitsplatzsicherung die Realisierung der fusionsbedingten Effizienzgewinne zu verhindern. Sie muss dem fusionierten Konzern auf dem Weg in das neue Zeitalter des Automobils helfen. Neue Antriebssysteme, autonomes Fahren und digitale Dienstleistungen werden Einzug halten. Dies bedeutet enorme Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, bei denen die Automobilbauer auf staatliche Forschungsinfrastrukturen angewiesen sind. Die deutsche Politik sollte die Franzosen einladen, die Stärke der hiesigen Forschungsinfrastruktur zu nutzen und sie gezielt in die eigenen Förderprogramme zu integrieren. Von den Synergieeffekten können dann nicht nur Mercedes, BMW und VW profitieren, sondern der gesamte Industriestandort Europa.

Eine längere Fassung dieses Kommentars ist am 07.03.2017 beim Tagesspiegel Online erschienen.